

DIE RAUMPLANERISCHE BEDEUTUNG DES GROSSEN ERFTVERBANDES

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der Rechte
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von
BERNHARD SCHNEIDER
Kreisassessor aus Alt-Patschkau

~~1964~~

1963

Digitized by the Internet Archive
in 2026



DIE RAUMPLANERISCHE BEDEUTUNG DES GROSSEN ERFTVERBANDES

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der Rechte
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von
BERNHARD SCHNEIDER
Kreisassessor aus Alt-Patschkau

1964



1. Berichterstatter: Prof. Dr. Westermann

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Boldt

Dekan: Prof. Dr. Fikentscher

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1963

Inhaltsübersicht

	Seite
Schrifttumsverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
1. Teil: Das Erftgebiet und die Gründung des Grossen Erftverbandes	4
1. Abschnitt: Das Erftgebiet	4
A. Lage und Grösse	4
B. Die wirtschaftliche Struktur unter besonderer Berücksichtigung des Braunkohlenbergbaus	5
I. Die Braunkohlenvorkommen	6
II. Der Umfang der Förderung und der Verwendungszweck der Braunkohle	6
C. Die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse	7
I. Die bestimmenden Faktoren	7
1. Die Niederschläge	7
2. Die Erft	8
3. Das Grundwasser	8
II. Die bisherigen Versuche einer wasserwirtschaftlichen Neuregelung	8
2. Abschnitt: Die Gründung des Grossen Erftverbandes	9
A. Die tatsächliche Ursachenkette	9
I. Die Deckung des steigenden Energiebedarfs	9
II. Der Übergang zum Tieftagebau und der gesteigerte Landbedarf	10
III. Die Absenkung des Grundwasserspiegels und ihre Auswirkungen	11
1. Die Absenkung	11
2. Die Auswirkungen	12
IV. Die erforderlichen Gegenmassnahmen	13
1. Ziel und Voraussetzungen der Gegenmassnahmen	13
2. Tatsächliche Möglichkeiten zur Ersatzwasserbeschaffung	14
B. Die rechtlichen Lösungsversuche	15
2. Teil: Merkmale und Vollzug der Raumplanung	19
Funktion und Begriffe des Raumplanungsrechts	19
1. Abschnitt: Merkmale der Raumplanung	19
A. Der Gegenstand der Raumplanung	19
B. Das Ziel der Raumplanung	20
C. Der Staat als Träger der Raumplanung	21
2. Abschnitt: Der Vollzug der Raumplanung	22
A. Raumforschung	22
B. Die Planung im engeren Sinne	23

I. Die Stufen der Planung	23
1. Die Bestimmung der integrierenden Planungsziele	23
2. Die koordinierende Ausgestaltung der Planungsziele	24
II. Der Plan	25
C. Die Verwirklichung der Planung	25
3. Abschnitt: Funktion und Begriffe des Raumplanungsrechtes	25
A. Seine Funktion	25
B. Einzelne Begriffe	26
I. Raumplanung und Raumordnung	26
1. Sprachliche Orientierung	26
2. Begriffliche Inhaltsbestimmung	27
II. Landesplanung	28
1. Der Inhalt des Begriffes	28
2. Die Abgrenzung der Landesplanung zur Bundesplanung	29
III. Ortsplanung	30
IV. Fachplanung	31
3. Teil: Die raumplanerischen Möglichkeiten des Grossen Erftverbandes	33
1. Kapitel : Die in der Erfüllung der Verbandsaufgabe liegenden raumplanerischen Möglichkeiten	33
1. Abschnitt: Die Regelung der Wasserwirtschaft als Raumplanung im Verbandsgebiet	33
2. Abschnitt: Die rechtlichen Befugnisse des Verbandes beim Vollzug seiner Aufgabe	37
1. Unterabschnitt: Der Vollzug der Verbandsaufgabe	37
A. Raumforschung	37
B. Die Planung im engeren Sinne	38
I. Die Notwendigkeit der Planung	38
II. Das Mittel zur Planung	39
1. Unternehmen und Pläne	39
2. Aufstellung, Genehmigung und Inhalt der Pläne	40
3. Die Feststellung der Pläne (Planfeststellung)	41
4. Die Eingruppierung der Pläne als überörtliche Fachplanung	42
C. Die Verwirklichung der Planung	42
2. Unterabschnitt: Die rechtlichen Befugnisse des Verbandes	43
A. Für die Raumforschung	43
I. Duldungspflichten	43

	Seite
1. Duldungspflichten dinglicher Mitglieder	44
2. Duldungspflichten der übrigen Mitglieder und Dritter	44
II. Mitwirkungspflichten	45
B. Befugnisse bei der Verwirklichung der Planung	46
AA. Befugnisse bei der Benutzung der Gewässer	46
I. Die allgemeine wasserrechtliche Rechtsstellung des Verbandes zur Benutzung der Gewässer	47
1. Der rechtssystematische Ausgangspunkt	47
2. Die Rechtsstellung des Verbandes auf Grund des § 7 Abs. 1, Satz 1 ErftVG in Verb.mit § 13 Satz 2 WHG.	48
3. Die Benutzungsbefugnis des Verbandes auf Grund der §§ 3 ÜbergangsG und 133 Abs.2, Satz 1 LWG in Verb. mit § 13 Satz 2 WHG.	49
a)Die Anwendbarkeit der Regelung des § 3 ÜbergangsG in Verb. mit § 133 Abs.2, Satz 1 LWG	50
b)Der räumliche Geltungsbereich des § 133 Abs.2, Satz 1 LWG	52
4. Ergebnis	53
II.Die Verfügungsbefugnis über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser	54
1. Die tatsächliche Ausgangsposition	54
2. Die Verfügungsbefugnis der Bergwerksunternehmen	55
a)Der rechtssystematische Ausgangspunkt	55
b)Die Rechtslage vor Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes	55
aa)Die Verfügungsbefugnis auf Grund Bergwerkseigentums, §§ 54, 57 ABG	55
aaa.Die Zulässigkeit der Verfügung	56
bbb.Der Umfang der Verfügungsbefugnis	58
bb)Die Verfügungsbefugnis auf Grund Grundeigentums, § 200 WG	59
cc)Die Verfügungsbefugnis auf Grund besonderen Titels, § 203 WG	59
c)Die Rechtslage nach Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes	60
aa)Verfügungsbefugnis auf Grund eines alten Rechtes oder einer alten Befugnis, § 15 WHG	60
bb)Verfügungsbefugnis auf Grund einer anderen alten Benutzung, § 17 WHG	61
d)Ergebnis	62

3. Die Verfügungsbefugnis des Grossen Erftverbandes	62
a) Auf Grund der Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes	62
b) Auf Grund des § 7 Abs. 2	63
aa) Der Inhalt der Benutzungsbefugnis	64
bb) Der Umfang der Benutzungsbefugnis	64
III. Ergebnis	64
BB. Befugnisse bei der Benutzung der Grundstücke	65
2. <u>Kapitel:</u> Die raumplanerischen Möglichkeiten des Verbandes im Rahmen der Landesplanung	66
1. Abschnitt: Das massgebliche Landesplanungsrecht im Erftverbandsgebiet	67
A. Die Landesplanungsgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen	67
B. Der Geltungsbereich des Braunkohlengesetzes	67
C. Organisation und Mittel der Landesplanung nach dem Braunkohlengesetz	68
2. Abschnitt: Die Einflussmöglichkeiten des Verbandes auf die Gestaltung des Erftgebietes über die Gesamtplanung nach dem Braunkohlengesetz	68
A. Die raumplanerische Gestaltungsmöglichkeit durch den Gesamtplan	69
B. Die Einflussmöglichkeiten des Verbandes auf die Gesamtplanung	70
I. Die Auswirkungen der Erfüllung der Verbandsaufgabe	71
II. Die Beteiligung des Verbandes nach § 13	72
1. Die Mitgliedschaft des Verbandsgeschäftsführers im Braunkohlenausschuss, § 13 Abs. 3	72
2. Die Mitwirkung bei der Verbindlichkeitserklärung, § 13 Abs. 1	74
4. Teil: Die raumplanerische Bedeutung der Stimmrechtsverteilung unter besonderer Berücksichtigung des Stimmanteiles der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau"	80
1. Abschnitt: Die Organisation des Grossen Erftverbandes unter vergleichsweiser Gegenüberstellung der bisher üblichen Regelung der Stimmrechtsverteilung in Wasserverbänden	80
1. Unterabschnitt: Die bisher übliche Regelung der Stimmrechtsverteilung	81
A. Die Regelung in der ursprünglichen Kerngestalt der Wasserverbände	81

B. Die grundsätzliche Weiterentwicklung der Regelung in den wasserwirtschaftlichen Ver- bänden der preussischen Sondergesetzgebung	82
I. Die noch bestehenden sondergesetzlichen Verbände	82
II. Die grundsätzliche Weiterentwicklung	83
1. Die Genossenschaftsversammlungen	83
a) Begrenzung der Stimmanteile	83
b) Gewährung von Mindeststimmanteilen	84
c) Von jeglicher Beitragspflicht unab- hängige Stimmrechte	85
d) Ergebnis	86
2. Die Vorstände	86
2. Unterabschnitt: Die Organisation des Grossen Erft- verbandes	87
A. Verbandsmitgliedschaft und-aufgabe	87
I. Die Verbandsaufgabe	87
II. Die Verbandsmitglieder	87
III. Das Interesse der einzelnen Mitglieder an der Erfüllung der Verbandsaufgabe	89
1. Mitglieder mit unmittelbar eigenen Interessen	89
a) Schädiger	89
aa) Die Wasserrentnehmer	89
bb) Die Einleiter	90
b) Geschädigte und Gefährdete	90
c) Mitglieder mit Vorteilen	91
2. Mitglieder als Repräsentanten fremder Interessen.	92
3. Mitglieder als Wahrer der Allgemein- interessen	92
IV. Der Grosse Erftverband, ein gemischter Wasserverband	93
B. Die Regelung der Beitragspflicht	93
I. Die Beitragspflicht der Verbandsmitglieder	94
1. Die allgemeine Beitragslast	94
a) Beitragsmaßstab	94
b) Beitragsschuldner	95
2. Die besondere Beitragslast des Bergbaues	97
a) Die laufenden Beitragsverpflichtungen, §§ 41, 43	97
aa) Zweck und Umfang	97
bb) Beitragsmaßstab	98
aaa) Für die Grundwasser absen- kenden Braunkohlenbergwer- ke, § 41 Abs. 2	98
bbb) Für die übrigen Bergwerks- betriebe, § 41 Abs. 3	100

cc) Besondere Beitragsabteilung und beschränkte Ausfallhaftung	100
b) Die Beitragsverpflichtungen zur Bildung einer Rücklage, § 42	100
aa) Zweck der Rücklage	100
bb) Beitragsmaßstab	102
II. Die Beitragspflicht der Nutzniesser	102
III . Der Umfang der zu erwartenden Beitragslast des Braunkohlenbergbaues	102
C. Die Stimmrechtsverteilung in den Organen	103
I. Die Zusammensetzung der Organe und die Bestellung der Organmitglieder	103
1. Die Zusammensetzung der Organe	104
2. Die Bestellung der Organmitglieder	106
a) Die Bestellung der zu wählenden Mitglieder	106
aa) Die Delegierten und Ausschussmitglieder	106
bb) Die Verbandsmitglieder	107
b) Die Bestellung der zu berufenden Mitglieder	108
II. Die Abweichungen von der bisher üblichen Regelung und ihre Gründe	108
III . Die Stellung des Bergbaues	109
2. Abschnitt: Funktion und Inhalt der Stimmrechte	110
A. Die Funktion der Stimmrechte	110
B. Der Inhalt der Stimmrechte der Organmitglieder	111
I. Der formell-rechtliche Inhalt	111
II. Der materiell-rechtliche Gehalt	111
3. Abschnitt: Die Auswirkungen der Stimmrechtsverteilung	112
1. Unterabschnitt: Die Auswirkungen auf die "durch Erfüllung der Verbandsaufgabe" bestehenden raumplanerischen Möglichkeiten	112
A. Die Einflussmöglichkeiten der Mitgliedergruppen auf die Verbandsunternehmen	113
B. Die Folgen der Stimmrechtsverteilung für die Planung und Durchführung von Verbandsunternehmen	114
2. Unterabschnitt: Die Auswirkungen auf die Landesplanung	116
A. Die Auswirkungen auf die Gesamtplanung über die Mitgliedschaft des Geschäftsführers im Braunkohlenausschuss, § 13 Abs. 3	116
I. Der Braunkohlenausschuss als Träger der Gesamtplanung	116

1. Die raumplanerische Bedeutung des Gesamtplanes	116
2. Die Funktion der Zusammensetzung des Braunkohlenausschusses	116
3. Die Stellung des Braunkohlenbergbaues im Braunkohlenausschuss	117
II. Die Einflussmöglichkeiten einzelner Mitgliedergruppen des Verbandes auf die Ausgestaltung des Gesamtplanes	118
III. Ergebnis	120
B. Die Auswirkungen auf die Gesamtplanung über die Mitwirkung des Verbandsvorstandes bei der Verbindlichkeitserklärung, § 13 Abs. 1	120
Gesamtergebnis	121

Schrifttumsverzeichnis

- Abt, Margot Gedanken zu den alten Wasserbenutzungen im Wasserhaushaltsgesetz, in: WaWi 1957/58, S. 205-208.
- Achenbach, H. Das Recht des Bergwerksbetreibers zur Benutzung fließender Wasser, einschliesslich der sog. Bergwasser, in: ZfB, 11. Jahrg. (1870), S. 76-112. (Das Recht des Bergwerksbetreibers
Das gemeine deutsche Bergrecht in Verbindung mit dem preussischen Bergrechte unter Berücksichtigung der Berggesetze Bayerns, Österreichs und anderer deutscher Länder, Bonn 1871 (Das gemeine deutsche Bergrecht).
- Arbeitsgemeinschaft Wasser der Industrie des Erftgebietes e.V. Entwurfsskizze eines Gesetzes über die Errichtung einer "Anstalt zur Sicherung der Wasserversorgung im rheinischen Braunkohlengebiet" nebst einer Vorbemerkung, S. 5-19.
Vorgelegt im Oktober 1957 für die Beratungen des Landtages Nordrhein-Westfalen, in: Vorlagen, S. 1565-1583.
- Barocka, Egon Die Regelung der Mitgliederschaft, des Beitragsverhältnisses und des Stimmrechtes in gemischten Wasser- und Bodenverbänden, in: WuB 1956, S. 158-163.
- Baumeister, Ludger Organisation und rechtlicher Charakter der wasserwirtschaftlichen Verbände der preussischen Sondergesetzgebung, Diss. Münster 1930.
- Beermann, Theodor Über die wasserwirtschaftliche Rahmenplanung, in: WaWi 1956, S. 249-251.
- Behrens, H. Das förmliche Verfahren, die Zuständigkeit und das Wasserbuch, in: WuB 1960, S. 420 f.
- Bergdolt, Curt Preussisches Wasserrecht, Köln 1957.
- Bergen, Peter Bergrecht und Planungsrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der Raumplanung in ihrem Verhältnis zum Betriebsplanverfahren, Diss. Köln 1959.
- Blümel, Willi Das Zusammentreffen von Planfeststellungen, in: DVBl. 1960, S. 697-711 (Zusammentreffen)
Die Bauplanfeststellung I
in: res publica, Beiträge zum öffentlichen Recht, herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Forsthoff, Heidelberg, Bd. 5, 246 S., Stuttgart 1961 (Bauplanfeststellung)
- Bochalli-Linckelmann Wasser- und Bodenverbandsrecht. Gleichzeitig zweite vermehrte und verbesserte Auflage des Kommentares zum Wasserverbandgesetz und zur l. Wasserverbandsverordnung von Dr. Bochalli, Berlin 1949.

- Boldt, Gerhard Das Allgemeine Berggesetz vom 24. Juni 1865 in der gegenwärtig geltenden Fassung und die bergrechtlichen Nebengesetze. Erste bis dritte Auflage, Münster 1948.
- Brassert-Gottschalk Allgemeines Berggesetz für die Preussischen Staaten mit Kommentar, zweite Auflage, Berlin 1914.
- Braunkohle und Wasser Sonderausgabe "Revier und Werk" - Juni 1956, S. 3 ff.
- Bredden Die Hauptflöze im Rheinischen Braunkohlenrevier,
I. Teil, in: Braunkohle, Wärme und Energie 1950, S. 312-320;
II. Teil, in: Braunkohle, Wärme und Energie 1950, S. 378-385.
- Brohm, Winfried Rechtsschutz im Bauplanungsrecht, in: res publica, Beiträge zum öffentlichen Recht, herausgeg. von Prof. Dr. Ernst Forsthoff, Heidelberg, Bd. 3, 103 S., Stuttgart 1959.
- Brüggemann-Förster-Grauvogel-Kopp-Oedekhoven-Pohl-Stahnke Kommentar zum Bundesbaugesetz, Stuttgart 1960 (zit.: Brüggemann ect.)
- Brüne, F. Erwiderung von F. Brüne, in: WuB 1961, S. 118-121.
- Burghartz, F. - J. Zur Neuordnung des Wasserechts, in: Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, S. 69-71, Frankfurt a.M. 1960.- Erlaubnis und Bewilligung, Ausfüllung und Ergänzung der §§ 2 bis 8, 10 bis 13 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), in: WuB 1960, S. 408 f.
Wasserhaushaltsgesetz und Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, (Kommentar), München und Berlin 1962.
- Dapprich Neue bergrechtliche Gesetze in Nordrhein-Westfalen, in: Glückauf 1950, S. 518-520.
- Denkschrift Denkschrift des Bundesministers für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland, Massnahmen des Bundes zur Förderung der Wasserwirtschaft. Dortmund 1952. Die künftige Ordnung der Bundeswasserstrassen, S. 7-43.
- Dittrich, Erich Aufgaben der Raumforschung, in: Inf. 1952, S. 1-5. (Aufgaben)
Versuch eines Systems der Raumordnung, Bad Godesberg 1953. (System)
Vom Primat der Raumordnung, in: Inf. 1953, S. 363-370. (Primat)
Raumforschung und Raumordnung, in: Inf. 1953, S. 481-487. (Raumforschung)

- Raumordnung und Wasserwirtschaft,
in: WaWi 1957/58, S. 1-5. (Raumordnung)
- "Richtlinien" in der Raumpolitik,
in: Inf. 1958, S. 165-181. (Richtlinien)
- Dittus, Wilhelm Zum Erscheinen des Bundesbaugesetzes,
in: DVBl. 1960, S. 537-542. (Zum Erscheinen)
- Überschau zum Bundesbaugesetz (I),
in: Bauwelt 1960, S. 973-976. (Überschau I)
- Überschau zum Bundesbaugesetz (II),
in: Bauwelt, 1960, S. 999-1002. (Überschau II)
- Die Bauleitplanung im Bundesbaugesetz (I),
in: Bauwelt 1960, S. 1047 f. (Bauleitplanung I)
- Die Bauleitplanung im Bundesbaugesetz (II),
in: Bauwelt 1960, S. 1083-1085. (Bauleitplanung II)
- Die Sicherung der Bauleitplanung nach dem Bundesbaugesetz,
in: Bauwelt 1960, S. 1103-1105. (Sicherung)
- Die Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung nach dem Bundesbaugesetz,
in: Bauwelt 1960, S. 1144-1146 und S. 1172-1174. (Regelung)
- Ebel, Herbert Preussisches Allgemeines Berggesetz nebst Nebengesetzen und wichtigen, den Bergbau betreffenden Bestimmungen,
Berlin 1944.
- Ebel-Weller Allgemeines Berggesetz (ABG) vom 24. Juni 1865 mit Erläuterungen, 2. neubearbeitete Auflage, Berlin 1963.
- Ebersberg, Heinrich Der Entwurf des Wasserhaushaltsgesetzes,
in: RdWWi. Heft 4, S. 7-27,
München 1957.
- Engelhardt, Dieter Die Neuordnung der Wassergesetzgebung und die Änderung der Gewerbeordnung in ihren Auswirkungen auf den Bergbau,
in: Glückauf 1961, S. 25-30.
- Erben Die Auswirkungen der Expansion des Braunkohlenbergbaus auf die Landwirtschaft im Rheinischen Braunkohlenrevier unter ökonomischen und soziologischen Aspekten,
Diss. Münster 1955.
- Ernst, Werner Der Plan im Verwaltungsrecht,
in: DVBl. 1960, S. 344-350. (Der Plan)
- Das Bundesbaugesetz,
in: BBB1. 1960, S. 297-301.
- Das Bundesbaugesetz,
in: Baurundschau 1960, S. 202-204.

Warum ein Bundesbaugesetz?

in: Verwaltung und Wirtschaft. Schriftenreihe der Westfälischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Heft 25: Grundgedanken des Bundesbaugesetzes, S. 10-28, Stuttgart 1961.

Rechtsgestaltung der Raumordnung, in: BBBl. 1962, S. 160-166. (Rechtsgestaltung)

Ernst-Friede

Kommentar zum Aufbaugesetz von Nordrhein-Westfalen, 4., neubearbeitete Auflage, Düsseldorf 1958.

Fafflok, Karl

Entwicklung und Probleme des rheinischen Braunkohlenbergbaus, in: Die Gemeinde 1955, S. 131-133.

Forsthoff, Ernst

Lehrbuch des Verwaltungsrechts. Erster Band, Allgemeiner Teil. Achte, neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1961.

Friesecke, Albert

Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung zwischen wasserwirtschaftlichem Rahmenplan und Generalplan, in: WaWi 1957, S. 235-237. (Rechtliche Bedeutung)

Das Verhältnis wasserwirtschaftlicher Generalpläne zu den Landeswassergesetzen, in: WaWi 1958, S. 352-355. (Verhältnis)

Frohberg, Günther

Das Bundesbaugesetz. Einführender Überblick, in: Bl. GWB 1960, S. 225-228. (Überblick)

Das Bundesbaugesetz, in: JR 1961, S. 1-3. (Bundesbaugesetz)

Funder, Ludger

"Braunkohlengesetze" und Bergbehörde, in: ZfR 1950, S. 259-263.

Gässler, Willi

Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz), Wiesbaden 1958.

Geiger, Rudolf

Wald, Klima, Wasser. in: UW 1954, Nr. 4, S. 13 f.

Giese, Friedrich

Die Bundeskompetenz zur Regelung und Gestaltung der Raumordnung, 2. Auflage, Bonn 1952, (Bundeskompetenz)

Raumordnung und Landesplanung, in: Inf. 1953, S. 389-396. (Raumordnung)

Die Bundeskompetenz zur Regelung des Wasserhaushaltswesens, in: ZStW Bd. 110 (1954), S. 257-279. (Wasserhaushaltswesen)

Grundsatz- und Kompetenzfragen bei der Gestaltung der Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1956 (Grundsatz- und Kompetenzfragen)

- Gieseke, Paul Rechtsfragen der wasserwirtschaftlichen Rahmenplanung,
in: RdWWi Heft 1, S. 7-26,
München 1955. (Rechtsfragen)
- Ordnung der Wasserwirtschaft durch Wasserrecht,
in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 18 vom 7. Mai 1955, S. 13 f. (Ordnung)
- Die Ergänzung des Wasserhaushaltsgesetzes durch Landeswassergesetze,
in: RdWWi Heft 4, S. 29-51,
München 1957. (Ergänzung)
- Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz),
in: DÖV 1957, S. 707-710. (Wasserhaushaltsgesetz)
- Glatzel, Frank Landesplanung, Raumordnung und Raumforschung
in: Inf. 1953, S. 285-298.
- Goppel, Alfons Das Wasserhaushaltsgesetz,
in: BayVBl 1961, S. 33-36.
- Gunkel, Friedrich Die Abgrenzung von Bauleitplanung und Landesplanung nach dem Bundesbaugesetz,
in: Gemeindetag 1961, S. 157-159.
- Haberkorn, Kurt "Erlaubnis" zur Wasserbenutzung,
in: RdL 1959, S. 29-33.
- Halstenberg, Friedrich Die Bauleitplanung.
in: Neues Recht für den Städtebau, S. 7-21,
Stuttgart und Köln 1957. (Bauleitplanung)
- Das neue Baurecht (I)-(VI),
in: GW 1960, S. 245-250, S. 281-285,
S. 325-327, S. 361-364,
S. 397-402 und
in: GW 1961, S. 10-14. (Das neue Baurecht)
- Bauleitplanung und Raumordnung,
in: Verwaltung und Wirtschaft. Schriftenreihe der Westfälischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Heft 25: Grundgedanken des Bundesbaugesetzes, S. 51-62,
Stuttgart 1961. (Bauleitplanung und Raumordnung)
- Die Planung und ihre Sicherung.
in: DÖV 1961, S. 566-571. (Planung)
- Landesplanungsrecht und kommunale Planungshoheit (Landesplanungsrecht)
in: Der Landkreis 1961, S. 323-326.
- Hamann, Andreas Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.
Kommentar für Wissenschaft und Praxis,
Berlin-Neuwied-Darmstadt 1956.
- Hastenflug, Josef Das Bundesbaugesetz,
in: Innere Kolonisation 1960, S. 217-220.

- von Hausen-von der Heide Bundesbaugesetz, Handkommentar,
München 1961.
- Heinze, Christian Das Zusammenwirken von Behörden beim Er-
lass von Verwaltungsakten,
in: Verw. Arch., 52. Bd. (1961), S. 159-
174 und 275-304.
- Heitzer-Oestreicher Bundesbaugesetz mit Bundes- und Länder-
vorschriften sowie Landesplanungsgeset-
zen,
Berlin 1962.
- Hensel, Walther Die Sonderstellung des Bergbaus in der
Wasserwirtschaft,
in: WaWi 1953/54, S. 315-318.
- Herzner, Eberhard Die Gemeinde im Spannungsfeld zwischen
Stadt und Land. Aufgabe und Wesen der
Ortsplanung,
in: Die Selbstverwaltung 1958, S. 228-230.
- Holtz-Kreutz-
Schlegelberger Das Preussische Wassergesetz.
Erster Band: Unveränderter Nachdruck der
vierten Auflage.
Berlin-Köln 1955.
- Imboden, Max Der Plan als verwaltungsrechtliches In-
stitut,
in: VVDStRL Heft 18, S. 113-139,
Berlin 1960.
- Isay, Hermann und
Rudolf Allgemeines Berggesetz für die Preussischen
Staaten unter besonderer Berücksichtigung
des Gewerkschaftsrechts, zweiter Band,
Mannheim-Berlin-Leipzig 1920.
- Isay-Boldt Der Entwurf des Gesetzes über die Grün-
dung des Grossen Erftverbandes und die
sich daraus ergebenden bergrechtlichen
Probleme und bergwirtschaftlichen Proble-
me, Gutachten, 69 S.,
Münster, Oktober 1957,
in: Vorlagen, S. 1909 ff.
- Isbary, Gerhard Die Verunreinigung der Luft durch den
wirtschaftenden Menschen - ein Problem
der Raumordnung,
in: Inf. 1957, S. 95-107.
- Jahrbuch des deutschen
Bergbaus, Essen 1951, 1955, 1960, 1962.
- Jakl, E. Vom Kreislauf des Wassers,
in: UW 1954, Nr. 4, S. 15.
- Kaiser, Martin Die deutsche Braunkohle als Wirtschafts-
faktor,
in: Braunkohle, Wärme und Energie 1957,
S. 469-485.
- Keil, August Gewässerkunde als Voraussetzung der was-
serwirtschaftlichen Planung,
in: Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfa-
len, S. 17,
Frankfurt a.M. 1960.

- Keller, Reiner Natur und Wirtschaft im Wasserhaushalt der rheinischen Landschaften und Flussgebiete, Remagen/Rh. 1951.
- Kiel, Hans Die flächenmässige Grundwasserabsenkung im Erftgebiet und ihre Folgen,
in: Besondere Mitteilungen zum Deutschen Gewässerkundlichen Jahrbuch Nr. 12, S.29-44
Koblenz 1955. (Flächenmässige Grundwasserabsenkung)
Die Wasserwirtschaft im Erftgebiet in landwirtschaftlicher Sicht,
in: Vorträge der 10. Hochschultagung der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn am 2. und 3. Oktober 1956, S. 57-77. (Landwirtschaftliche Sicht)
Die wasserwirtschaftlichen Probleme im Erftgebiet,
in: Zeitschrift Kommunalwirtschaft 1956, S. 351-353. (Wasserwirtschaftliche Probleme)
Grundwasserfragen im Erftgebiet,
in: Vorträge der Baugrundtagung 1956 in Köln, S. 217-231, herausgeg. von der Deutschen Gesellschaft für Erd- und Grundbau, Hamburg 1957. (Grundwasserfragen)
Das Problem der Grundwasserabsenkung im Erftgebiet,
in: Das Gas- und Wasserfach, Ausgabe Wasser-Abwasser, 1958, S. 1005-1012. (Problem)
- Kirdorf, Wilhelm Das Zwangsprinzip im Recht der Wasser- und Bodenverbände,
in: DÖV 1953, S. 50-53. (Zwangsprinzip)
Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltsgesetzes,
in: RdL 1957, S. 253-256. (Wasserhaushaltsgesetz)
- Klamroth, Hans-Burkhard Organisation und rechtliche Grundlagen der Landesplanung in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin,
in: Mitteilungen des Institutes für Raumforschung Bonn, Heft 16, 2., neubearbeitet u. erw. Auflage, Bad Godesberg 1954.
- Klapp, E. Zu den Grundwasserabsenkungen im linksrheinischen Erftgebiet und ihrem Einfluss auf die Ertragsfähigkeit der dortigen Lösslehmböden,
in: WuB 1961, S. 114-118.
- Klein-Leidel Wassergenossenschaften und Wasserverbandsrecht,
in: ZgGenW Bd. 10 (1960) S. 1-20.
- Klosterkemper Probleme der Wasserwirtschaft im rheinisch-Braunkohlengebiet,
in: Die Gemeinde 1955, S. 129 f.

- Klostermann-Fürst-Thielmann Allgemeines Berggesetz für die Preussischen Staaten nebst Kommentar, sechste Auflage, Berlin, 1911.
- Klüber, Hans Rechtsgültigkeit der Wasserverbandsordnung? in: DÖV 1952, S. 12-14.
- Knaup, Hans Baunutzungsverordnung, Kommentar, Düsseldorf 1962.
- Knaup-Ingenstau Bundesbaugesetz mit Kommentar, dritte, unveränderte Auflage, Düsseldorf 1962 (1961).
- Kniesch, J. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zum Wasserverbandsrecht, in: NJW 1956, S. 939 f.
- Koenig, Kurt Der Bebauungsplan - sein Inhalt und seine Rechtswirkungen, in: Bauamt und Gemeindebau 1962, S. 23 f.
- Kolb, Fritz Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts, Kommentar, Köln, 1958, (Kommentar).
Die Wasserversorgung und der Gewässerschutz im Bundes- und Landesrecht, in: Wasserrecht und Wasserwirtschaft, Bd. 1, Berlin 1960. (Die Wasserversorgung)
- Köhler, Helmut Die Neuregelung des Wasserrechts, in: BB 1960, S. 601-605.
- Kommunale Wasserwirtschaftliche Notgemeinschaft Erft, Stellungnahme zum Erftgesetzentwurf vom 11. 11. 1957, 2 S., in: Vorlagen, S. 1721-1723.
- Körner, Gerhard Ortsplanung und staatliche Eingriffe, in: BayBgm 1960, S. 243-246.
- Kreiselmeier, Kurt Neuregelung des Wasserverbandsrechts erforderlich, in: BB 1955, S. 849-851.
- Krieger, Heinrich Braunkohlentieftagebau und Wasserwirtschaft an der Erft, in: Der Städtetag 1954, S. 559-561.
- Kübler, Karl Zur Behandlung der alten Rechte und Befugnisse im Wasserhaushaltsgesetz, in: DÖV 1958, S. 728-732.
- Kuron, H. Berücksichtigung des Bodenschutzes bei Beratung und Umlegung, in: Inf. 1952, S. 353-356.
- Landesplanung, Begriffe und Richtlinien Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der Landesplaner der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1953.
- Landwirtschaftskammer Rheinland Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Rheinland und des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes zum Entwurf eines Gesetzes über die Gründung des Grossen Erftverbandes, vom 13. November 1957, 20 S., in: Vorlagen, S. 1681-1719.

- Lantzke-Bälz, Ursula Die Schutzrechte der Wassernutzungsberechtigten gegenüber bergbaulichen Einwirkungen, Diss. Münster 1954.
- Larenz-Wüsthoff Gutachtliche Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Gründung des Großen Erftverbandes, 56 S., Kiel und Berlin-Charlottenburg, Mai 1956, in: Vorlagen, S. 1385-1504.
- Lehr, R. Wald-Wasser-Wirtschaft, in: UW 1953, Nr. 2, S. 2-4.
- Liesegang, Carl Neue gesetzliche Bestimmungen für den Bergbau im Lande Nordrhein-Westfalen, in: Bergbau-Rundschau 1950, S. 399 f.
- Linckelmann, Karl Erwägungen zum Erftverband und zur Kerngestalt der Wasserverbände, 40 S., Bielefeld, 1957. (Kerngestalt).
Der Erftverband und die wasserwirtschaftliche Selbstverwaltung, in: WaWi 1957/58, S. 262-264. (Der Erftverband)
Nochmals: Zum Staatsrechtlichen Lehrbegriff der "mittelbaren Staatsverwaltung", Antwort auf die Erwiderung Rietdorf (DÖV 1959, 671); zugleich Bemerkungen zum "Erftverbandsurteil" des BVerfG (DÖV 1959, 698), in: DÖV 1959, S. 813-817. (Lehrbegriff)
Zu den kommenden Landeswassergesetzen, in: DÖV 1960, S. 521-527. (Landeswassergesetze)
- Lüders, K. Zur Erläuterung des Begriffs "oberirdische Gewässer" im Wasserhaushaltsgesetz, in: WuB 1958, S. 347-349.
- Lutz, Johannes Neues Wasserrecht, in: BlGBW 1957, S. 356-358.
- Mädig, Erhard Verwaltungsaufbau und Organisationen der Landespflege in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung Bonn, Heft 4, 2. Ausgabe 1952, (Verwaltungsaufbau)
Rechtliche Grundlagen der Landespflege, in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung Bonn, Heft 7, 2. Ausgabe, Bad Godesberg 1952. (Rechtliche Grundlagen)
Landesplanung-Landespflege, in: RfRo 1950, S. 41-41. (Landesplanung-Landespflege)
- von Mangoldt-Klein Das Bonner Grundgesetz, Kommentar, 2. neubearbeitete Auflage, 3. Lieferung (Art. 29 bis 49): Juni 1959, Berlin und Frankfurt a.M.
- Maste, Paul Planungen im linksrheinischen Braunkohlenrevier, in: ZfR 1950, S. 263-266.

- Maunz-Düring Grundgesetz Kommentar,
München und Berlin 1960.
- Meyer, Gerhard Das Planfeststellungsrecht der Bundesbahn
nach § 36 Bundesbahngesetz und sein Zusam-
mentreffen mit Landesplanungsrecht,
Diss. Köln 1960.
- Michel, Helmut Raumordnung und Raumplanung im Struktur-
bild des modernen Staates,
Diss. Frankfurt a.M. 1958.
- Miesbach-Engelhardt Bergrecht, Kommentar,
Berlin 1962.
- Müller, Hanswerner Wasserhaushaltsgesetz und Landeswasserrecht,
in: JR 1958, S. 53 f.
- Müller-Erzbach Das Bergrecht Preussens und des weiteren
Deutschlands,
Stuttgart 1917.
- Nachtrag Nachtrag zur Denkschrift "Wasserwirtschaft-
liche Probleme im Erftgebiet", Stand
31. Dezember 1957,
herausgeg. vom Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten des Landes
Nordrhein-Westfalen, Februar 1958.
- Nau, Philipp Staatliche Raumordnung und kommunale Selbst-
verwaltung,
in: DÖV 1962, S. 533-535.
- Nieder, R. Wasserwirtschaftliche Aufgaben im rheini-
schen Braunkohlenrevier,
in: Braunkohle, Wärme und Energie 1953,
S. 272-277. (Aufgaben)
Die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im
Erftgebiet,
in: Zeitschrift Kommunalwirtschaft 1957,
S. 205-209. (Wasserwirtschaftliche Verhält-
nisse)
- Obermeyer, Klaus Der Plan als verwaltungsrechtliches Insti-
tut,
in: VVDStRL Heft 18, S. 144-168,
Berlin 1960.
- Oberste-Brink, K. Die Sonderstellung des Bergbaus in der
Wasserwirtschaft,
in: WaWi 1953/54, S. 57-60 und
WaWi 1954/55, S. 171-173.
- Oestreicher, Ernst Das Wichtigste aus dem neuen Bundesbauge-
setz,
in: BayBgm. 1960, S. 191-195.
- Otremba, Erich Raumordnung, Raumforschung und Geographie,
in: Inf. 1953, S. 533-542.
- Pressestelle Braun- Wie weit reicht die Grundwasserabsenkung?
kohle in: Revier und Werk, Heft 33, S. 2-5,
Februar 1957.
- Ratzel, Friedrich Der Lebensraum,
Tübingen 1901.

- Raumordnung Raumordnung, Raumforschung, Landesplanung
gesetzgebung in Nordrhein-Westfalen,
in: Schriftenreihe des Ministerpräsidenten
des Landes Nordrhein-Westfalen - Landes-
planungsbehörde - , Bd. 9,
Düsseldorf 1951.
- Rechenberg, Fritz Neues Baugesetz,
in: Baurundschau 1960, S. 286.
- Rechtsgutachten Rechtsgutachten des Bundesverfassungsge-
richts vom 16. Juni 1954 - 1 PBvV 2/52 -
über die Zuständigkeit des Bundes zum Er-
lass eines Baugesetzes,
in: BVerfGE Bd. 3, S. 407-439.
- Rehder, J. Die Behandlung der alten Rechte und Befug-
nisse nach dem WHG und den Landeswasser-
gesetzen,
in: WuB 1960, S. 426-429.
- Reuss-Grotefend-Dapp- Das Allgemeine Berggesetz, 11. neubearbei-
rich tete Auflage,
Köln-Berlin 1959.
- Riederer-Sieder Bayrisches Wassergesetz, Kommentar,
München 1957.
- Rietdorf, Fritz Zum staatsrechtlichen Lehrbegriff der "mi-
telbaren Staatsverwaltung",
in: DÖV 1959, S. 671-674.
- SaRo Die Raumordnung in der Bundesrepublik
Deutschland, Gutachten des Sachverständi-
genausschusses für Raumordnung,
Stuttgart 1961.
- Sauer-Lais-Quirll Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts
(Wasserhaushaltsgesetz) vom 27. Juli 1957
Textausgabe mit Erläuterungen,
Stollhammer (Oldb.) 1958.
- Schaeffer Die Anwendung der Kernenergie zur Kraft-
und Stromerzeugung und ihr Einfluss auf
den Kohlenbergbau,
in: Braunkohle, Wärme und Energie 1957,
S. 56-61.
- von Schlütter, Bodo Änderung des Preuss. Allgemeinen Bergge-
setzes in Nordrhein-Westfalen,
in: NJW 1950, S. 935-937. (Änderungen)
Die Braunkohlengesetze im Lande NRW,
in: Braunkohle, Wärme und Energie 1950,
S. 52-155. (Braunkohlengesetze)
Die Entwicklung der "Braunkohlengesetze"
in Nordrhein-Westfalen,
in: ZfB Bd. 91 (1950), S. 330-349. (Ent-
wicklung)
- Schmidt, Richard Das neue Recht des deutschen Städtebau,
in: SKV 1960, S. 199.
- Schriever, Herbert Der Bebauungsplan als Satzung,
in: Bauamt und Gemeindebau 1962, S. 421-

- Schroeder, Werner
Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung und Raumordnung,
in: Forschung und Leben, Bonner Beiträge zur Raumforschung, Heft 2: Wasser - dieARGE Europas, S. 26-32,
Bortmund 1951. (Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung)
Die Notwendigkeit einer grossräumigen Wasserwirtschaft,
in: WwM 1953, S. 309-315. (Notwendigkeit)
Der Stand der wasserwirtschaftlichen Rahmenplanung,
in: WuB 1956, S. 369-372. (Der Stand)
- Schütz-Frohberg
Kommentar zum Bundesbaugesetz,
Neuwied-Berlin-Darmstadt 1960.
- Seeger, Julius
Zum Wasserhaushaltsgesetz der Bundesrepublik,
in: Festschrift für Paul Gieseke, S. 259-288,
Karlsruhe 1958. (Wasserhaushaltsgesetz)
Wasserrecht als Enteignung,
in: DVBl. 1959, S. 605-612 und S. 645-650.
(Wasserrecht)
- Stadermann, Gerhard
Braunkohle und Wasserwirtschaft im Erftgebiet,
in: Das Parlament vom 27. 11. 1957, Nr. 46,
S. 15. (Braunkohle)
Die Grundwasserabsenkung im Erftgebiet,
in: Deutsche Gewässerkundliche Mitteilungen 1958, S. 55-63. (Grundwasserabsenkung)
Das rheinische Braunkohlengebiet an der Erft,
in: WuB 1962, S. 315-317. (Braunkohlengebiet)
- Stein, Albrecht
Wasserwirtschaft und Braunkohlentieftagebau an der Erft,
in: WuB 1958, S. 339-344. (Wasserwirtschaft)
Wasserwirtschaftliche Probleme im Erftgebiet unter besonderer Berücksichtigung der grossräumigen Grundwasserabsenkung und deren Folgen,
in: Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt a.M. 1960, S. 63-65. (Probleme)
- Stellungnahme
Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Gründung des Grossen Erftverbandes, herausgeg. vom Bundesverband der Deutschen Industrie - Drucksache 43 - 19 S., Köln, den 15. Januar 1957.
- Sting, Heinz
Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen,
in: RfRo 1950, S. 219 f. (Landesplanungsgesetz)
Rheinisches Braunkohlengesetz,
in: RfRo 1950, S. 220 f. (Braunkohlengesetz)

- von Tegelen, Otto
Wilhelm
Teller, Karl-Heinz
Thiel, Fritz
Thienemann, A.
Tiefenbacher, E.
Timpe, E.-H.
Tönnemann
Uhden, H.
Umlauf, Josef
Voelkel, Carl
Wambsganz, Ludwig
Wambsganz-Zinkhahn
Warsch, Wilhelm
Wasserwirtschaftliche
Probleme
- Der Stand der Wassergesetzgebung der Länder,
in: WLBetr. 1960, S. 78-80.
- Die Wasserwirtschaft im linksrheinischen
Braunkohlenrevier,
in: Wasserprobleme? Diskussionsbeiträge
aus dem Gebiet der Wasserwirtschaft und
des Wasserrechts, Folge 2, S. 45-50,
Frankfurt a.M. 1956.
- Baurecht in Nordrhein-Westfalen, Kommentar,
Köln-Berlin 1959.
- Naturgemässe Pflege des Wasserhaushalts -
ein Gebot der Stunde,
in: UW 1953, Nr. 7/8, S. 1-6.
- Bundesbaugesetz verkündet,
in: BB 1960, S. 722-724.
- Gemeingebrauch, Eigentümer- und Anlieger-
gebrauch,
in: WuB 1960, S. 413 f.
- Wasserverbandverordnung, Kommentar, zweite,
neubearbeitete und erheblich erweiterte
Auflage,
München und Berlin 1941.
- Wasserwirtschaft, Kulturbau, Landeskultur
usw.,
in: WuB 1960, S. 43-46.
- Grundfragen des Landesplanungsrechts,
in: RfRo 1957, S. 77-79. (Grundfragen)
Wesen und Organisation der Landesplanung,
Essen 1958. (Wesen und Organisation)
- Das neue Wassergesetz und der Bergbau,
in: ZfB 54. Jahrg. (1913), S. 383-407.
(Das neue Wassergesetz)
Grundzüge des Bergrechts unter besonderer
Berücksichtigung des Bergrechts Preussens,
zweite Auflage,
Berlin und Leipzig 1924. (Grundzüge)
- Die Bauleitplanung
Erster Teil: DVBl. 1961, S. 461-467,
Zweiter Teil: DVBl. 1961, S. 494-501,
Dritter Teil und Schluss: DVBl. 1961,
S. 533-536.
- Das Bundesbaugesetz,
in: NJW 1960, S. 1321-1325.
- Die neue Gesetzgebung für das Rheinische
Braunkohlengebiet,
in: ZfR 1950, S. 257-259.
- Wasserwirtschaftliche Probleme im Erftge-
biet - Zum Gesetzentwurf über die Gründung
des Grossen Erftverbandes -, herausgegeben
vom Ministerium für Ernährung, Landwirt-
schaft und Forsten des Landes Nordrhein-
Westfalen, September 1956.

- Weber, Werner Selbstverwaltung und Staatsverwaltung in der Wasserwirtschaft, in: RdWWi. Heft 1, S. 34-51, München 1955. (Staatsverwaltung)
- Die Selbstverwaltung in der Landesplanung, Köln-Berlin 1956. (Selbstverwaltung)
- Die Verfassungsmässigkeit des Entwurfs eines Gesetzes über die Gründung des Grossen Erftverbandes, I. Teil: Die Zuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen zum Erlass des Gesetzes. Rechtsgutachten auf Ansuchen des Vereins Rheinischer Braunkohlenbergwerke e.V., Köln 15 S., März 1958. (Verfassungsmässigkeit)
- Werner, Hanns Die Rechtssituation der Landesplanung in Deutschland, in: Inf. 1952, S. 181-194. (Rechtssituation)
- Landesplanung - Begriffe und Richtlinien, in: Inf. 1953, S. 210-222. (Landesplanung)
- Westermann, Harry Welche gesetzliche Massnahmen zur Luftreinhaltung und zur Verbesserung des Nachbarrechts sind erforderlich? Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Band 9, Köln und Opladen 1958. (Luftreinhaltung)
- Sachenrecht, 4. erweiterte und verbesserte Auflage, Karlsruhe 1960, (Sachenrecht)
- Westhoff, Wilhelm Bergbau und Grundbesitz nach preussischem Recht unter Berücksichtigung der übrigen deutschen Berggesetze, Band II, Berlin 1906.
- von Wick, Georg Die Bedeutung des neuen Wasserrechts für den Bergbau, in: Glückauf 1962, S. 861-865.
- Wiedemann, Herbert Der Wirtschaftsplan: Errichtung und Abänderung, sein Einfluss auf Baulinien und Baugenehmigungen, in: BayVBl. 1959, S. 78-90.
- Willecke, Raimund Grundrisse des Bergrechts, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1958.
- Willing, Hans-Gerhard Das Erftverbandsgesetz und der Rechtsstreit über seine Gültigkeit, in: ZfB B. 101 (1960), S. 44-60.
- Wittekind, Werner Die Regelung der Wasserwirtschaft im rheinischen Braunkohlenggebiet, in: WuB 1957, S. 422-434. (Regelung)
- Der Grosse Erftverband, in: WuB 1958, S. 344-346. (Erftverband)

- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Erftverbandsgesetz und seine Auswirkungen auf das Wasserverbandsrecht, in: WuB 1959, S. 336-338. (Urteil des Bundesverfassungsgericht)
- Organisation der Wasserwirtschaft im Erftgebiet, in: Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt a.M. 1960, S. 67 f. (Organisation)
- Witzel, Gustav Betrachtungen zum Wasserhaushaltsgesetz, in: WaWi 1957, S. 6-9. (Betrachtungen)
- Zur Reform des Rechts der Wasser- und Bodenverbände, in: WuB 1958, S. 53-58. (Reform)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz), Kommentar, 2. unveränderte Auflage, Berlin und Frankfurt a.M. 1960. (Kommentar)
- Wolff, Hans J. Verwaltungsrecht I. Vierte, neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1961.
- Wüsthoff, Alexander Handbuch des Deutschen Wasserrechts, Erster Band, 1. Auflage, Berlin-Bielefeld-Detmold 1949, (Handbuch)
- Die Entwicklung des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: NJW 1955, S. 1777-1780. (Entwicklung)
- Einführung in das Deutsche Wasserrecht, zweite erweiterte Auflage, Berlin 1957. (Einführung)
- Wüsthoff-Kumpf Handbuch des Deutschen Wasserrechts. Neues Recht des Bundes und der Länder. Lose-Blatt Textsammlung und Kommentare, Band 1, Berlin 1958.
- Zinkahn, Willi Baurechtliche Vorschriften des Bundes und der Länder, München und Berlin 1958. (Baurechtliche Vorschriften)
- Das Bundesbaugesetz, in: DÖV 1960, S. 617-620. (Bundesbaugesetz)

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABG	Allgemeines Berggesetz für die Preussischen Staaten vom 24. Juni 1865 (GS. S. 705)
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AV.	Erste Ausführungsvorschriften zur Ersten Verordnung über Wasser- und Bodenverbände vom 3. September 1937. (Erste Wasserverbandsvorschriften). Vom 19. Januar 1938 (LwRMB1. 1938, S. 25 ff)
BAnz.	Bundesanzeiger
BayBgm	Der bayerische Bürgermeister
BayLPlanG	Bayerisches "Gesetz über die Landesplanung" (Landesplanungsgesetz) vom 21. Dezember 1957. (GVBl. S. 323)
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH (n.F.), BayVfGH (n.F.)	Sammlung von Entscheidungen des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes mit Entscheidungen des Bayer. Verfassungsgerichtshofes. (BayVGH (n.F.) bezieht sich auf Urteile des Verwaltungsgerichts)
BB	Der Betriebs-Berater
BBauG	Bundesbaugesetz vom 29. Juni 1960 (BGB1. I S. 341)
BBBl.	Bundesbaublatt
Begr.	Begründung
BGB1.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen.
BlGBW	Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht
BrkG	Gesetz über die Gesamtplanung im Rheinischen Braunkohlengebiet vom 25. April 1950 (GV. NW. S. 71) i.d.F.d.VO vom 5. Januar 1952 (GV. NW. S. 9)
BT	Bundestag
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
Diss.	Dissertation
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Drucks.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung

EmschG.	Gesetz, betreffend die Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorflut und zur Abwässerreinigung im Emschergebiete vom 14. Juli 1904 (GS. S. 175) i.d.F. des Gesetzes vom 19. Juli 1924 (GS. S. 584)
Entw.	Entwurf eines Gesetzes über die Gründung des Grossen Erftverbands vom 9. 12. 1955 (Drucks. Nr. 269 - LT. NW. - 3. Wahlp. - Bd. II) S. 1-57
Entw. BrkG	Gesetzentwurf betr. die Gesamtplanung im rheinischen Braunkohlengebiet vom 18.7.1949 (Drucks. Nr. II-1164-LT. NW.- 1. Wahlp.), Seite 783-790
Entw. LPlanG 1949	Entwurf eines Landesplanungsgesetzes vom 5.7.1949 (Drucks. Nr. II-1167-LT. NW.- 1. Wahlp. S. 801-803)
Entw. LPlanG 1961	Entwurf eines Landesplanungsgesetzes vom 22.3.1961 (Drucks. Nr. 487-LT. NW. - 4. Wahlp. Bd. 4), S. 1-35
Entw. LWG	Entwurf eines Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) vom 24.6.1949 (Drucks. Nr. 156-LT. NW. - 4. Wahlp. - Bd. I) S. 1-117
ErftVG	Gesetz über die Gründung des Grossen Erftverbands vom 3. Juni 1958 (GV. NW. S. 253)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBI. S. 1)
GO. NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i.d.F. vom 28.10.1952 (GV. NW. S.283)
GS	Gesetzessammlung
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GV. NW.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GW	Gemeinnütziges Wohnungswesen
Inf.	Information des Instituts für Raumforschung Bonn
Jahrg.	Jahrgang
JR	Juristische Rundschau
LT	Landtag
Lineg	Linksniederrheinische Entwässerungsgenossenschaft. (Die Abkürzung wird auch im Text verwandt)
LinegG	Entwässerungsgesetz für das linksniederrheinische Industriegebiet vom 29. April 1913 (GS. S. 251)
LippeG	Lippegesetz vom 19. Januar 1913 (GS. S. 137)

LPlanG 1950	Nordrhein-westfälisches "Landesplanungsgesetz vom 11. März 1950 (GV. NW. S. 41), das durch § 30 LPlanG 1962 aufgehoben worden ist.
LPlanG 1962	Nordrhein-westfälisches "Landesplanungsgesetz" vom 7. Mai 1962 (GV. NW. S. 235)
LWRMB1.	Ministerialblatt für Landwirtschaft, Reichsministerialblatt der Landwirtschaftlichen Verwaltung
MB1. NW.	Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
n. F.	neue Folge
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NW	Nordrhein-Westfalen
nw. Verf.	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 (GV.Bl. S. 127) i.d.F. des Gesetzes vom 11. Mai 1950 (GV.Bl. S. 131)
OVG	Oberverwaltungsgericht
RArbBl.	Reichsarbeitsblatt
RdErl.	Runderlass
RdL	Recht der Landwirtschaft
Rdnr.	Randnummer
RdWWi.	Das Recht der Wasserwirtschaft. Veröffentlichungen des Institutes für das Recht der Wasserwirtschaft an der Universität Bonn
RfRo	Raumforschung und Raumordnung
RG	Reichsgericht
RrhG	Ruhrreinhaltsgesetz vom 5. Juni 1913 (GS. S.305) i.d.F. der Gesetze vom 19. Juli 1924 (GS. S.584) vom 25. Juli 1933, Abschn. 7 (Preuss. GS. S.274) und vom 10. Dezember 1935 (Preuss. GS. S.151)
RtspG	Ruhrtalesperrengesetz vom 5. Juni 1913 (GS. S. 317) i.d.F. der Gesetze vom 7. Januar 1922 (GS. S. 3) und vom 10. Dezember 1935 (Preuss. GS. S. 151)
RWMB1.	Ministerialblatt des Reichswirtschaftsministeriums
Sa LPlanGem. Rhld.	Satzung der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland vom 27. März 1952 (MB1. NW. S. 773)
SARo	Sachverständigenausschuss für Raumordnung
Schl. H. LPlanG	Schleswig-holsteinisches "Gesetz über die Landesplanung (Landesplanungsgesetz)" vom 5. Juli 1961 (GVBl. Schl. - H. 1961 S. 119)
SMB1. NW.	Sammlung des bereinigten Ministerialblatts für das Land Nordrhein-Westfalen
SKV	Staats- und Kommunal-Verwaltung

ÜbergangsG	Übergangsgesetz zur Ausführung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1110) vom 24. Februar 1960 (GV. Nr. S. 17)
UW	Unser Wald
VerwArch	Verwaltungsarchiv
Vorlagen	Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, A 0303/103, 3. Wahlperiode, Bd. 2 (Vorlagen)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WaWi	Die Wasserwirtschaft
WG	Preussisches Wassergesetz vom 7. April 1913 (GS. S. 53)
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1110)
WLBetr.	Wasser, Luft und Betrieb
WuB	Wasser und Boden
WVO	Erste Verordnungen über Wasser- und Bodenverbände (Erste Wasserverbandverordnung) vom 3. September 1937 (RGBl. I S. 933)
ZfB	Zeitschrift für Bergrecht
ZfR	Zeitschrift für Raumforschung
ZgGenW	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

E i n l e i t u n g

Das Zusammentreffen der täglich steigenden Bevölkerungsdichte auf engem Raum, das die sog. Ballungsgebiete entstehen liess, hat in den letzten Jahrzehnten insbesondere in den europäischen Ländern zu der Erkenntnis geführt, dass der noch zur Verfügung stehende Raum mit seinen für jeden Menschen lebensnotwendigen Elementen Boden, Wasser und Luft nicht mehr der beliebigen Beanspruchung des einzelnen ausgesetzt bleiben kann.

Zunächst bemühte man sich, einzelne Faktoren des Raumes zu ordnen, erkannte jedoch, dass eine Ordnung im Raume nur durch umfassende Raumplanungen zu erreichen sei. Ausgehend von kleinen Gebieten fand man ferner, dass mit einer Ordnung im Bereich der Gemeinden die überörtlichen Räume noch keineswegs geordnet sind, was schliesslich dazu führte, dass ganze Landschaften und Landesteile einer Raumplanung unterzogen wurden.

In Deutschland gehen die Bemühungen um eine überörtliche Ordnung des Raumes bis an die Jahrhundertwende zurück.

Die Anfänge landesplanerischer Tätigkeit, d.h. der Anstrengungen, den Raum durch eine überörtliche Gestaltung der Bodennutzung zu ordnen, sind in der Gründung der Deutschen Gartenstadtgesellschaft (1902) zu erblicken. Nicht zufällig nahm die Entwicklung der Landesplanung im Ruhrgebiet mit seiner Konzentration an Menschen und Industrie ihren entscheidenden Fortgang; sie fand ihre erste rechtliche Regelung im "Gesetz betreffend Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk" vom 5.5.1920 (GS.3.286).

In dem Masse, in dem planungsrechtliche Vorschriften erlassen wurden, entstand als neues Rechtsgebiet das Raumplanungsrecht. Seine rechtswissenschaftliche Durchdringung, die erst im letzten Jahrzehnt näher in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist, steckt noch in den Anfängen; seine Stellung im Rechtssystem ist noch in vieler Hinsicht ungeklärt. Das gilt für die rechtsdogmatische Natur des Planungsrechtes selbst, sein Verhältnis zu anderen Rechtsgebieten, wie z.B. zum Wasser- und Bergrecht, und betrifft auch die Mittel der Planung, insbesondere die Rechtsnatur des Planes.

Zum Teil noch früher als die Bemühungen, den Raum durch planmässige Gestaltung der Bodennutzung zu ordnen, liegen in Preussen die ersten Ansätze, den infolge der überbeanspruchung des Wasserschatzes entstandenen wasserwirtschaftlichen Mißständen der industriellen

len Ballungsgebiete Westfalens und des Rheinlandes zu begegnen. Sie führten schliesslich zur Bildung grossräumiger, d.h. ganze Einzugsgebiete von Flüssen umfassender Wasserwirtschaftsverbände, denen die Regelung wasserwirtschaftlicher Aufgaben übertragen wurde. Bahnbrechend für die Entwicklung dieser wasserwirtschaftlichen Organisationen wurde die Gründung der Emschergenossenschaft im Jahre 1904. Ihr folgten im Jahre 1913 die Linksniederrheinische Entwässerungsgenossenschaft, der Ruhrverband und der Ruhrtalsperrenverein und im Jahre 1926 der Lippeverband.

Diese fünf preussischen Wasserwirtschaftsverbände, deren gemeinsame Eigenart darin besteht, dass sie abweichend von den jeweils geltenden Bestimmungen des Wasserverbandsrechts durch Sondergesetz gegründet wurden, haben, wie Untersuchungen über den rechtlichen Charakter ihrer Organisationsform, über die Organisation und die rechtliche Ausgestaltung im einzelnen zeigen, in der Rechtsordnung ihre anerkannte Stellung als besonders ausgestaltete, sich selbst verwaltende Wassergenossenschaften gefunden.

Nach ihrem Vorbild ist für ein Teilgebiet des Rheinischen Braunkohlenreviers durch das nordrhein-westfälische "Gesetz über die Gründung des Grossen Erftverbandes" ¹⁾ am 1. Juli 1958 ²⁾ der Grosse Erftverband gegründet worden, dem die Regelung der gesamten Wasserwirtschaft des Verbandsgebiets übertragen ist.

Wegen seiner besonderen, auch von den fünf preussischen Wasserwirtschaftsverbänden noch abweichenden rechtlichen Ausgestaltung ist bereits zum Entwurf und nachher auch zum Gesetz in verschiedener Weise unter verfassungs-, wasserverbands-, selbstverwaltungs- und bergrechtlichen Gesichtspunkten Stellung genommen worden. Diese Diskussion, die mit einem die Verfassungsmässigkeit des Gesetzes feststellenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts ³⁾ einen vorläufigen Abschluss gefunden hat, soll hier grundsätzlich nicht wieder aufgenommen werden. Sowohl bei den fünf preussischen Wasserwirtschaftsverbänden als auch beim Grossen Erftverband wurde jedoch bisher die interessante Frage nicht geprüft, inwieweit auch sie, primär auf die Erfüllung wasserwirtschaftlicher Aufgaben gerichtet, Raumplanung betreiben und zu einer Raumordnung beitragen können.

--

1) Vom 3. Juni 1958 (GV.NW. S.253).

2) § 66 Erft Verb G.

3) Urteil des I. Senats vom 29.7.1959 - 1 BvR 394/58 -, in : BVerfG Bd. 10, S.89-118.

Aufgabe der Arbeit soll es daher sein, zu untersuchen, inwieweit auch der Grosse Erftverband auf Grund seiner materiell-rechtlichen Befugnisse und unter Berücksichtigung der Stimmrechtsverteilung in den Organen zu einer Raumordnung durch Raumplanung im Verbandsgebiet beitragen kann.

Ziel der Arbeit ist einmal, darzutun, dass der Verband nach seiner Aufgabenstellung, seinen materiell-rechtlichen Befugnissen bei der Durchführung der Unternehmen, der Beteiligung bei der Landesplanung und auf Grund der Willensbildung, wie sie nach der Stimmrechtsverteilung und insbesondere durch die Beschränkung der Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" erwartet werden kann, rechtlich in der Lage ist, die Wasserversorgung im Verbandsgebiet zu sichern und dadurch zu einer optimalen Nutzung des Erftgebiets beizutragen.

Andererseits soll untersucht werden, wie sich die Mitwirkung des Verbandes bei der Gesamtplanung durch die Mitgliedschaft des Geschäftsführers im Braunkohlenausschuss (§ 13 Abs. 3) auswirkt. Dabei soll vor allem gezeigt werden, dass sich durch die Stimmrechtsverteilung in den Verbandsorganen und insbesondere durch die Beschränkung der Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" die Mehrheitsverhältnisse im Braunkohlenausschuss nicht zugunsten des Braunkohlenbergbaus verändert haben. Das hat zur Folge, dass sich die durch die Gesamtplanung mögliche Gestaltung des Braunkohlengebiets nicht zugunsten einer Nutzung des Braunkohlenbergbaus verschieben wird.

1. Teil

Das Erftgebiet und die Gründung des Grossen Erftverbandes

Als der Landtag von Nordrhein-Westfalen am 12. Mai 1958 das "Gesetz über die Gründung des Grossen Erftverbandes" mit überwältigender ¹⁾ Mehrheit ²⁾ in letzter Lesung verabschiedete, fand eines der bedeutsamsten Gesetze des Landes seinen parlamentarischen Abschluss. Die im Vordergrund stehende Teilaufgabe des Grossen Erftverbandes, die Wasserversorgung des Verbandsgebietes zu sichern ³⁾, ist vor allem durch eine in der Welt erstmalig ⁴⁾ dastehende grossräumige Grundwasserabsenkung einiger Bergwerksunternehmen entstanden.

1. Abschnitt: Das Erftgebiet

A. Lage und Grösse

Das Erftgebiet liegt westlich des Rheines zwischen den Städten Düren, Jülich, Rheydt, Neuß, Köln und Bonn ⁵⁾. Es ist ein Teil der Kölner Bucht und umfasst in seinem Kern das Niederschlagsgebiet der Erft ⁶⁾, eines linken Nebenflusses des Rheines. Die natürlichen Grenzen des Niederschlagsgebietes werden durch die grossräumige Grundwasserabsenkung mehr oder weniger ausgedehnt werden. Entsprechend ⁷⁾ der vermuteten unterirdischen Ausdehnung ist als neue wasserwirtschaftliche Planungseinheit das Erftverbandsgebiet ⁸⁾ mit einer Fläche von rd. 2700 qkm und einer Einwohnerzahl von 1,3 Mill. ⁹⁾ festgelegt worden, das meist kurz als "Erftgebiet" bezeichnet

1) Wittekind, Erftverband, S.344.

2) Stenogr. Berichte des Landtags - 3. Wahlp. - 81. Sitzung - Bd. 3, S.2828 (C).

3) § 2 Abs. 1 b. - Im folgenden beziehen sich §§, die ohne Angabe eines Gesetzes zitiert werden, auf das Erftverbandsgesetz.

4) Kiel, Problem, S.1005.

5) Vgl. Abb. 1.

6) Vgl. Abb. 2.

7) Stein, Probleme, S.63.

8) Vgl. § 5 und die auf § 5 Abs.2 beruhende "Verordnung über die Feststellung der Gebietsgrenzen des Grossen Erftverbandes" vom 1. Juli 1958 (GV. NW. S.299) zum Grenzverlauf des Erftverbandsgebietes.

9) Diese Zahlen sind bei Stein, Probleme, S.63, entnommen; vgl. dazu auch Kiel, Problem, S.1005; Teller, S.45.

wird 1).

B. Die wirtschaftliche Struktur unter besonderer Berücksichtigung des Braunkohlenbergbaus.

Das Erftgebiet lässt sich wirtschaftsgeographisch in die Großstadtlandschaft des linksrheinischen Köln (110 qkm mit 4 680 E/qkm), die Mittelgebirgslandschaft der Eifel im Südwesten (450 qkm mit 130 E/qkm) und den umfangreichen Rumpfteil (2 140 qkm mit 340 E/qkm) untergliedern ²⁾. Namentlich der vorwiegend Bördenflachland umfassende Rumpfteil kann seiner wirtschaftlichen Struktur nach zu den volkswirtschaftlich gesündesten Gebietsteilen des Landes Nordrhein-Westfalen gerechnet werden ³⁾. Das beruht auf seinem natürlichen Reichtum: er besitzt einen besonders fruchtbaren mächtigen Lössboden, ein reiches Vorkommen an gutem Grundwasser und ausgedehnte Braunkohlenvorkommen ⁴⁾.

Auf der Grundlage des Lössbodens ist eine hochentwickelte Landwirtschaft mit einer bedeutenden Nahrungsmittelindustrie entstanden ⁵⁾. Daneben besteht eine ebenso bedeutsame Industrie, die ausser chemischen, metallurgischen und glaserzeugenden Werken insbesondere zahlreiche Brikettfabriken und die volkswirtschaftlich wichtigen Kraftwerke umfasst, die unmittelbar von der hier interessierenden Braunkohlengewinnung des Erftgebiets abhängen ⁶⁾.

-
- 1) Die Begriffe "Niederschlagsgebiet der Erft", "Erftverbandsgebiet" und "Erftgebiet" sind in der Diskussion um die Gründung des Großen Erftverbandes niemals scharf gegeneinander abgegrenzt und meist mit teilweise unterschiedlichen Vorstellungen verwandt worden, (Kiel, Problem, S.1005). Das mag einer der Gründe für die teilweise recht widersprüchlichen Zahlenangaben gewesen sein, durch die hier lediglich eine ungefähre Vorstellung über die im Spiele stehenden Größenordnungen vermittelt werden soll; eine Klärung dieser Begriffe oder sogar eine Nachprüfung der Zahlen kommt hier nicht in Betracht. Hier soll zwischen "Erftgebiet" und "Erftverbandsgebiet" nicht unterschieden werden; ebenso Kiel, Problem, S.1005; Stein, Probleme, S.63.
 - 2) Stein, Probleme, S.63. - Der Durchschnitt der Bundesrepublik liegt bei 215 E/qkm; vgl. dazu Stadermann, Braunkohlengbiet, S.316.
 - 3) Stein, Wasserwirtschaft, S.339; Krieger, S.559.
 - 4) Stein, Wasserwirtschaft, S.339; Krieger, S.559.
 - 5) Stein, Wasserwirtschaft, S.339; Krieger, S.559.
 - 6) Stein, Wasserwirtschaft, S.339.

I. Die Braunkohlenvorkommen.

Die Braunkohlenvorkommen des Erftgebietes bilden einen erheblichen Teil der grössten Braunkohlenlagerstätte Europas, des Rheinischen Braunkohlenreviers ¹⁾, das sich in der Kölner Bucht zwischen dem von den Städten Grevenbroich, Eschweiler, Euskirchen und Roermond begrenzten Raum hinzieht ²⁾, ein Gebiet von 2 500 qkm umfasst ³⁾, und dessen Vorkommen auf 60 Mia. t geschätzt wird ⁴⁾.

Die zum Erftgebiet gehörigen Ablagerungen der Rheinischen Bucht befinden sich, durch starke von Südost nach Nordwest verlaufende Verwerfungen gestört, in unterschiedlichen Tiefen, in der sog. Ville- und Erftscholle. Die Flöze im östlicher gelegenen Höhenzug der Ville liegen mit etwa 0 - 100 m der Erdoberfläche am nächsten und sind am abbaugünstigsten. Von hier fallen sie nach Westen treppenartig über die sog. Staffelbruchzone (bis zu 300 m) bis in eine Tiefe von 500 - 600 m in das Erftbecken ab, um am Westrand des Beckens zur Rurscholle hin wieder anzusteigen ⁵⁾.

II. Der Umfang der Förderung und der Verwendungszweck der Braunkohle.

Die schon vor der Jahrhundertwende betriebene Braunkohlenförderung im Erftgebiet weist, von den Kriegsjahren abgesehen, eine immer noch steigende Bilanz auf. Sie betrug

im Jahre 1900 5,0 Mill. t ⁶⁾,
im Jahre 1939 60,0 Mill. t ⁶⁾ und
im Jahre 1961 82,2 Mill. t ⁷⁾.

Damit entfielen im Jahre 1961 84,6% der Gesamtförderung der Bundes-

-
- 1) Ausserhalb des Erftgebiets gehört noch der Raum Düren - Jülich zum Rheinischen Revier, der jedoch hier nicht weiter interessiert; dazu Kiel, Problem, S.1005.
 - 2) Stein, Wasserwirtschaft, S.340.
 - 3) Stein, Wasserwirtschaft, S.340; BVerfGE Bd. 10, S.90. - Kaiser, S.473, nimmt sogar ein Gebiet von 3 000 qkm an.
 - 4) Klosterkemper, S.129; Kaiser, S.473; BVerfGE Bd. 10, S. 90. - Zum Vergleich, durch den die Bedeutung des Rheinischen Reviers beleuchtet werden soll, seien folgende Zahlen angeführt:
Vorräte Gesamtdeutschlands (Grenzen 1937) 112 Mia. t.,
Vorräte der Bundesrepublik 63 Mia. t (nach Kaiser, S.472).
 - 5) Zu den Ablagerungen und geologischen Verhältnissen im einzelnen vgl. Breddin, S.312 ff und 378 ff; Fafflok, S.131; Kaiser, S.473; Kiel, Problem, S.1005 f; Stadermann, Braunkohle, S.15; Stein, Wasserwirtschaft, S.340.
 - 6) Kiel, Problem, S.1006.
 - 7) Jahrbuch des deutschen Bergbaus, 1962, S.14 und 30; Stadermann, Braunkohlengebiet, S.315.

republik Deutschland auf das Erftgebiet ¹⁾.

Die gewonnene Braunkohle, zunächst als Rohkohle verwendet ²⁾, konnte, durch technische Entwicklungen ermöglicht ³⁾, später auch zur Brikettierung verwandt und schliesslich in wirtschaftlicher Weise am Gewinnungsort selbst durch Kraftwerke in elektrische Energie umgewandelt werden. Durch diese, zuletzt entwickelte Verwendungsmöglichkeit hat die Braunkohle des Erftgebiets ihre heutige volkswirtschaftliche Schlüsselstellung erlangt: Auf ihrer Grundlage wird 1/3 des Energiebedarfs der Bundesrepublik Deutschland erzeugt und gedeckt ⁴⁾.

C. Die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse.

I. Die bestimmenden Faktoren.

Die natürlichen wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Einzugsgebiet der Erft, unbeeinflusst von der geplanten und teilweise schon durchgeführten grossräumigen Grundwasserabsenkung, werden im wesentlichen bestimmt von den Niederschlägen, von dem besonderen Charakter der Erft und den Grundwasservorkommen im Erftbecken.

1. Die Niederschläge.

Der mittlere Jahresniederschlag des im Regenschatten der Eifel gelegenen ⁵⁾ Einzugsgebiets der Erft erreicht - von kleinen Flächen des Quellgebiets in der Nordeifel, wo die durchschnittliche jährliche Niederschlagshöhe 700 mm übertrifft ⁶⁾, abgesehen - mit rd. 630 mm nur 75% der mittleren jährlichen Niederschlagsmenge von 840 mm im Lande Nordrhein-Westfalen ⁷⁾. Im Mittellauf der Erft gehen die Niederschläge in trockenen Jahren sogar auf 500 bis 530 mm zurück ⁸⁾, so dass man hier, gemessen an westdeutschen Verhältnissen, von einem ausgesprochenen niederschlagsarmen Gebiet sprechen kann.

-
- 1) Jahrbuch des deutschen Bergbaus, 1962, S.14 und 30; Stadermann, Braunkohlengebiet, S.315.
 - 2) Wittekind, Regelung, S.422.
 - 3) Kiel, Problem, S.1005; Stein, Wasserwirtschaft, S.340.
 - 4) Kiel, Grundwasserfragen, S.217; Stadermann, Braunkohle, S.15 und Grundwasserabsenkung, S.55.
 - 5) Kiel, Landwirtschaftliche Sicht, S.57; Stadermann, Grundwasserabsenkung, S.56, Braunkohlengebiet, S.315.
 - 6) Keller, Natur und Wirtschaft, S.131.
 - 7) Keller, Natur und Wirtschaft, S.131; Kiel, Landwirtschaftliche Sicht, S.57 f. - Stadermann, Grundwasserabsenkung, S.56, nimmt sogar nur 600 mm an.
 - 8) Kiel, Landwirtschaftliche Sicht, S.58.

2. Die Erft.

"Die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Einzugsgebiet der Erft sind von Natur aus ungünstig. Die Erft ist ein typischer Mittelgebirgsfluss mit unausgeglichener Wasserführung. Ihre Abflussmengen sind fast ausschliesslich von den Niederschlägen abhängig. Charakteristisch sind unzeitige Überschwemmungen bei starken Regenfällen und Wassermangel in Trockenzeiten" ¹⁾. Diese Verhältnisse haben sich durch menschliche Eingriffe noch schwieriger gestaltet. So sind in den letzten Jahrzehnten im Einzugsgebiet zahlreiche Industriebetriebe entstanden, die ihr Wasser aus dem Grundwasser entnehmen und, meist ungenügend geklärt, der Erft zuführen. Das gleiche gilt von den Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung, die grössere Wassermengen dem natürlichen Wasserschatz entnehmen. Hinzu kommt, dass auch der Braunkohlenabbau die Förderung wachsender Grundwassermengen erforderlich macht, die den Wasserläufen als Abwässer zufließen ²⁾.

3. Das Grundwasser.

Das für die Lebensbedingungen des Erftgebiets, insbesondere für die dort angesiedelte Bevölkerung, Industrie und Landwirtschaft so bedeutsame Grundwasser befindet sich vor allem in der Erftscholle, dem sog. Erftbecken, ^{3,4)} das bis in grosse Tiefen mit Grobsanden und Kiesen starker Durchlässigkeit angefüllt ist ⁵⁾.

II. Die bisherigen Versuche einer wasserwirtschaftlichen Neuregelung.

Die geschilderten, auf natürlichen Gegebenheiten und menschlichen Eingriffen beruhenden Mißstände an der Erft, durch die insbesondere die Unterhaltung und die Vorflut der Erft selbst und ihrer Nebenbäche beeinträchtigt werden, haben in der Vergangenheit bereits zu mehreren Anläufen geführt, die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse neu zu regeln. So wurde das Wasserwirtschaftsamt Bonn durch Erlass des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 15.

1) Entw., Allg. Begr. I, S.31.

2) Entw., Allg. Begr. I, S.31.

3) Zur Ausdehnung des Erftbeckens vgl. Wasserwirtschaftliche Probleme, S.7 f sowie Stadermann, Braunkohle, S.15.

4) Zur geologischen Abgrenzung des Erftbeckens nach den einzelnen Seiten vgl. Stadermann, Grundwasserabsenkung, S.55 f.

5) Kiel, Problem, S.1008.

April 1940 mit der Aufstellung eines wasserwirtschaftlichen Generalplanes für das Erftgebiet beauftragt, der am 26. Februar 1942 unter der Bezeichnung "Erftplan" fertiggestellt wurde, wegen der Kriegsereignisse jedoch nicht mehr ausgewertet werden konnte. Infolge der immer ungünstiger werdenden Verhältnisse stellte auf Veranlassung des damals zuständigen Wirtschaftsministers des Landes Nordrhein-Westfalen im September 1948 der Regierungspräsident in Köln einen "Allgemeinen Plan" für die Bildung eines wasserwirtschaftlichen Verbandes für das Niederschlagsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete auf. Eine Neubearbeitung dieses Planes wurde am 1. Oktober 1953 fertiggestellt, kam jedoch auch nicht zur Ausführung. Die ständig steigenden Auswirkungen des Braunkohlenbergbaus auf die Wasserwirtschaft führten schliesslich zur Gründung des Grossen Erftverbandes ¹⁾.

2. Abschnitt: Die Gründung des Grossen Erftverbandes.

Neben rechtlichen Erwägungen waren es zunächst tatsächliche Umstände, die zur Gründung des Grossen Erftverbandes führten.

A. Die tatsächliche Ursachenkette.

I. Die Deckung des steigenden Energiebedarfs.

Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass der Energiebedarf Westdeutschlands in den vergangenen Jahren durchschnittlich um 10% jährlich gewachsen ist ²⁾. Eingehende Untersuchungen des Landes Nordrhein-Westfalens ergaben, dass der ständig zunehmende Energiebedarf durch die herkömmlichen Energieträger, wie z.B. Steinkohle, Erdöl und Wasserkraft, ebensowenig gedeckt werden könne, wie durch die noch in der Entwicklung befindlichen Atomenergie ³⁾. Da nennenswerte Mengen an Braunkohle in günstiger abbaufähiger Lagerung weder in der Bundesrepublik, noch im Gebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Verfügung standen, war es unumgänglich, auch weiterhin zur Deckung des Energiebedarfs auf die Braunkohle im Rheinischen Revier und, wie bisher, insbesondere auf die Flöze im Erftgebiet zurückzugreifen ⁴⁾.

1) Entw., Allg. Begr. I, S.31.

2) Stadermann, Braunkohle, S.15 und Grundwasserabsenkung, S.55; Kiel, Problem, S. 1006 f.

3) Kiel, Problem, S.1006 f und Grundwasserfragen, S.220; Stadermann, Grundwasserabsenkung, S.55. - Zur Verwendungsmöglichkeit von Atomenergie in naher Zukunft vgl. Schaeffer, S.58 und S.60, der vor einer "Verwechslung von Plänen und Hoffnungen mit der Wirklichkeit" warnt.

4) Kiel, Problem, S.1007.

II. Der Übergang zum Tieftagebau und der gesteigerte Landbedarf.

Die Verwirklichung dieser Erkenntnis bedeutet für den Braunkohlenbergbau des Erftgebiets eine Strukturveränderung ¹⁾.

Bisher konnte die Kohle im "flachen Tagebau" in den oberflächennahen Flözen der Ville gewonnen werden ²⁾. Ihr Abbau gestaltete sich deshalb günstig, weil nur wenig Abraum beseitigt zu werden brauchte und wegen des zumeist unter dem Flöz liegenden Grundwasserspiegels eine nennenswerte Entwässerung nicht erforderlich war ³⁾. Da diese Flöze in 6 bis 8 Jahren - gerechnet von 1956 an - erschöpft sein werden ⁴⁾, ist es erforderlich, Flözteile aufzuschliessen, die eine Teufe bis zu 250 m und mehr erreichen, womit in der Staffelfruchtzone zwischen Ville- und Erftscholle begonnen worden ist ⁵⁾. Diese Kohle kann, weil ein Untertagebau aus verschiedenen Gründen ⁶⁾ nicht durchführbar ist, in wirtschaftlicher Weise ebenfalls nur im Tagebau, dem sog. Tieftagebau ⁷⁾, gewonnen werden ⁸⁾.

Damit ist eine gegenüber dem bisherigen sog. flachen Tagebau ins Riesenhafte gesteigerte Inanspruchnahme von Grund und Boden verbunden, was ohne weiteres erhellt, wenn man berücksichtigt, dass die bis zu einer Höchsttiefe von 300 m neu entstehenden Gruben aus Sicherheitsgründen weit ausladende flache Böschungen (etwa 1:4) ⁹⁾ haben müssen und sich der zum Teil auf Hochhalden zu verkippende Abraum gegenüber den bisherigen Abbaumengen verachtfachen wird ¹⁰⁾.

Dieser Landbedarf wird sich in erster Linie auf land- und forstwirtschaftlich benutzte Flächen sowie auf Siedlungsflächen auswirken.

1) Kaiser, S.473.

2) Stadermann, Braunkohle, S.15; Stein, Wasserwirtschaft, S.341; Wittekind, Regelung, S.422.

3) Wittekind, Regelung, S.422; Kiel, Problem, S.1006; Stadermann, Grundwasserabsenkung, S.55.

4) Klosterkemper, S.129; Wittekind, Regelung, S.422; Kiel, Problem, S.1006; Stein, Wasserwirtschaft, S.341.

5) Kiel, Grundwasserfragen, S.217; Stadermann, Braunkohle, S.15; Stein, Wasserwirtschaft, S.341.

6) Kiel, Problem, S.1007.

7) Die Grenze vom "flachen Tagebau" zum "Tieftagebau" ist flüssig. Sie wird hier mit dem Übergang vom Abbau in der Ville zum Abbau in der Staffelfruchtzone bei 100 m angenommen.

8) Kiel, Problem, S.1007; Stein, Wasserwirtschaft, S.341.

9) Kiel, Problem, S.1007.

10) Kiel, Problem, S.1006.

III. Die Absenkung des Grundwasserspiegels und ihre Auswirkungen.
Der Übergang zum Tieftagebau hat für das Erftgebiet vor allem auch wasserwirtschaftliche Folgen.

1. Die Absenkung.

Eine Gewinnung der Braunkohle im Tieftagebau ist nur möglich, wenn zuvor der Grundwasserspiegel bis zum Liegenden der Kohle, d.h. schliesslich bis zu einer Tiefe von 250 m bis 300 m abgesenkt wird. Sonst besteht die Gefahr, dass Böschungen und Sohle dem mit zunehmender Tiefe wachsenden Wasserdruck nicht standhalten ¹⁾; derartige Gefahren aber wären mit der erforderlichen "Sicherheit der Baue" und "des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter" (§ 196 ABG) nicht vereinbar ²⁾. Diese Absenkung kann nur grossräumig durchgeführt werden, da alle Versuche und Untersuchungen ³⁾, sie örtlich zu begrenzen, gescheitert sind ⁴⁾.

Zur Absenkung, die mit Hilfe mehrerer, den einzelnen Tagebauen vorgelagerter, leistungsstarker, bis zu 300 m tief reichender Brunnen-galerien durchgeführt wird ⁵⁾, soll ⁶⁾ in 5 bis 8 Jahren ⁷⁾ - von 1957 an gerechnet - von den schätzungsweise 40 Mia. cbm ⁸⁾ Wasser des Erftgebiets neben der laufenden Grundwassererneuerung eine Menge von 5 bis 8 Mia. cbm ⁹⁾ abgepumpt werden, was vergleichsweise dem Jahresverbrauch in der Bundesrepublik entspricht ¹⁰⁾.

1) Fafflok, S.131; Klosterkemper, S.129; Kiel, Grundwasserfragen, S.218.

2) Stein, Wasserwirtschaft, S.341.

3) Nieder, Aufgaben, S.273 f; Stadermann, Braunkohle, S.15,

4) Kiel, Probleme, S.1008.

5) Willing, S.45. - Zur Anordnung der Brunnengalerien im einzelnen vgl. Wasserwirtschaftliche Probleme, S.7, mit der dazugehörigen Abb. auf S.6.

6) Die folgenden Zahlen über die Dauer der Absenkungsperiode und die Menge des abzupumpenden Wassers sind mit Vorbehalt aufzunehmen, da sie im wesentlichen auf Schätzungen beruhen. - Vgl. dazu Stadermann, Grundwasserabsenkung, S.58.

7) Stadermann, Braunkohle, S.15; Kiel, Problem, S.1008; Willing, S.45.

8) Willing, S.45.

9) Kiel, Problem, S.1008; Stadermann, Braunkohle, S.15. - Stadermann, Braunkohlegebiet, S.316, nimmt neuerdings sogar eine Menge von rd. 10 Mia m³ an.

10) Teller, S.46.

2. Die Auswirkungen.

Durch Eingriffe in den Grundwasserschatz, wie sie im Erftgebiet geplant sind und schon durchgeführt werden, wird die gesamte Wasserwirtschaft des Gebietes beeinflusst ¹⁾.

Die schwerwiegendsten Folgen aus der Grundwasserabsenkung erwachsen der Wasserversorgung des Erftgebiets. Mit Sicherheit muss damit gerechnet werden, dass bestehende Wassergewinnungsanlagen entweder ganz trocken fallen oder in ihrer Leistungsfähigkeit mehr oder weniger beeinträchtigt werden ²⁾. Nicht überschaubar ist jedoch, in welchem Ausmass die Wasserversorgung einzelner Gebietsteile auf diese Weise gefährdet wird. Das beruht darauf, dass bisher nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, wie und in welchem Umfang sich die Grundwasserabsenkung von den Abpumpzentren der Brunnengalerien ausdehnen wird.

Die Beurteilung dieser Fragen, deren Schwierigkeit nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürfte, dass derart umfassende Grundwasserabsenkungen unter gleichgelagerten geologischen Verhältnissen bisher ohne Vorbild ³⁾ geblieben sind, hat während des parlamentarischen Werdegangs des Erftverbandsgesetzes zu unterschiedlichen Auffassungen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und der abpumpenden Bergwerksunternehmen geführt. Während die Vertreter des Braunkohlenbergbaus von der Vorstellung ausgingen, dass sich die Absenkung nicht horizontal, sondern trichterförmig auswirken und auf ein Gebiet von 350 qkm ⁴⁾ beschränken werde, weil sie eine Ausdehnung über die geologisch-hydrologischen Grenzen des Erftbekens hinaus für "unwahrscheinlich" hielten, nahm die Landesregierung an, dass die Absenkung sehr weiträumig in Form eines langgestreckten Paraboloids ⁵⁾ verlaufen werde. Nach ihren Untersuchungen ist damit zu rechnen, dass von der Absenkung mit Sicherheit ein Gebiet von 1 100 qkm, wahrscheinlich ein Gebiet von 1 900 qkm und möglicherweise sogar ein Gebiet von 2 600 qkm betroffen wird ⁶⁾.

1) Wittekind, Regelung, S.424.

2) Kiel, Problem, S.1010; Stein, Wasserwirtschaft, S.342.

3) Kiel, Problem, S.1009; Stadermann, Braunkohle, S.15.

4) Braunkohle und Wasser, Abb. S.5.

5) Vgl. Nachtrag, Abb. 4 und 4a sowie Stadermann, Braunkohle, S.15.

6) Wasserwirtschaftliche Probleme, S.8 sowie Abb. S.6.

Kiel ¹⁾ nimmt an, dass ungünstigenfalls 100 Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung sowie 200 Wasserversorgungsanlagen gewerblicher und sonstiger Betriebe betroffen werden ²⁾.

Weniger entscheidende Auswirkungen werden für die landwirtschaftliche Produktion erwartet ³⁾. Eine unmittelbare Beeinträchtigung des Pflanzenwuchses ist nur im eigentlichen Erfttal mit seinen grundwassernahen Böden in einem Gebiet von 70 qkm anzunehmen ⁴⁾. Mittelbare Beeinträchtigungen können sich soweit ergeben, als der Landwirtschaft die Möglichkeit genommen wird, aus dem Grundwasser das für die Beregnung erforderliche Wasser zu fördern und damit die Produktionskapazität der ausgezeichneten Böden in dem niederschlagsarmen Erftgebiet voll auszuschöpfen ⁵⁾.

Somit ist festzustellen, dass durch die Absenkung des Grundwasserspiegels die Wasserversorgung und damit die bisherige Gestalt des Erftgebiets als landwirtschaftlich und industriell intensiv genutzter Siedlungsraum gefährdet ist.

IV. Die erforderlichen Gegenmassnahmen.

Die entscheidende Aufgabe für das Erftgebiet besteht deshalb darin, wie den mit dem Tieftagebau verbundenen nachteiligen Auswirkungen begegnet werden kann.

1. Ziel und Voraussetzungen der Gegenmassnahmen.

Ziel der zu ergreifenden Gegenmassnahmen muss es sein, die aus dem Tieftagebau resultierenden Nachteile auf das erreichbare Mindestmass zu beschränken und die weitere Entwicklung des Erftgebiets als Siedlungs- und Wirtschaftsraum zu sichern.

Soweit für den Tieftagebau eine jede andere Nutzungsart ausschliessende Inanspruchnahme von Grund und Boden erforderlich ist, wird es nur möglich sein, die betroffene Bevölkerung durch eine rechtzeitige Umsiedlung vor Gefahren des Abbaus zu schützen und durch Ersatzlandbeschaffung die grössten Härten auszugleichen sowie durch eine

1) Problem, S.1010. - Neuerdings auch Stadermann, Braunkohlengebiet, S.315.

2) Ähnliche Zahlenangaben finden sich auch in: Wasserwirtschaftliche Probleme, S.17.

3) Kiel, Problem, S.1009; Stadermann, Braunkohlengebiet, S.317.

4) Klosterkemper, S.130; Wittekind, Regelung, S.424; Willing, S.46. - Vgl. dazu ferner Klapp, S.114 ff und Brüne, S.118 ff.

5) Klosterkemper, S.130; Wittekind, Regelung, S.424.

systematisch eingeleitete Rekultivierung eine optimale Wiedernutzbarmachung des Bodens herbeizuführen.

Die grössere Sorge gilt den wasserwirtschaftlichen Auswirkungen, in deren Mittelpunkt die Frage steht, wie Pflanze, Tier, Mensch und Wirtschaft in Zukunft mit dem notwendigen Wasser versorgt werden können. Dabei kann das oberste Ziel, die Entwicklung des Erftgebiets als Wirtschafts- und Siedlungsraum zu sichern, nur dadurch erreicht werden, "dass über den gegenwärtigen Bedarf hinaus nicht nur der mit der natürlichen Bevölkerungsvermehrung wachsende Wasserbedarf, sondern auch der Bedarf für die Vergrösserung bestehender Betriebe (Mehrbedarf) und für die Ansiedlung neuer Betriebe (Neubedarf)" ¹⁾ ohne Unterbrechung ²⁾ durch Bereitstellen von Ersatzwasser sichergestellt wird. Dabei ergibt sich für die Ersatzwasserbeschaffung die besondere Schwierigkeit, dass Art und Umfang der mit der Grundwasserabsenkung verbundenen Auswirkungen von niemandem mit Sicherheit voraussehbar sind.

2. Tatsächliche Möglichkeiten zur Ersatzwasserbeschaffung.

Für die Durchführung der zur Sicherung der Wasserversorgung notwendigen Ersatzwasserbeschaffung sind zwei Zeiträume zu unterscheiden: Die sog. Absenkungsperiode und der anschliessende Dauerbetrieb der Wasserhaushaltung ¹⁾. Während der Absenkungsperiode werden aus dem anfallenden abgepumpten Grundwasser genügend Wassermengen für die Ersatzwasserbeschaffung zur Verfügung stehen, sofern - was noch nicht geklärt ist - sich das aus immer grösseren Tiefen geförderte Wasser auch gutemässig zu Trink- und Brauchzwecken eignet. Doch wird im allgemeinen angenommen, dass ein überhöhter Gehalt an Eisen, Mangan oder Kohlensäure durch Aufbereitungsanlagen hinreichend reduziert werden kann ²⁾.

Ungleich schwieriger gestaltet sich die Ersatzwasserbeschaffung für die Zeit nach der Absenkungsperiode. Es ist nicht auszuschliessen, dass das aus den Niederschlägen anfallende Grundwasser mengenmässig zur Bedarfsdeckung nicht mehr ausreicht ³⁾ und möglicherweise auch

1) Kiel, Problem, S.1010.

2) Entw. Allg. Begr. IV, S.32 f; Wasserwirtschaftliche Probleme, S. 17; Stein, S.343.

3) Wasserwirtschaftliche Probleme, S.17; Kiel, Problem, S.1011; Wittekind, Regelung, S.424. - A. A. der Braunkohlenbergbau in: Braunkohle und Wasser, S.6; vgl. auch Pressestelle Braunkohle, S.3 f.

in seiner Beschaffenheit Veränderungen erfährt ¹⁾, die mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln nicht behoben ²⁾ werden können und eine Verwendung für Trink- und Brauchzwecke ausschliessen, was ein zusätzliches Mengendefizit ergeben würde.

Ein Zurückgreifen auf den auch nach der Absenkungsperiode dem Erftbecken noch verbleibenden Grundwasser v o r r a t dürfte, vorausgesetzt, dass dieses Wasser gütemässig überhaupt den gestellten Anforderungen entspricht, kaum zu verantworten sein. Es ist nämlich zu berücksichtigen, dass das gesamte organische Leben vom Wasser abhängig ist, und Wasser daher s t ä n d i g vorhanden sein muss. Dieser Zustand ist aber nur aufrechtzuerhalten, wenn an dem Grundsatz festgehalten wird, "dass den Grundwasservorkommen für den menschlichen Gebrauch nicht mehr Wasser entnommen werden darf, als sich regelmässig wieder neu bilden kann, d.h. nicht mehr, als dem Grundwasser aus den Niederschlägen durch Versickerung zufliesst" ³⁾.

Das bedeutet, dass möglicherweise die im Erftgebiet fehlenden Wassermengen aus anderen, benachbarten Gebieten mit Wasserüberschuss - etwa der Eifel, dem Ahrgebiet oder vom Rhein ⁴⁾ - beschafft werden müssen ⁵⁾, was sogar mit dem Bau von Talsperren ⁶⁾ verbunden sein kann, in jedem Falle aber für das gesamte betroffene Gebiet die Errichtung von zentralen Wasserversorgungsanlagen mit den nötigen Verteilungsnetzen zu den Wasserabnehmern erforderlich machen wird. ⁷⁾

B. Die rechtlichen Lösungsversuche.

Die auf der Grundwasserabsenkung beruhenden wasserwirtschaftlichen Auswirkungen waren ursächlich dafür, dass im Anschluss an die Regelungsversuche der vergangenen Jahrzehnte überhaupt eine endgültige Neuregelung der Wasserwirtschaft in Angriff genommen wurde. Rechtliche Erwägungen waren vor allem ausschlaggebend, wem die Regelung der Wasserwirtschaft als Aufgabe übertragen wurde.

Bei der Frage nach der bestmöglichen Organisationsform standen dem Vorschlag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, einen Was-

1) Einzelheiten dazu Kiel, Problem, S.1011; Stein, Wasserwirtschaft, S.343.

2) Wasserwirtschaftliche Probleme, S.17.

3) Wasserwirtschaftliche Probleme, S.17.

4) Entw. Allg. Begr. IV, S.33.

5) Wasserwirtschaftliche Probleme, S.19 ; Wittekind, Regelung, S.424; Kiel, Problem, S.1011; Stein, Wasserwirtschaft, S.343.

6) Ent. Allg. Begr. IV, S.33.

7) Wittekind, Regelung, S.424.

serwirtschaftsverband durch Sondergesetz zu gründen ¹⁾, in den Kreisen der von der vorgeschlagenen gesetzgeberischen Lösung betroffenen Interessenten mehrere Ansichten gegenüber ²⁾.

Auf der einen Seite standen die das Grundwasser abpumpenden Braunkohlengesellschaften. Sie hielten keinerlei gesetzgeberische Massnahmen für erforderlich, um eine ordnungsgemässe Wasserversorgung des Erftgebiets auf die Dauer sicherzustellen, da das geltende Recht der §§ 148, 196 ABG hierfür ausreiche ³⁾.

Die Verhütung von Gemeinschaftschäden sei durch öffentlich-rechtliche Vorschriften hinreichend gesichert ⁴⁾. Dabei verwiesen sie vor allem darauf, dass die Durchführung der Grundwasserabsenkung der dauernden Aufsicht der Bergbehörde unterliege, die nach § 68 Abs.3 ABG ⁵⁾ den Regierungspräsidenten als zuständige Wasseraufsichtsbehörde einzuschalten hätten. Diese Mitverantwortlichkeit des Regierungspräsidenten sei ausserdem in einem gemeinsamen Erlass ⁶⁾ enthalten. Der Regierungspräsident sei seinerseits gehalten, die Staatliche Wasserwirtschaftsstelle Erft in das Betriebsplanverfahren einzuschalten ⁷⁾.

Auch den zivilrechtlichen Schutz aus § 148 ABG hielten sie für ausreichend. Sie beriefen sich darauf, dass sie die Ersatzwasserbeschaffung bisher unter Aufwendung erheblicher Kosten sichergestellt hätten ⁸⁾. Als rechtliche Grundlage dienten Rahmenvereinbarungen mit der "Arbeitsgemeinschaft Wasser der Industrie des Erftgebiets e.V." und mit dem "Rheinischen Landwirtschaftsverband e.V.", auf deren Grundlage zahlreiche Einzelverträge mit Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung und Einzelverbrauchern aus Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft abgeschlossen worden seien ⁹⁾.

1) Vgl. Entw.

2) Wittekind, Erftverband, S.345.

3) Braunkohle und Wasser, S.11 f; Willing, S.47 f.

4) Braunkohle und Wasser, S.11 f; Willing, S.47 f.

5) In der nordrhein-westfälischen Fassung gem. Art. II zur Änderung berggesetzlicher Vorschriften im Lande Nordrhein-Westfalen vom 25.4.1950 (GV.NW.S.694).

6) Gemeinsamer Erlass des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - V C 1221/8 - und des Ministers für Wirtschaft und Verkehr - III/6-174-32 - des Landes Nordrhein-Westfalen vom 26. 10.1954, abgedruckt bei Wüsthoff-Kumpf, Bd. 1 unter D 772 T.

7) Auf Grund gemeinsamen Erlasses derselben Minister über die "Errichtung einer Staatlichen Wasserwirtschaftsstelle Erft" vom 4.4.1955 (MBl.NW. 1955, S.723).

8) Zum Umfang des versorgten Gebiets vgl. Braunkohle und Wasser, S.7 mit der Abb. auf S.4; ferner Nachtrag, S.13 mit Abb. 7 und 7a und der dazu ergangenen Stellungnahme des Bergbaus in: Pressestelle Braunkohle, S.2 f.

9) Willing, S.47.

Der Auffassung des Bergbaus stand die Ansicht der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unter Federführung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gegenüber. Sie forderte mit ihrem Entwurf die Gründung eines wasserwirtschaftlichen Verbandes durch Sondergesetz nach dem Vorbild der bereits bestehenden sondergesetzlichen preussischen Wasserwirtschaftsverbände ¹⁾, dem nicht nur die Sicherung der Wasserversorgung, sondern die Regelung der gesamten Wasserwirtschaft übertragen werden sollte. Sie war der Ansicht, dass das Allgemeine Berggesetz von 1865 keine ausreichende Grundlage dafür bietet, die Wasserversorgung des betroffenen Gebietes auf die Dauer sicherzustellen ²⁾.

Die ausser dem Braunkohlenbergbau vorhandenen Interessengruppen haben zu dem Vorschlag der Landesregierung in verschiedener Weise Stellung genommen. Während die kommunale Gruppe der im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Lösung im wesentlichen zustimmte ³⁾, wurde sie vom Bundesverband der Deutschen Industrie im vollen Umfang abgelehnt ⁴⁾. Auch die "Arbeitsgemeinschaft Wasser der Industrie des Erftgebiets e.V." lehnte eine Verbandsgründung ab, trat jedoch für die sondergesetzliche Errichtung einer "Anstalt zur Sicherung der Wasserversorgung im Rheinischen Braunkohlengebiet" ein. Dabei war an eine staatliche Sonderbehörde gedacht ⁵⁾. Die Arbeitsgemeinschaft war der Ansicht, dass es an einem Träger der durchzuführenden Wasserbeschaffungsmassnahmen nicht fehle, weil dazu die "Braunkohle durchaus geeignet" ⁶⁾ sei. Es komme nur darauf an, die Massnahmen des Bergbaus und zwar sowohl die Planung wie die Durchführung mit Hilfe einer "bestens ausgestalteten Aufsichtsbehörde zu kontrollieren" ⁷⁾. In ähnlicher Weise nahmen auch die Repräsentanten der Landwirtschaft des betroffenen Gebiets Stellung. Sie traten unter Ablehnung der Verbandslösung für die Errichtung einer staatlichen Behörde ein, die "die Regelung aller Fragen des Ausgleichs bergbaulicher Einwirkungen besser und überzeugender" treffen könne ⁸⁾.

1) Vgl. § 191 Abs. 2 WVO.

2) Einzelheiten siehe in: Entw. Allg. Begr. IV, S.33 und VI, S.35; ferner bei Wittekind, Regelung, S.424 f und bei Willing, S.48.

3) Kommunale Wasserwirtschaftliche Notgemeinschaft Erft, S.1 f; Wittekind, Erftverband, S.345.

4) Stellungnahme, S.5 ff; dazu Linckelmann, Kerngestalt, Anm. 21, S.35 f.

5) Arbeitsgemeinschaft Wasser, § 1 der Entwurfsskizze, S.9.

6) Arbeitsgemeinschaft Wasser, S.7 f.

7) Arbeitsgemeinschaft Wasser, S.7 f.

8) Landwirtschaftskammer Rheinland, S.1; dazu Wittekind, Erftverband, S.345.

Die von der Landesregierung vorgeschlagene Organisationsform eines sondergesetzlichen Wasserwirtschaftsverbandes ist vom Landtag Nordrhein-Westfalen nach eingehender Prüfung beibehalten worden, wenn auch einzelne Vorschriften des Entwurfs geändert ¹⁾ wurden.

Der Verband hat inzwischen seine Organe gebildet und die Satzung ²⁾ erlassen.

1) Wittekind, Erftverband, S.345.

2) Vom 26. September 1961 (GV.NW. 1962, S.103).

2. T e i l

Merkmale und Vollzug der Raumplanung, Funktion und Begriffe des Raumplanungsrechts

Die Untersuchungen über Merkmale und Vollzug der Raumplanung bewegen sich vorwiegend im vorjuristischen Bereich des Raumplaners. Eine Vorstellung dieses Bereiches zu gewinnen, ist deshalb unumgänglich, weil über das Raumplanungsrecht und den Inhalt seiner Begriffe, die von dem zu ordnenden Lebensbereich wesentlich geprägt werden, noch grosse Unklarheiten bestehen. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen ist die Funktion des Rechts im Rahmen der Raumplanung zu erläutern. Daran schliesst sich eine Inhaltsbestimmung derjenigen Begriffe des Raumplanungsrechtes an, die im weiteren Verlauf der Arbeit verwandt werden.

1. Abschnitt: Merkmale der Raumplanung.

Raumplanung ist eine menschliche Tätigkeit. Ihr Gegenstand, ihr Ziel und ihr Träger sind Merkmale, durch die sie unter verschiedenen menschlichen Tätigkeiten als Raumplanung erkannt werden kann.

A. Der Gegenstand der Raumplanung.

Gegenstand der Raumplanung ist nicht der Raum in der ihm wesenseigenen Unbegrenztheit und Unbegrenzbarkeit ¹⁾, sondern der Lebensraum ²⁾ oder genauer der menschliche Lebensraum ³⁾.

Vom menschlichen Lebensraum ist im allgemeinen nur die Landfläche, auf der allein der Mensch beheimatet sein und sich entfalten kann, von Bedeutung für die Raumplanung. Dennoch ist es berechtigt, den menschlichen Lebens-"Raum" als Gegenstand der Planung anzusehen; denn der Raumplaner muss auch die steigende Beanspruchung der Bodenschätze und des Grundwassers sowie die zunehmende Verunreinigung der Luft ⁴⁾ in seine Überlegungen einbeziehen.

Der Raumplaner, der den Lebensraum gestalten will, muss sich zunächst

1) Giese, Raumordnung, S.390.

2) Ratzel, "Der Lebensraum" als Titel seines Buches; Glatzel, S.289; Michel, S.4; Bergen, S.6 f.

3) Dittrich, Aufgaben, S.2, spricht von dem "von menschlichem Leben erfüllten Raum".

4) Isbary, S.95 ff.

durch analytische Untersuchungen einen Überblick über die den Raum bestimmenden und beherrschbaren Faktoren verschaffen. Dabei hat er von der grundlegenden Gliederung des Raumgefüges in Natur- und Kulturraum auszugehen, die hier nur angedeutet werden soll.

Als Naturraum kann eigentlich nur der Raum in seinem natürlichen Zustand bezeichnet werden, wie er sich darbietet, wenn er von Menschen noch nicht verändert worden ist. Derartige Gebiete sind jedoch nur noch in den Restbeständen zu finden. Dennoch lässt sich der Naturraum auch dort, wo er vom Menschen bereits verändert worden ist, als der Teil des Lebensraumes abgrenzen, der den Naturgesetzen unterliegt und mit naturwissenschaftlichen Methoden ¹⁾ erfassbar ist.

Der Kulturraum entsteht dadurch, dass der Mensch in das Gefüge des Naturraumes eingreift und es verändert, um ihn seinen Wünschen und Bedürfnissen entsprechend zu nutzen ²⁾. Gerade die letzten Jahrzehnte mit ihrem technischen Fortschritt haben jedoch die Grenzen menschlicher Eingriffe gezeigt, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht die Gefahr entstehen soll, dass der Mensch einen Teil seiner Lebensbedingungen, die auf dem Naturraum beruhen, zerstört und vernichtet. Hierbei sei nur auf die rücksichtslose, d.h. einseitig nach den Bedürfnissen des Menschen und nicht nach den natürlichen Eigengesetzlichkeiten ausgerichtete Nutzung der für den Menschen unentbehrlichen Raumelemente Boden ³⁾, Luft ⁴⁾ und Wasser ⁵⁾ hingewiesen.

B. Das Ziel der Raumplanung.

Als besonders wesentliches Merkmal ist das Ziel der Raumplanung herauszustellen.

Eine Übereinstimmung über das Ziel der Raumplanung dürfte nur auf rein formeller Ebene, und zwar insoweit bestehen, als durch sie eine Ordnung des Raumes erreicht werden soll. Sobald jedoch versucht

1) Bergen, S.7.

2) Vgl. die systematische Zusammenstellung der Eingriffsmöglichkeiten bei Mäding, Rechtliche Grundlagen, S.11 ff.

3) Hinsichtlich der Ursachen der Bodenerosion und der zu ihrer Verhütung durchzuführenden Gegenmassnahmen vgl. Kuron, S.353 ff.

4) Vgl. Isbary, S.95, der der Auffassung ist, dass sich die Verunreinigung der Luft durch Abgase, Staub, Asche und Russ bereits zu einer schwerwiegenden gesundheitsstörenden Belästigung ausgewachsen hat.

5) Über die Störungen des Wasserhaushaltes, vgl. Thienemann, S.1 ff.; Geiger, S.13 f und Jakl, S.15.

wird, das Ziel inhaltlich zu konkretisieren, gehen die Auffassungen ¹⁾ auseinander.

Hier ²⁾ wird als Leitziel der Raumplanung angesehen, die Kräfte des Raumes und die Lebensbedingungen in ihm so zu beeinflussen, dass ein Höchstmass menschlicher Leistung und menschlichen Wohlbefindens in ihm möglich ist ³⁾. Allein eine solche optimale Nutzbarmachung der Kräfte des Raumes kann als sinnvolles Ziel des Planens angesehen werden, und zwar derart, dass eine den Raum beeinflussende Tätigkeit ohne diese Zielsetzung als rein zufällig ⁴⁾ bezeichnet werden muss und schlechthin nicht als Raumplanung betrachtet werden kann.

Deshalb ist auch die Zielsetzung ein die Raumplanung kennzeichnendes Abgrenzungsmerkmal gegenüber jeder anderen, den Raum lediglich blindlings beeinflussenden Tätigkeit.

C. Der Staat als Träger der Raumplanung.

Den Raum beeinflussende Massnahmen können auch von einzelnen Bürgern, privaten Unternehmern und Interessengruppen vorgenommen werden. So können beispielsweise Grossgrundbesitzer für ausgedehnte Gebietsteile Windschutzanlagen errichten und mehrere Industriebetriebe gemeinsame Wasserversorgungs- und Abwässerbeseitigungsanlagen erstellen. All diesen raumbeeinflussenden Massnahmen von privater Seite sind jedoch enge Grenzen gezogen. Ihr Gestaltungsbereich endet regelmässig dort, wo die Grenzen ihres privaten Verfügungs- und Nutzungsrechtes verlaufen. Sie sind nicht in der Lage, den über ihren privaten Herrschaftsbereich hinausgehenden Raum zu erfassen und eine übergeordnete, von den Interessen der Allgemeinheit bestimmte raumplanerische Konzeption zu entwickeln. Ihnen fehlt es ferner an der rechtlichen Möglichkeit, der Gesamtkonzeption entsprechend zu planen und Massnahmen durchzuführen. Gerade diese Funktionen sind

1) Vgl. die Zusammenstellung bei Michel, S.16 f.

2) Eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Meinungen würde hier zu weit führen.

3) Fast wörtlich Westermann, Luftreinhaltung, S.17; im wesentlichen, d.h. soweit die optimale Nutzung des Raumes angestrebt wird, auch Giese, Grundsatz- und Kompetenzfragen, S.8; Otremba, S.542; Halstenberg, Planung, S.566; Ernst, Rechtsgestaltung, S.160; vgl. auch SaRo, S.54.

4) Vgl. Ernst, Rechtsgestaltung, S.163.

jedoch kennzeichnend für die Raumplanung. Sie können nur vom Staat - unmittelbar von seinen Behörden oder mittelbar durch ihm eingegliederte öffentlich-rechtliche Körperschaften im Rahmen des ihnen übertragenen Zuständigkeits- und Aufgabenbereiches - übernommen werden.

Raumplanung muss deshalb als hoheitliche Tätigkeit des Staates aufgefasst werden ¹⁾, derart, dass alle von privater Hand ergriffenen, den Raum beeinflussenden Massnahmen nicht als Raumplanung angesehen werden können.

2. Abschnitt: Der Vollzug der Raumplanung.

Raumplanung vollzieht sich in einer ganz bestimmten Art und Weise. Sie ist gekennzeichnet durch Raumforschung, die Planung im engeren Sinne durch das Aufstellen von Plänen und die Verwirklichung der Planung. Alle drei Arbeitsstufen stehen in einem notwendigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander: Die jeweils folgende baut auf der vorhergehenden in der Weise auf, dass sie ohne die Verrichtung und Erfüllung der vorhergehenden selbst nicht sinnvoll durchgeführt werden kann. ²⁾

A. Raumforschung.

Der Raumplaner muss sich zunächst genaue Unterlagen und Kenntnisse über die Beschaffenheit des von ihm zu beeinflussenden und zu gestaltenden Raumes verschaffen. Sonst besteht die Gefahr, dass mit den geplanten und durchgeführten Massnahmen in Unkenntnis über ihre Bedeutung und Wirkungsweise auf das Raugeschehen genau das Gegenteil von dem erreicht wird, was angestrebt war: Unordnung statt Ordnung. Dieser Umstand, dass die Raumforschung eine unerlässliche Voraussetzung für eine sinnvolle und erfolgreiche Planung ist ³⁾, lässt es gerechtfertigt erscheinen, die Raumforschung selbst als raumplanerische Tätigkeit zu bezeichnen.

-
- 1) Giese, Bundeskompetenz, S.7; ders., Grundsatz- und Kompetenzfragen, S.10; Michel, S.31 f und die unter Anmerkung 1, S.32 Genannten; Westermann, Luftreinhaltung, S.17; ders., Sachenrecht, § 62 II 1; SaRo, S.9.
 - 2) Umlauf, Wesen und Organisation, S.247, spricht, speziell auf die Landesplanung bezogen, von einem "sachlich notwendigen Arbeitsgang" der Landesplanungsarbeit; vgl auch Entw. LPlanG 1949 unter B, Abs. IV zu § 2.
 - 3) Mäding, Verwaltungsaufbau, S.1; vgl. auch Entw. LPlanG 1949, Einzelbeogr. zu § 4.

B. Die Planung im engeren Sinne.

Die zweite Phase raumplanerischer Arbeit, die von den Ergebnissen der Raumforschung ausgeht, vollzieht sich durch die Planung im engeren Sinne. Diese Teilaufgabe, das Kernstück im Rahmen der Raumplanung, ist in erster Linie eine Aufgabe, die nicht der Jurist, sondern der Raumplaner zu bewältigen hat; erst sekundär wirft ihre Erfüllung auch rechtliche Fragen auf. Vorerst soll jedoch nur eine Vorstellung von der Arbeitsweise des Raumplaners gegeben werden.

I. Die Stufen der Planung.

Planung im engeren Sinne, die wesensmässig auf eine bestimmte Ordnung des Raumes gerichtet ist, ist mehr als eine kompilatorische Tätigkeit ¹⁾, die nur einzelne Ansprüche an die Kräfte und Faktoren des Raumes summarisch zusammenstellt. Ihre eigentliche Aufgabe besteht darin, die unterschiedlichsten, sich widersprechenden und ausschliessenden Anforderungen im Raume auszugleichen und zu koordinieren. Das erfordert eine gestaltende Tätigkeit, die ein Ganzes anstrebt. Diese Notwendigkeit gliedert die Planung im engeren Sinne in zwei eng miteinander verbundene, sachlich voneinander zu unterscheidende selbständige Funktionen ²⁾.

1) Die Bestimmung der integrierenden Planungsziele.

Zunächst muss der Raumplaner konkrete Vorstellungen über seine obersten Planungsziele, eine Gesamtkonzeption haben, nach der er die einzelnen Massnahmen zu einem einheitlichen Ganzen integrieren kann. Die verantwortliche Festlegung einer solchen Gesamtkonzeption ist Aufgabe der Raumpolitik. Wenn sie auch als Teil der allgemeinen Politik von den Kräften des öffentlichen Lebens mitgetragen und beeinflusst wird, so können verantwortliche raumpolitische Entscheidungen nur von den verfassungsrechtlich dazu berufenen Organen des Staates getroffen werden, d.h. auf der höchsten Planungsstufe des Staates insbesondere von den gesetzgebenden Organen und der Regierung ³⁾, auf der örtlichen Stufe von den Gemeindeparlamenten. Dabei haben sie, wenn ihre Zielset-

1) Umlauf, Wesen und Organisation, S.247, für die Landesplanung.

2) Giese, Grundsatz- und Kompetenzfragen, S.7, spricht in diesem Zusammenhang von der integrierenden Funktion der Raumordnung, der er die koordinierende gegenüberstellt.

3) Vgl. Michel, S.28.

zungen nicht utopisch werden sollen, von denen Ergebnisse der Raumforschung auszugehen ¹⁾. Inhaltlich hat sich die Raumpolitik, die sich in Wertentscheidungen vollzieht, damit auseinanderzusetzen, für wen ²⁾ und zu welchen Zwecken die Kräfte des Raumes bevorzugt dienstbar gemacht werden sollen, ob sie z.B. vorwiegend für die private Wirtschaft, die Landwirtschaft oder Industrie oder für die Erfüllung staatlicher Aufgaben bereitzustellen sind.

Die Festlegung dieser Ziele ³⁾ kann in Entwicklungsprogrammen und -plänen ihren Niederschlag finden. Dabei sollen die Entwicklungspläne als zeichnerisch entfaltete Darstellungen der Entwicklungsprogramme verstanden werden ⁴⁾.

2. Die koordinierende Ausgestaltung der Planungsziele..

Erst auf einer von einheitlichen Prinzipien getragenen Ordnungsvorstellung ist eine näher ausgestaltende, koordinierende Planung möglich ^{4a)}, die in Raumordnungsplänen ⁵⁾ ihren Niederschlag finden. Als solche sind auf der Ebene der Landesplanung die Raumordnungspläne nach § 14 LPlanG 1962, sowie der Gesamtplan nach § 1 Abs. 2 BrkG und auf der Ebene der Ortsplanung die Bauleitpläne gem. § 1 Abs. 2 BBauG zu nennen.

Das Wesen der koordinierenden Planungstätigkeit besteht darin, die im Raume kollidierenden Interessen nach den integrierenden Zielen auszugleichen. Dabei können Interessen der Allgemeinheit untereinander, solche der Allgemeinheit mit privaten und private Interessen untereinander sich gegenseitig widersprechen.

1) Vgl. Giese, Bundeskompetenz, S.6 f.

2) Michel, S.24.

3) Zu den terminologischen Schwierigkeiten, die obersten Ziele der Raumplanung zu kennzeichnen, vgl. Dittrich, Richtlinien, S.168 f.

4) So insbesondere Seeger, Anmerkung 6 auf S.195 für den Bereich der Landesplanung und neuerdings §§ 11, 12 LPlanG 1962. - Ähnlich Landesplanung, Begriffe und Richtlinien, §§ 2 und 3 auf S.32 f, sowie § 1 Abs. 2 des Entwurfes eines Rahmengesetzes über Raumordnung vom 6.9.1955 (BT-Drucks. Nr.1656 - 2. Wahlp.)

4a) Ebenso Ernst, Rechtsgestaltung, S.163, ohne allerdings die zielsetzende Tätigkeit als "integrierende Planung" zu bezeichnen.

5) Raumordnungspläne nicht in dem verengten Sinne des § 3 Abs. 1 LPlanG 1950 gemeint, sondern in dem umfassenden, dem Wortlaut entsprechenden Sinne als ein auf die Ordnung des Raumes gerichteter Plan; so auch Obermeyer, S.146.

II. Der Plan.

Der Plan dient, ganz allgemein betrachtet, der systematischen Vorbereitung eines vernunftgemässen menschlichen Handelns ¹⁾ und erfüllt damit eine Funktion im Rahmen des menschlichen Handelns schlechthin. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn er auf allen Gebieten des menschlichen Lebens anzutreffen ist ²⁾.

Der Plan des Raumplaners ist eine aus kartographischen und textlichen Bestandteilen bestehende einheitliche Darstellung ³⁾. Er enthält die Vorstellungen des Raumplaners, wie das Plangebiet gestaltet werden soll, und ist die gedankliche Brücke von der gegenwärtigen Beschaffenheit des Raumes zu dem Zustand, den der Raumplaner für die Zukunft entstehen lassen will ⁴⁾.

C. Die Verwirklichung der Planung.

Die letzte Stufe raumplanerischer Tätigkeit ist die Planverwirklichung. Sie stellt funktionell den rechtlichen und tatsächlichen Vollzug ⁵⁾ der in den Plänen enthaltenen Vorstellungen über das künftige Geordnetsein des Raumes dar.

3. Abschnitt: Funktion und Begriffe des Raumplanungsrechtes.

A. Seine Funktion.

Raumplanung ist in erster Linie, aber nicht ausschliesslich, eine Aufgabe des Raumplaners. Seine besten Pläne wären zwecklos, wenn sie nicht verwirklicht werden könnten. Dieses Ziel lässt sich, da die eine Ordnung des Raumes anstrebenden Pläne Eingriffe in die verschiedensten privat- und öffentlich-rechtlich geschützten Interessenbereiche vorsehen und deshalb ihre Verwirklichung einen ebenso vielgestaltigen Widerstand erwarten lässt, mit den Mitteln der Überzeugungskunst ⁶⁾ allein nicht reichen. Es ist vielmehr staatlicher Zwang erforderlich, der zwar in der Regel nur angedroht und nicht auch angewandt zu werden braucht.

1) Im Anschluss an Landesplanung, Begriffe und Richtlinien, Einleitung a), S. 13 sowie S.21.

2) Seeger, S.195.

3) So Michel, S.75 und Anm. 3 ebenda; § 9 Abs. 1 BBauG.

4) Bergen, S.52.

5) Michel, S.28 f.

6) Vgl. Umlauf, Wesen und Organisation, S.167 f, für den Bereich der Landesplanung; vgl. auch Seeger, S.194, der darauf hinweist, dass der Landesplaner in den 20iger Jahren in Deutschland "kein anderes Mittel als den guten Willen der Beteiligten und die Güte des Planes, der für sich selbst sprechen musste", zur Verfügung hatte.

In einem Rechtsstaat darf Zwang nicht nach Belieben eingesetzt werden. Sein Einsatz darf nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erfolgen und ist an ebenso strenge Formen gebunden, die dem Schutz privater und öffentlicher Interessen dienen. Darin liegt die Funktion des Raumplanungsrechtes. Wenngleich es erst in zweiter Linie ¹⁾ in Funktion tritt, so ist seine Bedeutung, vom Endziel der Raumplanung her betrachtet, im Rechtsstaat nicht für geringer zu erachten.

B. Einzelne Begriffe.

I. Raumplanung und Raumordnung.

Beide Ausdrücke sind, was unvermeidbar war, bereits wiederholt verwandt worden. Sie bedürfen jedoch noch der näheren begrifflichen Inhaltsbestimmung und vor allem auch der Abgrenzung gegeneinander. Es ist bereits mehrfach ²⁾ dargestellt worden, dass aus dem bisherigen Schrifttum ³⁾ und den gesetzlichen Vorschriften ⁴⁾ über Raumordnung und Raumplanung eine begriffliche und terminologische Klärung nicht ohne weiteres abzuleiten ist. Deshalb ist es erforderlich, unter Berücksichtigung von Gegenstand, Ziel, Träger und Vollzug der Planung auch nach sprachlichen Gegebenheiten richtige Begriffe zu bilden ⁵⁾.

1. Sprachliche Orientierung.

Raumordnung und Raumplanung haben das gleiche Objekt, den menschlichen Lebensraum. Ein begrifflicher Unterschied kann deshalb nur in der Beziehung zu diesem Objekt gefunden werden ⁶⁾.

Das Wort "Ordnung" enthält einen doppelten Sinn ⁷⁾. Einmal drückt es einen Zustand, ein Geordnetsein aus. Diese Interpretation gibt dem Begriff Raumordnung den Inhalt, dass der menschliche Lebensraum gestaltet, geordnet i s t , sich also in einem bestimmten geordneten Zustand ⁸⁾ befindet.

1) Die Parallele dazu finden wir im Bereich der Luftreinhaltung, die in erster Linie ebenfalls eine Aufgabe der Technik ist und für die das Recht erst in zweiter Linie bedeutsam wird. - Vgl. dazu Westermann, Luftreinhaltung, S.10 f.

2) Vor allem Michel, S.16 ff; Bergen, S.36 ff.

3) Aus dem neueren Schrifttum sind ergänzend anzuführen: Schütz-Frohberg, Kommentar, Anm. 4 zu § 1; Westermann, Sachenrecht, § 62 II 1; Halstenberg, Bauleitplanung und Raumordnung, S.53 f und Planung S.565; Heitzer-Oestreicher, Vorb. 3 zu § 1; Ernst, Rechtsgestaltung, S.160; SaRo, S.10 f.

4) Aus der neueren Gesetzgebung sind ergänzend anzuführen: § 36 Abs. 2 WHG; Art. 1 bay LPlanG; § 1 Abs. 3 BBauG, § 1 Schl. - H. LPlanG.

5) Bergen, S.38.

6) Bergen, S.36.

7) Dittrich, System, S.5 und Primat, S.367; Giese, Raumordnung, S.390; Michel, S.27; Bergen, S.39.

8) Ernst, Rechtsgestaltung, S.165.

Zum anderen weist das Wort "Ordnung" auf eine Tätigkeit hin, drückt ein Geordnet w e r d e n aus. Diese Deutung führt dazu, unter Raumordnung ein Tätigwerden ¹⁾ auf eine angestrebte Ordnung des menschlichen Lebensraumes hin zu verstehen.

Michel ²⁾ legt dem Begriff Raumordnung beide sprachlich möglichen Bedeutungen bei.

Diese sprachliche Doppeldeutigkeit auch in die Ebene der Begrifflichkeit einzuführen, kann nur dazu beitragen, die Begriffsverwirrung auf dem Gebiet des Raumplanungsrechtes zu erhalten. Es wäre deshalb nur gerechtfertigt, den Begriff Raumordnung mit der Doppelbedeutung zu verwenden, wenn eine der beiden Bedeutungen nicht durch einen geeigneten anderen, im Planungsrecht noch nicht festgelegten Begriff ausgedrückt werden könnte.

Hierfür bietet sich der Ausdruck "Raumplanung" an. Planung enthält nichts Zuständliches, sondern etwas Dynamisches und drückt ein Tätigwerden aus, das auf eine Ordnung hin ausgerichtet ist. Als Raumplanung deutet dies Tätigwerden auf eine Ordnung im Raume hin.

2. Begriffliche Inhaltsbestimmung.

Mit dem Wort "Raumplanung" soll ein umfassender Begriff geprägt werden, der den gesamten menschlichen Tätigkeitsbereich erfasst, der dem Zweck dient, eine Ordnung im Raume zu erreichen. Das bedeutet, dass Raumplanung begrifflich nicht nur die Planung im engeren Sinne und deren Verwirklichung, sondern auch die ihr notwendig vorausgehende Raumforschung umfasst. Andererseits bedarf diese Bestimmung noch der Beschränkung nach Gegenstand, Ziel und Träger. Als Raumplanung ist danach diejenige Tätigkeit des Staates oder ihm eingegliedeter Verbände zu verstehen, mit der das Ziel verfolgt wird, eine optimale Nutzung des menschlichen Lebensraumes zu erreichen und die sich regelmässig durch Raumforschung, Planung im engeren Sinne und deren Verwirklichung vollzieht.

Raumordnung als ein Zustand umfasst begrifflich zweierlei. Einmal ist sie das angestrebte Ziel der Raumplanung; das ist die Vorstellung, wie der Raum geordnet werden soll. Zum anderen ist Raumordnung das Ergebnis der Raumplanung als eine bestimmte Gestaltung des Raumes.

1) Ernst, a. a. O.

2) S.22 ff, S.31.

II. Landesplanung.

Die Anfänge der landesplanerischen Tätigkeit reichen zurück bis in die ersten Jahre unseres Jahrhunderts¹⁾. Jedoch wurde eine allgemein anerkannte Bedeutung des Begriffes der Landesplanung bisher nicht gefunden werden²⁾. Ohne erneut auf die in Laufe der Jahrhunderte³⁾ in Schrifttum und Gesetzgebung zum Ausdruck gekommenen Auffassungen in einzelnen einzugehen, sind hier von Landesplanungsbegriff ausgegangen, wie er nach 1945 in der Gesetzgebung des Landes Nordrhein-Westfalen besteht angenommen hat. Das ist insbesondere⁴⁾ deshalb gerechtfertigt, weil er für das hier allein in Frage stehende Gebiet des Grossen Wirtschaftsraumes ausgelegt ist.

1. Der Inhalt des Begriffes.

Der Begriff der Landesplanung für das Land Nordrhein-Westfalen geht zurück auf das Landesplanungsgesetz von 11. März 1920⁵⁾, das allerdings durch das neue Landesplanungsgesetz vom 7. Mai 1950⁶⁾ aufgehoben worden ist.

Danach ist Landesplanung zunächst übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung. Zwar spricht § 1 Absatz 1 Nr. 1 des Gesetzes nur von übergeordneter zusammenfassender Planung. Das jedoch die Planung nach dem nordrhein-westfälischen Landesplanungsgesetz verfassungsmässig auch überörtlich ist, ist bisher mit Recht nicht bezweifelt worden⁷⁾, denn das Merkmal der Überörtlichkeit ist in dem Wort "übergeordnet" mit enthalten⁸⁾ und ergibt sich fernerhin aus dem gesamten

1) Klamroth, S. 10; Ernst-Friede, § 1 Anm. 2a, S. 67.

2) Umlauf, Wesen und Organisation, S. 103.

3) Zur geschichtlichen Entwicklung der Landesplanung in Deutschland vgl. Klamroth, S. 10 33; Umlauf, Wesen und Organisation, S. 103-104, Ernst-Friede § 1 Anm. 2a, S. 66 ff.

4) Der Überbegriff der den in § 1 Absatz 1 genannten Begriffen nahe war die Literatur weitgehend abgelehnt, vgl. Umlauf, Anm. 1 zu § 1 Absatz 1 Nr. 1, unter Sammeln. 11. 3. 1950; Halstenberg, Planung, S. 50, und Landesplanungsgesetz, S. 103; Heitner-Festwischer, Verh. 3 zu § 1, Ernst, Rechtsgelehrte, S. 103 f. Nach, S. 53, auch die anderen Länder, die bisher nach Nordrhein-Westfalen Landesplanungsgesetz erlassen, haben den Begriff übernommen, vgl. Art. 1 Nr. 1 des Gesetzes, § 1 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes.

5) GV. NW. S. 41.

6) GV. NW. S. 229; vgl. § 50.

7) Seeger, S. 193; Ernst-Friede, Anm. 2a zu § 1, S. 66 f.; Halstenberg, Bauleitplanung und Raumordnung, S. 53 f. - Uggasau Meyer, S. 11, der nur von übergeordneter Planung spricht.

8) Vgl. dazu Rechtsgelehrte, Bauleitplanung, S. 53 f. unter c III 1.

Zusammenhang der Regelung. Wenn deshalb das neue Landesplanungsgesetz ¹⁾ die Landesplanung ausdrücklich als überörtlich bezeichnet, stellt das keine sachliche Änderung dar.

Landesplanung ist ausserdem rahmensetzende Planung. Ihre Pläne können begrifflich nicht "durchgeführt" sondern nur "durchgesetzt" werden ²⁾; sie binden und ermächtigen lediglich, um unerwünschte Entwicklungen zu verhindern und erwünschte zu ermöglichen ³⁾. Diese Besonderheit stellt die Landesplanung in Gegensatz zur Fachplanung, die insoweit als Initiativ- oder Durchführungsplanung bezeichnet werden kann ⁴⁾.

Landesplanung ist ferner, was im allgemeinen nicht besonders hervorgehoben wird, Bodennutzungsplanung ⁵⁾, d.h. Anknüpfungspunkt der Planung zur Erreichung einer Raumordnung ist die Erdoberfläche, deren Nutzung in Plänen geregelt wird ⁶⁾.

2. Die Abgrenzung der Landesplanung zur Bundesplanung.

Eine übergeordnete, zusammenfassende Planung kann nicht an den Grenzen der Länder halt machen; dem Wesen einer Raumordnung entspricht es, dass das gesamte Staatsgebiet in die Planung einbezogen wird. Deshalb ergibt sich in einem Bundesstaat auch für den Gesamtstaat, den Bund, die Notwendigkeit einer Raumplanung. Diese Überlegung hatte bereits das Bundesverfassungsgericht in seinem Rechtsgutachten ⁷⁾ dazu veranlasst, dem Bund aus der Natur der Sache eine ausschliessliche Vollkompetenz zur Regelung der Bundesplanung, d.h. einer übergeordneten, zusammenfassenden Raumplanung zuzugestehen.

1) § 1 Abs. 1 LPlanG 1962.

2) Seeger, S.195; Entw. LPlanG 1961, Einzelbegr. zu § 1 Abs. 2, S.23.

3) So Seeger, a.a.O., bereits zum ersten nordrh.-westf. Landesplanungsgesetz; fast wörtlich übernommen in § 1 Abs. 2 LPlanG 1962.

4) Diese begriffliche Gegenüberstellung findet sich bei Seeger, a.a.O.

5) Vgl. Ernst-Friede, Anm. 2a zu § 1 S.69. - Im Rahmen dieser Arbeit erscheint es gerechtfertigt, auch nach dem Erlass des neuen Landesplanungsgesetzes vom 7. Mai 1962 (GV. NW, 1962 S.229) Landesplanung begrifflich als Bodennutzungsplanung zu bezeichnen; denn nach dem im Erftgebiet massgeblichen Gesamtplan des § 1 Abs. 2 BrkG ist im Anschluss an § 3 Abs. 1 LPlanG 1950 Anknüpfungspunkt der Planung die Erdoberfläche.

6) Vgl. § 3 Abs. 1, Satz 2 LPlanG 1950; § 1 BrkG; §§ 14, 15, 19 LPlanG 1962; ferner § 11 bay LPlanG.

7) BVerfGE Bd. 3, S.427 f unter C III 1.

Obwohl der Bund von dieser Gesetzgebungszuständigkeit bisher keinen Gebrauch gemacht hat ¹⁾, ergibt sich jedoch für die Landesplanung, die nach geltendem Recht von den Gliedstaaten betrieben wird, ein weiteres begriffliches Merkmal aus dem Gegensatz zur Bundesplanung. Landesplanung lässt sich hiernach als übergeordnete, überörtliche, zusammenfassende, auf das Staatsgebiet eines Landes beschränkte, rahmensetzende Bodennutzungsplanung definieren.

III. Ortsplanung.

Als Ortsplanung wird hier ³⁾ die Bauleitplanung nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes ⁴⁾ verstanden ⁵⁾, durch das ein für das gesamte Bundesgebiet einheitliches Ortsplanungsrecht geschaffen ⁶⁾ und das bisherige ⁷⁾ aufgehoben worden ist ⁸⁾.

Ortsplanung ist Bodennutzungsplanung ⁹⁾: Anknüpfungsgegenstand der Planung ist der Boden. Die Art jedoch, wie die Ortsplanung die Bodennutzung regelt, unterscheidet sich von der Landesplanung.

Ortsplanung kann ferner ebenfalls als zusammenfassende Planung bezeichnet werden ¹⁰⁾. Sie hat die in das Gemeindegebiet fallenden Fachplanungen und die verschiedenen Interessen der Grundstücksnutzer unter- und miteinander abzustimmen ¹¹⁾.

1) Vgl. jedoch die beiden Entwürfe des Bundes:

a) Entwurf eines Rahmengesetzes über Raumordnung vom 6.9.1955 (BT-Drucks. 1656)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Raumordnung im Bundesgebiet (ROBG BT - Drucks. IV 472.

2) Halstenberg, Das neue Baurecht, S.249 und Planung S.565.

3) Unklar Bergen, S.49 f, der den Begriff der Ortsplanung lediglich dadurch bestimmt, dass sie auf "lokale Gebiete" beschränkt sei, ohne zu umreißen, wann ein Gebiet noch als "lokal" bezeichnet werden kann.

4) §§ 1 - 13.

5) Über die einzelnen Bezeichnungen der Ortsplanung als Stadtplanung, Städtebau, städtebauliche Planung und Aufbauplanung vgl. Halstenberg, Das neue Baurecht, S.289 und Bauleitplanung und Raumordnung, S.51 f.

6) Der hier interessierende "Erste Teil, Bauleitplanung" ist am 29. Juni 1961 in Kraft getreten.

7) Vgl. dazu den Katalog der aufgehobenen Vorschriften des § 186 Abs. 1 BBauG.

8) Zur Entwicklung des Städtebaurechtes vgl. Dittus, Zum Erscheinen, S.537 ff und Überschau I, S.973 f; Ernst, BBBl. 1960, S.297 Froberg, Überblick, S.225; Oestreicher, S.191 f; Schütz-Frohberg, Einleitung, S.1 ff; Wamsganz-Zinkahn, S.1221.

9) Vgl. insbesondere § 1 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 BBauG.

10) Umlauf, Wesen und Organisation, S.325, spricht von "regional integrierender" Planung; Halstenberg, Das neue Baurecht, S.249, von "überfachlicher" Gesamtplanung.

11) Vgl. Halstenberg, Das neue Baurecht, S.281.

Schliesslich ist die Ortsplanung auch rahmensetzende Planung. Sie setzt nach Massgabe der Vorschriften des Bundesbaugesetzes über die Bauleitplanung nur den Rahmen für die möglichen Nutzungsarten der Grundstücksnutzer. Der Gemeinde in ihrer Eigenschaft als Träger der Bauleitplanung obliegt es jedoch nicht, die in den Bauleitplänen dargestellten und festgesetzten Nutzungen selbst durchzuführen ¹⁾; das ist Sache der Fachplanungsträger und Grundstückseigentümer und -besitzer. - Das einzige, uneingeschränkt geltende Abgrenzungsmerkmal der Ortsplanung gegenüber der Landesplanung ist darin zu sehen, dass die Bauleitplanung nicht überörtlich, sondern auf das Gemeindegebiet beschränkt ist ^{2, 3)}.

Danach ist Ortsplanung begrifflich als zusammenfassende, rahmensetzende, auf das Gemeindegebiet beschränkte Bodennutzungsplanung gekennzeichnet.

IV. Fachplanung.

Im Gegensatz zu den auf Erfassung und Ausgleich aller betroffenen Fachsparten und -interessen eingestellten zusammenfassenden Planungen (Orts- und Landesplanung), obliegt der Fachplanung lediglich die Wahrnehmung und Ordnung spezieller, fachlich begrenzter Aufgaben ⁴⁾, wie beispielsweise auf den Gebieten des Verkehrs und des Telegrafienwesens.

Die Fachplanung ist dadurch gekennzeichnet, dass sie d u r c h g e f ü h r t ⁵⁾ werden soll, und zwar von den Trägern der Planung selbst oder doch in ihrem Auftrag ⁶⁾. Sie dient dabei dem Zweck, die technischen und rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung bestimmter, den Raum verändernder Massnahmen zu schaffen ⁷⁾.

Für den Begriff der Fachplanung ist es nicht wesentlich, dass eine Fach b e h ö r d e Träger der Planung ist ⁸⁾. Sie kann auch von Körperschaften und sonstigen Stellen öffentlicher Verwaltung aufgestellt und durchgeführt werden.

1) Umlauf, Wesen und Organisation, S.235.

2) Vgl. §§ 2, Abs. 1, 5 Abs. 1 BBauG.

3) Die rechtlich vorgesehenen Möglichkeiten, dass benachbarte Gemeinden gemeinsame Flächennutzungspläne aufstellen (§ 3 BBauG) und dass sich Gemeinden untereinander zur Bauleitplanung und ihrer Durchführung zu Planungsverbänden zusammenschliessen können, sind lediglich Ausnahmen, die hier nicht interessieren.

4) Halstenberg, Das neue Baurecht, S.249.

5) Umlauf, Wesen und Organisation, S.235; Entw. LPlanG 1961, Einzelbegr. zu § 1 Abs. 2, S.23.

6) Entw. LPlanG 1961, Einzelbegr. zu § 1 Abs. 2, S.23.

7) Michel, S.83 f.

8) Anders Art. 1 Abs. 1, Ziffer 2 bay LPlanG.

Rechtsgrundlage für die Fachplanung sind nicht die Gesetze der zusammenfassenden Planungen (Orts- und Landesplanung) ¹⁾, die lediglich den Rahmen für Fachplanungen festlegen können. Die rechtliche Grundlage findet sich in einzelnen Spezialgesetzen, die die fachlich begrenzten Materien regeln ²⁾. Zu ihnen gehören z.B.:

Bundesbahngesetz (§ 36)

vom 13. Dezember 1951 (BGBl. I, S.955),

Bundesfernstrassengesetz (§§ 16-18)

vom 6. August 1955 (BGBl. I, S.903).

Fachplanung lässt sich danach als fachlich bestimmte Durchführungsplanung kennzeichnen.

1) Michel, S.78.

2) Michel, S.78; Bergen S.51.

3. Teil

Die raumplanerischen Möglichkeiten des Grossen Erftverbandes.

Die raumplanerischen Möglichkeiten des Grossen Erftverbandes sollen danach bestimmt werden, in welchem Umfang er auf Grund der ihm im Erftverbandsgesetz eingeräumten Befugnisse zu einer Raumordnung im Verbandsgebiet durch Raumplanung beitragen kann.. Dabei soll aus Gründen der Klarheit getrennt untersucht werden, welche raumplanerischen Möglichkeiten der Verband

1) durch die Erfüllung der Verbandsaufgabe und

2) im Rahmen der Landesplanung

hat.

1. Kapitel: Die in der Erfüllung der Verbandsaufgabe liegenden raumplanerischen Möglichkeiten.

Die raumplanerischen Möglichkeiten des Verbandes durch Erfüllung seiner Aufgabe werden auf zwei Ebenen untersucht. Zunächst ist zu klären, inwieweit der Verband, allein von seiner Aufgabenstellung her betrachtet, zu einer Raumordnung im Erftgebiet beitragen kann. Diese Untersuchung knüpft an die Merkmale der Raumplanung an, wirft die Frage nach dem Verhältnis von der Regelung der Wasserwirtschaft zur Raumplanung auf - konkret bezogen auf das Erftverbandsgebiet - und bewegt sich in erster Linie im vorjuristischen Bereich der Raumplanung.

Sodann ist zu prüfen, ob der Verband nach seinen Befugnissen auch rechtlich in der Lage ist, die nach der Aufgabenstellung bestehenden raumplanerischen Möglichkeiten zu vollziehen. Diese Untersuchung knüpft an die Art und Weise des Vollzuges der Raumplanung an.

1. Abschnitt: Die Regelung der Wasserwirtschaft als Raumplanung im Verbandsgebiet.

Die Untersuchung, inwieweit der Verband durch die Regelung der Wasserwirtschaft zu einer Raumordnung im Verbandsgebiet durch Raumplanung beitragen kann, knüpft an die Merkmale der Raumplanung (Gegenstand, Ziel und Träger) an.

Es bedarf keiner weiteren Erörterung darüber, dass die Regelung der Wasserwirtschaft im Verbandsgebiet sich auf einen menschlichen Lebensraum bezieht (Gegenstand) und als hoheitliche Aufgabe von einem

dem Staat eingegliederten Verband ¹⁾ (Träger) vollzogen wird. Entscheidend ist deshalb, damit dem Verband durch die Erfüllung seiner Aufgabe eine raumplanerische Möglichkeit zugesprochen werden kann, dass er mit der Regelung der Wasserwirtschaft ein raumplanerisches Ziel verfolgen, d.h. zu einer optimalen Nutzung der Kräfte und Faktoren des Erftgebiets beitragen kann.

Bei dieser Untersuchung soll, was besonders betont sei, bei den gesamten folgenden Erörterungen in erster Linie auf die Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet abgestellt werden. Diese Beschränkung auf eine Teilaufgabe ist deshalb gerechtfertigt, weil die Sicherung der Wasserversorgung, bedingt durch die grossräumige Grundwasserabsenkung ²⁾, die vordringlichste Aufgabe des Verbandes ist. Das ergibt sich ³⁾ bereits aus der Entstehungsgeschichte des Erftverbandsgesetzes ³⁾ und hat auch durch besondere Vorschriften im Gesetz selbst ⁴⁾ seinen Ausdruck gefunden.

Im Anschluss an die Ausführungen des 1. Teiles ⁵⁾ sind als bestimmende natürliche Faktoren des Erftgebietes ein mächtiger Lössboden, ausgedehnte Braunkohlenvorkommen und ein reiches Vorkommen an gutem Grundwasser herauszustellen. Auf diesen natürlichen Grundlagen hat der Mensch als raumgestaltende Kräfte eine hochentwickelte Landwirtschaft und einen bedeutenden Braunkohlenbergbau aufgebaut. Dadurch haben sich zahlreiche Brikettfabriken und die volkswirtschaftlich unentbehrlichen Kraftwerke entwickelt, die wiederum die Voraussetzungen für energiegebundene Betriebe der chemischen, metallurgischen, glas- und steinzeugherstellenden Industrie bildeten ⁶⁾.

Bedingt durch die glückliche Mischung von Landwirtschaft und Industrie ist als weiterer raumgestaltender Faktor eine bedeutsame Siedlungstätigkeit zu nennen, die dazu geführt hat, dass die Bevölkerungsdichte im Erftgebiet mit rund 400 E/qkm erheblich über dem Durchschnitt der Bundesrepublik (215) liegt und die Belgiens (300) und der Niederlande (350) noch übertrifft ⁷⁾.

1) § 1.

2) Vgl. S.11 ff.

3) Vgl. Entw., Allg. Begr. S.32 unter III.

4) Vgl. insbes. §§ 2 Abs. 1b, 3 Abs. 1b, 34 Abs. 1, 41 Abs. 1, 42 Abs. 1 und 43.

5) S.5 f.

6) Stadermann, Braunkohlengebiet, S.315.

7) Stadermann, a. a. O.

Die bisherige Entwicklung im Erftgebiet war dadurch gekennzeichnet, dass die raumgestaltenden Kräfte - Landwirtschaft, Braunkohlenbergbau, Industrie und Siedlung - auf der Basis des reichlich vorhandenen Grundwassers nebeneinander bestehen konnten. Dabei bedarf es kaum der Erwähnung, dass sich diese Kräfte in ihren Entfaltungsmöglichkeiten auf der Ebene des Bodens gegenseitig beschränkten und ausschlossen, und zwar derart, dass beispielsweise eine besiedelte, landwirtschaftlich oder industriell genutzte Fläche nicht gleichzeitig vom Braunkohlentagebau in Anspruch genommen werden konnte. Dennoch konnten die einzelnen Wirtschaftszweige und die Siedlungen nebeneinander bestehen, so dass der gesamte Raum auf die eine oder die andere Art nutzbar war.

Die insoweit lückenlose Ausnutzbarkeit des Erfttraumes wurde in dem Augenblick in Frage gestellt, als man sich entschloss, die wesentlich grösseren ¹⁾, aber tiefer gelagerten Braunkohlenvorkommen im Tieftagebau anzugehen. Damit ist wegen der wesentlich grösser werdenden Abbaugruben und Halden aus der Aufschüttung von Mutterboden zunächst eine erheblich gesteigerte Inanspruchnahme von Grund und Boden verbunden ²⁾, durch die auch das Erftgebiet noch mehr als bisher vom Braunkohlenbergbau geprägt wird. Der gesteigerte Landbedarf allein würde jedoch an dem Prinzip der lückenlosen Ausnutzbarkeit des Erfttraumes nichts ändern.

Anders verhält es sich mit den Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, die als Voraussetzung für den Tieftagebau erforderlich ist ³⁾. Die bisherige gesunde wirtschaftliche Entwicklung des Erftgebietes beruhte darauf, dass die dort lebende Bevölkerung für sich und die von ihr betriebene Landwirtschaft und Industrie auf das reichlich vorhandene Grundwasser im Erftbecken zurückgreifen konnte. Mit der Absenkung wird das Grundwasser weiten Gebieten entzogen ⁴⁾. Damit ist in diesen Räumen die Wasserversorgung in einem umfassenden Sinne gefährdet.

Welche Bedeutung dieser Gefährdung beizumessen ist, ergibt sich aus der Funktion, die das Wasser in einem "Lebens-"Raum, wie es das Erft-

1) Stadermann, a.a.O., gibt die Menge der flachgelagerten Braunkohle im Erftgebiet mit 5% (= 3 Mia t) an.

2) Vgl. die Zahlenangabe bei Stadermann, a.a.O.

3) Einzelheiten s. S.11 ff.

4) Einzelheiten s. S.12 insbesondere.

gebiet darstellt, einnimmt ¹⁾.

Wasser ist an nahezu allen physiologischen Vorgängen bei Mensch, Tier und Pflanze unentbehrlich beteiligt.

Für das menschliche Leben insbesondere ist es auf die verschiedenartigste Weise unmittelbar und mittelbar bedeutsam. Unmittelbar wird es als Nahrungsmittel verwandt, dient es als Reinigungsmittel, der Gesundheitspflege und sonstigen hygienischen Zwecken. Mittelbar ist es als Baustoff für tierisches und pflanzliches Wachstum und damit insbesondere für die land- und forstwirtschaftliche Erzeugung nicht zu entbehren. Darüberhinaus ist es in der modernen Zivilisation im erheblichen Umfange als Rohstoff und Betriebsmittel in den gewerblichen und industriellen Produktionsprozess eingeschaltet.

Daraus ist ersichtlich, dass in den von der Absenkung betroffenen Gebieten nicht nur eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, sondern sogar die Erhaltung der bisher bestehenden Landwirtschaft und Industrie und des menschlichen Lebens überhaupt gefährdet ist. Entscheidend aber ist, dass davon nicht nur die unmittelbar für den Braunkohlenbergbau beanspruchten Gebietsteile betroffen werden, sondern auch jene, die weiterhin für Siedlungszwecke oder eine landwirtschaftliche oder industrielle Nutzung bestimmt sind. Von einer lückenlosen und optimalen Ausnutzbarkeit des Erftgebietes könnte dann keine Rede mehr sein.

Hier setzt die raumplanerische Möglichkeit des Verbandes ein. Ihm ist u.a. die Aufgabe übertragen ²⁾, einem Mangel an Wasser zu begegnen und Massnahmen zur Sicherung der gegenwärtigen und künftigen Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Bodens mit Wasser zu planen und durchzuführen. Die künftige Versorgung umfasst ³⁾ nicht nur die Sicherstellung des steigenden Bedarfes, der durch die Zunahme der Bevölkerung und durch die Entwicklung des Lebensstandards entstehen wird ⁴⁾; sie umfasst auch den Mehrbedarf ⁵⁾, der in bereits bestehenden Betrieben durch eine Ertragssteigerung und eine Erweiterung ihrer derzeitigen Produktion entsteht, sowie den Neubedarf ⁶⁾ der sich beispielsweise durch die Neuansiedlung von Industrie oder

1) Das folgende dazu ist entnommen bei Mäding, Rechtliche Grundlagen, S.15 ff; Riederer-Sieder, Einl. II, S. XL; Witzel, Kommentar, S.

2) § 2 Abs. 1b.

3) Vgl. dazu Entw., Begr. zu § 40, S.53 ff.

4) Vgl. § 43 Nr. 1a.

5) Vgl. § 43 Nr. 1b.

6) Vgl. § 43 Nr. 1c.

die Aufnahme neuer Produktionszweige in bereits vorhandenen Betrieben ergibt.

Damit ist der Verband, allein an seiner Aufgabenstellung gemessen, verpflichtet, aber auch in der Lage, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Zukunft einerseits die für das Erftgebiet selbst und darüberhinaus für die gesamte Volkswirtschaft bedeutsame Braunkohle tiefer liegender Schichten gewonnen werden kann, andererseits aber auch die verbleibenden Räume landwirtschaftlich, industriell oder als Siedlungsgebiet nutzbar sind. Das bedeutet, dass der Verband durch die Sicherung der Wasserversorgung - allein von der Aufgabenstellung und ohne Berücksichtigung der rechtlichen Befugnisse beurteilt - zu einer optimalen Nutzung beitragen kann, er also insoweit raumplanerische Möglichkeiten besitzt.

2. Abschnitt: Die rechtlichen Befugnisse des Verbandes beim Vollzug seiner Aufgabe.

Die allein nach der Aufgabenstellung bestimmte raumplanerische Möglichkeit des Verbandes, durch die Sicherung der Wasserversorgung zu einer optimalen Nutzbarmachung des Erftgebietes beizutragen, hat nur dann eine reale Bedeutung, wenn dem Verband für den Vollzug dieser Aufgabe ausreichende rechtliche Befugnisse zustehen. Die Untersuchung dieser Frage setzt zunächst Kenntnis über die Art dieses Vollzuges voraus.

1. Unterabschnitt: Der Vollzug der Verbandsaufgabe.

Der Vollzug der Verbandsaufgabe interessiert hier unter dem Gesichtspunkt der Raumplanung. Er erfolgt durch Raumforschung, Planung im engeren Sinne und dessen Verwirklichung.

A. Raumforschung.

Nicht zufällig, sondern dem zu regelnden Sachverhalt entsprechend, nennt das Gesetz zur Erfüllung der Verbandsaufgaben an erster Stelle die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse ¹⁾. Als Mittel zur Durchführung dieser Teilaufgabe kommen, soweit es die Sicherung der Wasserversorgung betrifft,

1) § 2 Abs. 1a.

vor allem folgende Unternehmen in Betracht ¹⁾: Die Feststellung des Grundwassers nach Stand, Bewegung, Menge und Güte, die Ermittlung der Niederschläge und des oberirdischen Abflusses, die Feststellung des Wasserbedarfes, seiner Entwicklung und der Möglichkeiten für seine Deckung, sowie die Feststellung der Folgen von Grundwasser-
veränderungen.

Ohne ihre Durchführung ist die Wasserversorgung im Verbandsgebiet nicht denkbar, denn erst dadurch kann die mit der grossräumigen Grundwasserabsenkung verbundene Ungewissheit über das Ausmass der Gefährdung der Wasserversorgung beseitigt und festgestellt werden, wann, wo und in welchem Umfange ein Entzug des Trink- und Brauchwassers eintreten wird und woher und wie das erforderliche Wasser zur Beseitigung auftretender Mängel und zur Deckung eines Neu- und Mehrbedarfes rechtzeitig bereitgestellt werden kann.

Der gemeinsame Zweck all dieser Unternehmen kennzeichnet sie eindeutig als Raumforschung ²⁾.

B. Die Planung im engeren Sinne.

I. Die Notwendigkeit der Planung.

Aus der Darstellung über "Die erforderlichen Gegenmassnahmen" ³⁾ geht hervor, dass der Verband die einzelnen Wasserversorgungsbetriebe und sonstigen Wasserentnehmer rechtzeitig, d.h. bei Eintritt des insbesondere durch bergbauliche Einwirkungen bedingten Wasserentzuges hinreichend mit Ersatzwasser zu versorgen hat und ferner, welche tatsächlichen Gegenmassnahmen im einzelnen dazu erforderlich sein können.

Verantwortlicher Träger zur Durchführung solcher Massnahmen, die das Gesetz als Unternehmen bezeichnet ⁴⁾, ist der Verband ⁵⁾. Die Durchführung bedarf der systematischen Vorbereitung, d.h. ⁶⁾ der Planung, damit die Unternehmen rechtzeitig fertiggestellt sind und in Betrieb genommen werden können. Davon geht auch das Gesetz aus,

1) § 3 Abs. 1a.

2) Zum Ganzen vgl. Keil, Gewässerkunde als Voraussetzung der wasserwirtschaftlichen Planung, S.17; Entw. Begr. zu §§ 1-3, S.37.

3) Siehe S.13 f.

4) § 3 Abs. 1.

5) § 2 Abs. 1b; Entw. Allg. Begr. VII, S.36.

6) Landesplanung, Begriffe und Richtlinien, Einleitung, a), S.13 und 21.

wenn es vorschreibt ¹⁾, dass die zur Sicherung der Wasserversorgung erforderlichen Massnahmen zu planen sind. Diese Planung obliegt ebenfalls dem Verband ²⁾.

II. Das Mittel zur Planung.

Das Institut des Planes ist auch dem geltenden Wasserrecht nicht fremd ³⁾. Es kennt einmal Pläne, die der Durchführung *e i n z e l - n e r* wasserwirtschaftlicher Massnahmen dienen. Solche Pläne werden u.a. zum Ausbau von Wasserläufen (§ 163 WG; § 31 WHG in Verbindung mit § 67 LWG) und zum Bau von Talsperren (§ 107 WG; § 31 WHG in Verbindung mit § 69 LWG) aufgestellt.

Ihnen stehen die wasserwirtschaftlichen Grossraumpläne gegenüber. Sie verfolgen den Zweck, alle wasserwirtschaftlichen Massnahmen eines bestimmten Gebietes von einem einheitlichen Gesichtspunkt aus zu koordinieren. Nach geltendem Recht können hier nur die wasserwirtschaftlichen Rahmenpläne des § 36 WHG genannt werden; denn der in der wasserwirtschaftlichen Diskussion auftauchende Generalplan hat als Ganzes im geltenden Recht noch keine Ausformung gefunden ⁴⁾. Das Erftverbandsgesetz kennt nur die zuerst genannten, der Durchführung einzelner wasserwirtschaftlichen Massnahmen dienenden Pläne. Bereits an dieser Stelle soll eine nähere Vorstellung über sie gegeben werden.

1. Unternehmen und Pläne.

Als Mittel zur Durchführung der Verbandsaufgaben hebt das Gesetz eine Reihe von Unternehmen hervor ⁵⁾. Dieser Begriff des Unternehmens ist weitergefasst als der nach der Ersten Wasserverbandsverordnung. § 17 Abs. 2 WVO spricht nur dann von Unternehmen, wenn als Mittel zur Durchführung Bauten, Anlagen, Arbeiten an Grundstücken und Gewässern und ähnliche Massnahmen unternommen werden ⁶⁾. Dieser engere Begriff ist jedoch auch bedeutsam für den Grossen Erftverband, und zwar insofern, als er nur für diese Unternehmen Pläne auf-

1) § 2 Abs. 1b.

2) § 2 Abs. 1b; Entw., Allg. Begr. VII, S.36.

3) Gieseke, Rechtsfragen, S.7 f.

4) Friesecke, Verhältnis, S.352; ders., Rechtliche Bedeutung, S.236.

5) § 3 Abs. 1a und b.

6) Vgl. 1 AV., Nr. 11.

zustellen braucht. Das bedeutet, was besonders betont sei, dass alle den Raum verändernden Massnahmen des Verbandes vor ihrer Ausführung in Plänen ihren Niederschlag finden. Sie bilden die technische Unterlage der Unternehmen ¹⁾.

2. Aufstellung, Genehmigung und Inhalt der Pläne.

Die förmliche Aufstellung der Pläne erfolgt durch Beschluss des Vorstandes ²⁾. Erst durch einen derartigen Beschluss wird ein lediglich ausgearbeiteter Plan zu einem Plan des Verbandes.

Gem. § 3 Abs. 3 bedürfen die so beschlossenen Pläne, ihre Änderungen und Ergänzungen, sowie die zur Ausführung erforderlichen Sonderentwürfe der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Das bedeutet, dass ein auch nur in einem Teil ungenehmigter Plan nicht durchgeführt werden darf ³⁾. Diese Regelung entspricht den Vorschriften der Ersten Wasserverbandsverordnung ⁴⁾. - Das Genehmigungsverfahren dient der Wahrnehmung der Staatsaufsicht über den Verband. Die Aufsicht erstreckt sich auf die Rechtmässigkeit und die Zweckmässigkeit der in den vorgelegten Plänen dargestellten Unternehmen. Dabei hat die Aufsichtsbehörde die Pläne vor ihrer Genehmigung in rechtlicher, technischer, finanzieller und wasserwirtschaftlicher Hinsicht sowie daraufhin zu überprüfen, ob sie mit den grossräumigen Planungen - das sind nach geltendem Recht die Bundesfach- und Landesplanungen - in Einklang stehen ⁵⁾.

Die Pläne, wie sie der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden, bestehen regelmässig aus einem technischen Plan, einem Finanzierungsplan und einem Erläuterungsbericht ⁶⁾. Welche Angaben sie im einzelnen enthalten müssen, richtet sich nach dem Zweck der Vorlage, d.h. sie müssen geeignet sein, die der Aufsichtsbehörde obliegende Nachprüfungspflicht im Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. Aus diesem Grunde ist die Aufsichtsbehörde auch berechtigt, weitere Unterlagen und zur Ausführung erforderliche Sonderentwürfe, die lediglich ins einzelne gehende Darstellungen bestimmter Ausschnitte des Planes sind,

1) Tönnemann, § 17, Anm. 1; Bochalli-Linckelmann, § 17, Anm. 3.

2) § 29 Abs. 1 und Abs. 2c.

3) Burghartz, Kommentar, § 133, Anm. 1.

4) Vgl. §§ 17 ff., insb. §§ 20, 21 WVO.

5) Entw. Begr. zu §§ 1-3, S. 37.

6) Bochalli-Linckelmann, Anm. 1 zu § 157.

zu verlangen ¹⁾. Danach lassen sich, ohne Besonderheiten der Einzelfälle zu berücksichtigen, folgende inhaltliche Ausgestaltungen der Pläne in Schrift und Zeichnung ²⁾ denken:

Zeichnerische Darstellungen mit Nivellelements und Profilen ³⁾, aus denen der Umfang des Grund und Bodens zu ersehen ist, der für die Durchführung der Unternehmen beansprucht wird, um beurteilen zu können, inwieweit fremdes Grundeigentum erworben oder enteignet werden muss und ob die Unternehmen mit der überörtlichen Boden-nutzungsplanung in Einklang zu bringen sind;

Erläuterungen über Ziel, Art und Umfang der wasserwirtschaftlichen Regelung, die mit dem geplanten Unternehmen erreicht werden soll, um ihre wasserwirtschaftliche Zweckmässigkeit einschätzen zu können;

Erläuterungen über die Art und Weise, wie die zu errichtenden Anlagen betrieben werden sollen, aus denen ihre Rentabilität zu ersehen ist;

technische Zeichnungen von baulichen Anlagen, wie z.B. über den Bau einer Staumauer usw.

3. Die Feststellung der Pläne (Planfeststellung).

Die tatsächliche Durchführung einzelner Unternehmen zur Sicherung der Wasserversorgung - beispielsweise die Verlegung von Wasserleitungsrohren und der Bau von Pumpstationen - kann in vielfältiger Weise private und öffentliche Rechte beeinträchtigen. Das ist ohne weiteres ersichtlich, wenn man berücksichtigt, dass es in einem so dicht bevölkerten und intensiv bewirtschafteten Raum wie dem Erftgebiet kaum noch Teile gibt, die nicht schon von einem Geflecht von Rechten überlagert sind. Bevor mit der Durchführung der Unternehmen durch baulich-technische Verrichtungen begonnen wird, muss das Verhältnis zwischen dem Verband und den Trägern dieser Rechte geregelt sein. Eine derartige Regelung erfolgt nicht schon durch die aufsichtsbehördliche Genehmigung gem. § 3 Abs. 3. Sie geschieht in einem besonderen förmlichen Planfeststellungsverfahren, das für den Verband in § 133 Abs. 2, Satz 2 und 3 LWG näher geregelt ist ⁴⁾.

1) Bochal-li-Linckelmann, Anm. 1 zu § 157; vgl. auch Tönnemann, Anm. 1 zu § 157.

2) Tönnemann, Anm. 1 zu § 17.

3) Bochal-li-Linckelmann, Anm. 1 zu § 157.

4) Vgl. dazu § 133 Abs. 3 LWG.

Voraussetzung für ein solches Verfahren sind Pläne, die alle an dem Verfahren Beteiligten ersehen lassen, ob und inwieweit ihre Rechtsstellungen bei einer Durchführung der Unternehmen berührt werden. Diese Pläne sind aus den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Plänen zu entwickeln und dürfen von diesen nicht abweichen, weil nur genehmigte Pläne durchgeführt werden dürfen, § 3 Abs. 3.

Das Verfahren schliesst ab mit der Feststellung der Pläne, die sog. Planfeststellung, die jedoch die aufsichtsbehördliche Genehmigung nicht ersetzt ¹⁾, diese ist in jedem Falle erforderlich ²⁾.

4. Die Eingruppierung der Pläne als überörtliche Fachplanung.

Die Pläne des Verbandes dienen der Durchführung einzelner Unternehmen. Sie sind deshalb eindeutig als Durchführungsplanung gekennzeichnet.

Die Unternehmen des Verbandes sind als Mittel zur Regelung des Wasserwirtschaft auf einen fachlich begrenzten Teil des Raumes beschränkt. Daraus folgt, dass die Verbandsplanung als Fachplanung einzuordnen ist.

Ausserdem ist hervorzuheben, dass das Verbandsgebiet nicht auf den Raum einer einzelnen Gemeinde beschränkt ist, also überörtlichen Charakter trägt und deshalb auch die Planung des Verbandes überörtlicher Natur ist.

Damit ist festzustellen: Die Planungen des Verbandes sind überörtliche Fachplanungen.

C. Die Verwirklichung der Planung.

Die Verbandspläne werden durch die tatsächliche Ausführung der baulichen Anlagen, Arbeiten und sonstigen Massnahmen, die nach dem Inhalt der Planung zu den Unternehmen gehören, durchgeführt.

Verantwortlicher Träger der Durchführung ist ebenfalls der Grosse Erftverband. Daran wird auch durch die Regelung des § 3 Abs. 2 nichts geändert, wonach der Verband Unternehmen, die er zur Wahrung des öffentlichen Wohles gegenüber eingetretenen oder möglichen Auswirkungen des Braunkohlenbergbaus durchführen will, den

1) § 133 Abs. 2, Satz 3 LWG.

2) Burghartz, Kommentar, Anm. 5 zu § 133 LWG.

Mitgliedern der Gruppe "Braunkohlenbergbau" (§ 6 Abs. 1, Nr. 1) auf deren Kosten zur Durchführung überlassen kann; denn das Überlassen ist durch die Kann-Vorschrift in das Ermessen ¹⁾ des Verbandes gestellt. Überdies wären die Bergwerksunternehmen verpflichtet, sich an die vom Verband festzulegenden Bedingungen der Durchführung zu halten ²⁾.

2. Unterabschnitt: Die rechtlichen Befugnisse des Verbandes.

Ob dem Verband zum Vollzug seiner raumplanerischen Aufgabe, die Wasserversorgung zu sichern und dadurch zu einer optimalen Nutzung des Erftgebietes beizutragen, ausreichende rechtliche Befugnisse zustehen, ist für die Raumforschung und die Durchführung der Planung im engeren Sinne, nicht auch für die Planung selbst zu untersuchen; denn zur Aufstellung der Pläne sind keine besonderen materiell-rechtlichen Befugnisse erforderlich, weil durch sie allein nicht verändernd in das Plangebiet eingegriffen wird.

A. Für die Raumforschung.

Eine für seine Planungen erforderliche Raumforschung kann der Verband nur dann wirksam betreiben, wenn ihm Verbandsmitglieder und dritte Personen zur Duldung oder gar Mitwirkung verpflichtet sind.

I. Duldungspflichten.

Für die zur rechtzeitigen Sicherung der Wasserversorgung nötige Erforschung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse ist u.a. ³⁾ eine genaue Kenntnis des jeweiligen Standes der Grundwasserabsenkung durch den Bergbau erforderlich. Zu diesem Zweck ist ein Netz von Grundwassermeßstellen einzurichten und regelmässig zu beobachten. Ausserdem bedarf es der Ermittlung hydrologischer Grundwerte. So werden zur Messung von Niederschlägen, Versickerungen, Verdunstungsmengen, Luftfeuchte und Temperaturen Versickerungsanlagen sowie zahlreiche Klima- und Lysimeterstationen erstellt. All diese

1) Hierbei dürfte es sich um ein sog. "freies" Ermessen handeln, das nur an die Grenzen der Ermessensüberschreitung und des Ermessensmissbrauches i. S. des § 114 VwGO gebunden ist. - Vgl. dazu Wolff, Hans J., § 31 II c, Forsthoff, § 5, 3.

2) § 3 Abs. 2, Satz 2.

3) Zu den folgenden tatsächlichen Angaben vgl. Stadermann, Braunkohlengrube, S.317; Kiel, Problem, S.1010.

tatsächlichen Massnahmen lassen sich nur so durchführen, dass der Verband bzw. seine Mitarbeiter die Grundstücke zu diesem Zwecke benutzen.

Derartige Benutzungen der Grundstücke brauchen die Eigentümer gem. § 903 BGB und auch sonstige Nutzungsberechtigte als Besitzer gem. den §§ 858 ff BGB nicht zu dulden, es sei denn, dass der Verband gegenüber den Eigentümern und Besitzern der Grundstücke dazu berechtigt ist. Solche Berechtigungen enthält das Erftverbandsgesetz selbst. Hierbei unterscheidet das Gesetz zwischen Grundstücken, deren jeweilige Eigentümer Mitglieder des Verbandes (dingliche Mitglieder) ¹⁾ sind und allen übrigen Grundstücken des Verbandsgebietes, die das Gesetz als "fremde Grundstücke" ²⁾ bezeichnet.

1. Duldungspflichten dinglicher Mitglieder.

§ 9 Abs. 1 bestimmt, dass der Verband berechtigt ist, auf den zu ihm gehörigen Grundstücken seiner in § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Mitglieder seine Unternehmen durchzuführen. Diesem Recht des Verbandes entspricht auf Seiten der dinglichen Mitglieder die Pflicht, die Durchführung der Verbandsunternehmen zu dulden. Diese Duldungspflicht trifft im gleichen Umfange auch die Besitzer, die als Pächter oder sonstige Nutzungsberechtigte die tatsächliche Gewalt ausüben. Das ergibt sich unmittelbar aus dem Gesetz, da § 9 Abs. 1 die Berechtigung des Verbandes, seine Unternehmen durchzuführen, allein daran anknüpft, ob das betroffene Grundstück zum Verband gehört. Diese Auslegung entspricht der Regelung des § 22 Abs. 1 WVO, der die Duldungspflicht der Besitzer noch ausdrücklich normiert.

2. Duldungspflichten der übrigen Mitglieder und Dritter.

Unter "fremden" Grundstücken versteht das Gesetz alle diejenigen, die nicht zum Verband gehörten. Dazu sind ausser den Grundstücken der Nichtmitglieder auch alle jene Grundstücke der Verbandsmitglieder zu rechnen, an deren Eigentümerstellung § 6 Abs. 1 Nr. 1-5 keine Verbandsmitgliedschaft geknüpft hat ³⁾. Die Rechtsverhält-

1) § 9 Abs. 1; vgl. auch § 22 WVO, dem § 9 nachgebildet ist.

2) § 10 Abs. 1.

3) Vgl. Holtz-Kreutz-Schlegelberger, Bd. 2, Anm. 1 zu § 222; Borchalli-Linckelmann, Anm. 2 zu § 22.

nisse in Bezug auf die Inanspruchnahme dieser Grundstücke sind in § 10 geregelt. Im Gegensatz zu § 9, der dem Verband gegenüber den dinglichen Mitgliedern ein umfassendes Recht zur Benutzung von Grundstücken einräumt, berechtigt § 10 den Verband nur zur Vornahme solcher Handlungen ¹⁾, die zur Durchführung von Beobachtungen und Ermittlungen erforderlich sind. Die Eigentümer der "fremden" Grundstücke sind verpflichtet, diese Benutzungen zum Zwecke der Raumforschung zu dulden, § 10 Abs. 1.

II. Mitwirkungspflichten.

Es wird in vielen Fällen nicht ausreichen, dass der Verband Ermittlungen oder Beobachtungen selbst durchführt. So kann es beispielsweise erforderlich sein, dass er über die Massnahmen und Planungen des Bergbaues und der anderen Unternehmungen Auskünfte und Unterlagen erhält ²⁾. Zu solch positiver Unterstützung und Mitwirkung ist grundsätzlich niemand gegen seinen Willen verpflichtet, es sei denn, dass ein Gesetz im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schranken etwas anderes normiert. Derartige Mitwirkungspflichten hat der Gesetzgeber im Erftverbandsgesetz ³⁾ im Anschluss an die Landesplanungsgesetzgebung ⁴⁾ des Landes Nordrhein-Westfalen im ausreichenden Masse begründet.

Für die Inhaber und Leiter von Betrieben und Anlagen im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 1-5 und von landwirtschaftlichen Betrieben, die selbst nicht Mitglieder, sondern nur durch ihre Kreisstellen der Landwirtschaftskammer Rheinland im Verband vertreten sind ⁵⁾, sowie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften, von denen vor allem die Gemeinden und Gemeindeverbände als Träger der öffentlichen Wasserversorgung genannt seien, bestimmt § 57 Abs. 1 zugunsten des Verbandes und der von ihm Beauftragten folgende Mitwirkungspflichten:

1) Sie haben ihre Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke dem Beauftragten des Verbandes zugänglich zu machen.

1) auf "fremden" Grundstücken,

2) Vgl. Entw. Begr. zu §§ 54-55, S.57.

3) §§ 57, 58.

4) § 4 Abs. 1 LPlanG 1950; vgl. auch Entw. LPlanG 1949, Begr. zu § 4. - Dazu Entw., Begr. zu §§ 54, 55, S.57.

5) Vgl. § 6 Abs. 1, Nr. 7 und Entw., Begr. zu § 6, S.39.

- 2) Sie haben Auskünfte zu erteilen und
- 3) Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Diese Verpflichtungen werden ergänzt durch die Pflicht, Ermittlungen und Prüfungen durch die Beauftragten zu dulden. Die Erfüllung dieser öffentlich-rechtlichen Pflichten können durch Zwangsgeldfestsetzungen durchgesetzt werden ¹⁾.

Darüberhinaus sind auch alle Behörden des Bundes und der Länder dem Verband gem. Art. 35 GG zur Amtshilfe verpflichtet ²⁾.

Damit ist festzustellen: die Raumforschung des Verbandes ist durch Duldungs- und Mitwirkungspflichten der Verbandsmitglieder und auch Dritter einschliesslich der Behörden dem Verband gegenüber ausreichend rechtlich gesichert.

B. Befugnisse bei der Verwirklichung der Planung.

Damit der Verband durch die Sicherung der Wasserversorgung zu einer optimalen Nutzung des Erftgebietes beitragen kann, benötigt er zur Durchführung seiner geplanten Unternehmen einmal Wasser, zum anderen Grund und Boden, auf und in dem er die erforderlichen baulichen Anlagen zur Gewinnung, Aufbereitung, Fortleitung und Verteilung des Wassers errichten kann. Wasser sowie Grund und Boden darf er nur insoweit zur Erfüllung seiner Aufgaben benutzen, als er dazu befugt ist.

AA. Befugnisse bei der Benutzung der Gewässer.

Der Verband wird, um die Wasserversorgung im Verbandsgebiet sichern zu können, das nötige Trinkwasser und Brauchwasser sowohl dem Grundwasser als auch der fliessenden Welle entnehmen müssen. Ausserdem kann es sich als notwendig erweisen, Wasser von ausserhalb des Verbandsgebietes her zu beschaffen ³⁾. Unter welchen Voraussetzungen die Benutzung der Gewässer ⁴⁾, d.h. der oberirdischen Gewässer und des Grundwassers zulässig ist, regeln die wasserrechtlichen Vorschriften. Die für den Grossen Erftverband

1) § 58.

2) Das ist, soweit es die Landesbehörden betrifft, in § 57 Abs. 4 wiederholt.

3) Einzelheiten siehe S. 14.

4) § 1 Abs. 1 WHG.

einschlägigen Vorschriften sind im wesentlichen im Wasserhaushaltsgesetz ¹⁾ und im nordrhein-westfälischen Landeswassergesetz ²⁾ enthalten. Dabei soll hier lediglich die im Vordergrund stehende Frage erörtert werden, inwieweit dem Verband die für eine Gewässerbenutzung als solcher erforderlichen materiell-rechtlichen Befugnisse (Bewilligung oder Erlaubnis) zustehen; die verfahrensrechtliche Seite, d.h. ob der Ausübung dieser Befugnisse im Einzelfall ein förmliches Planfeststellungsverfahren vorauszugehen hat, bleibt unerörtert ³⁾.

I. Die allgemeine wasserrechtliche Rechtsstellung des Verbandes zur Benutzung der Gewässer.

1. Der rechtssystematische Ausgangspunkt..

Nach § 2 Abs. 1 WHG bedarf jede Benutzung der Gewässer der behördlichen Erlaubnis oder Bewilligung, soweit sich nicht aus den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes oder aus den im Rahmen dieser Bestimmungen erlassenen landesrechtlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt. Diese Vorschrift gilt demnach grundsätzlich auch für Wasserverbände. Dabei stellt § 13 Satz 1 WHG noch ausdrücklich klar, was bisher nicht ganz unbestritten war ⁴⁾, dass Wasser- und Bodenverbände, zu denen nach dieser Bestimmung auch der Grosse Erftverband gehört ⁵⁾, auch dann einer Erlaubnis oder Bewilligung bedürfen, wenn sie ein Gewässer im Rahmen ihrer satzungsmässigen Aufgaben über die nach diesem Gesetz erlaubnisfreie Benutzung hinaus benutzen wollen.

Was Benutzungen im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes sind, bestimmt § 3 WHG. Zur Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet kommen dazu gem. § 3 Abs. 1 WHG in Betracht:

Das Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern (Ziff. 1);

1) Siehe Abkürzungsverzeichnis unter "WHG".

2) Siehe Abkürzungsverzeichnis unter "LWG".

3) Vgl. dazu Entw. LWG, Begr. zu § 131, S.115; Burghartz, Kommentar, Anm. 2 zu § 133 LWG.

4) Das Wasserhaushaltsgesetz beseitigt mit § 13 Satz 1 die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob Wasser- und Bodenverbände genötigt sind, trotz der ihnen durch die Satzung mit rechtlicher Wirkung übertragenen Aufgaben noch besondere behördliche Gestattungen zur Ausführung ihrer Unternehmen nachzusuchen, soweit sie Gewässerbenutzungen zum Gegenstand haben. - Vgl. Witzel, Kommentar, Anm. 1 zu § 13, S.52 sowie die amtliche Begründung zum Entwurf des Wasserhaushaltsgesetzes (BT-Drucks. 2072 - 2. Wahlp. - S.26), ferner Burghartz, Kommentar, Anm. 1 zu § 13 WHG.

5) Burghartz, Kommentar, Anm. 2 zu § 13 WHG.

das Aufstauen und Absenken von oberirdischen Gewässern (Ziff. 2) sowie

das Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser (Ziff. 6).

Ergibt sich somit, dass der Grosse Erftverband zur Erfüllung seiner Aufgaben die Gewässer im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes benutzen muss, so ist, der Systematik des § 2 Abs. 1 WHG folgend, zunächst zu untersuchen, inwieweit sich aus abweichenden Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes selbst oder aus den im Rahmen dieses Gesetzes erlassenen landesrechtlichen Vorschriften ergibt, dass der Verband für seine Benutzungen keiner Erlaubnis oder Bewilligung bedarf.

2. Die Rechtsstellung des Verbandes auf Grund des § 7 Abs. 1 Satz 1 ErftG in Verb. mit § 13 Satz 2 WHG.

Als abweichende Bestimmung des Wasserhaushaltsgesetzes normiert § 13 Satz 2 WHG, dass Wasser- und Bodenverbände, wenn sie ein Gewässer im Rahmen ihrer satzungsmässigen Aufgaben über die nach dem Wasserhaushaltsgesetz erlaubnisfreie Benutzung¹⁾ hinaus benutzen wollen, einer Erlaubnis oder Bewilligung u.a. nicht bedürfen, soweit ein altes Recht oder eine alte Befugnis besteht. Insoweit kommt für den Grossen Erftverband § 7 Abs. 1 Satz 1 in Betracht. Danach ist der Verband berechtigt, die im Verbandsgebiet fliessenden Wasserläufe zu benutzen sowie über das unterirdische Wasser im Verbandsgebiet zu verfügen.

Ob sich allerdings der Grosse Erftverband zur Benutzung der Gewässer auch nach dem Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes noch auf diese Vorschrift berufen kann, hängt davon ab, ob die darin normierten Berechtigungen alte Rechte oder alte Befugnisse im Sinne des § 13 Satz 2 WHG sind.

Was alte Rechte oder alte Befugnisse sind, lässt sich aus dieser Vorschrift selbst und auch aus den dazugehörigen Gesetzesmaterialien²⁾ nicht entnehmen. Jedoch enthält § 15 Abs. 4 WHG eine Legaldefinition des Inhaltes, dass "die in den Absätzen 1 bis 3 bezeich-

-
- 1) Dass die erlaubnisfreien Benutzungen nach den §§ 23 Abs. 1, 24 Abs. 1, 33 Abs. 1 WHG und den §§ 31, 33, 43 LWG den umfangreichen Wasserbedarf des Verbandes nicht decken, ist offensichtlich; sie sollen deshalb hier nicht verfolgt werden.
- 2) Vgl. Amtliche Begründung, S.26, BT-Drucks. 2072; Schriftlicher Bericht S.12, BT-Drucks. 3536.

neten Rechte und Befugnisse" alte Rechte und alte Befugnisse sind. Fraglich ist nur, inwieweit diese Begriffsbestimmung auch für § 13 Satz 2 WHG massgebend ist.

Hierbei ist davon auszugehen, dass dieselben in einem Gesetzgebungswerk verwandten Begriffe grundsätzlich gleichen Inhalt haben. Das muss in erhöhtem Masse für solche Begriffe gelten, die das Gesetz selbst definiert. Eine Abweichung davon, d.h. eine unterschiedliche Auslegung derselben Begriffe kommt nur dann in Betracht, wenn ihre Stellung im Gesetz durch den Sinnzusammenhang der Vorschriften etwas anderes gebietet. Letzteres aber trifft für das Verhältnis von § 13 Satz 2 WHG und § 15 Abs. 1 bis 4 WHG nicht zu, so dass der Begriff "altes Recht und alte Befugnis" in beiden Vorschriften grundsätzlich gleichen Inhalt haben.

Danach ist insbesondere Voraussetzung für eine Fortgeltung, dass die in § 7 Abs. 1 Satz 1 aufgezählten Berechtigungen erteilt worden sind. Erteilt im Sinne des § 15 Abs. 1, Ziff. 1 WHG sind nur diejenigen Rechte, die nicht unmittelbar auf einer Rechtsnorm ¹⁾ beruhen, sondern dem Berechtigten irgendwie ²⁾, durch besonderen Akt ³⁾, in einem behördlichen ⁴⁾ Verfahren "gewährt", "verliehen", "bewilligt" worden sind.

Die Rechte des Grossen Erftverbandes aus § 7 Abs. 1 Satz 1 folgen unmittelbar aus einer Norm. Sie sind damit nicht "erteilt" im Sinne des § 15 Abs. 1, Ziff. 1 WHG, was zur Folge hat, dass sie nicht als alte Rechte oder Befugnisse im Sinne des § 13 Satz 2 WHG und damit nach dem Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes überhaupt nicht mehr weitergelten.

3. Die Benutzungsbefugnis des Verbandes auf Grund der §§ 3 Übergangsgesetz und 133 Abs. 2, Satz 1 LWG in Verbindung mit § 13 Satz 2 WHG.

Als abweichende landesrechtliche Bestimmung im Sinne des § 2 Abs. 1 WHG kommt § 3 Übergangsgesetz in Verb. mit § 133 Abs. 2, Satz 1 LWG in Betracht. Nach dem übereinstimmenden Wortlaut dieser Vor-

1) Kübler, S.729; Witzel, Kommentar, Anm. 3 zu § 15; Gieseke, Umfang und Behandlung, S.14.

2) Gieseke, Umfang und Behandlung, S.14.

3) Burghartz, Kommentar, Anm. 4 zu § 15 WHG.

4) Witzel, Kommentar, Anm. 3 zu § 15; offenbar auch Kübler, S.729.

schriften bedarf der Grosse Erftverband zur Gewässerbenutzung als solcher einer Erlaubnis oder Bewilligung nicht.

a. Die Anwendbarkeit der Regelung des § 3 ÜbergangsG in Verb. mit § 133 Abs. 2, Satz 1 LWG.

Anwendbar ist die Regelung dieser Vorschriften gem. § 2 Abs. 1 WHG nur, wenn sie im Rahmen dieses Gesetzes ergangen ist. Als ermächtigende Rahmenvorschrift ist wiederum § 13 Satz 2 WHG, diesmal jedoch in seiner 2. Alternative, heranzuziehen. Danach gilt die Regelung für den Grossen Erftverband nur, wenn sie durch besondere gesetzliche Vorschrift ergangen ist, bereits beim Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes bestand und für Einzelvorhaben Abweichendes bestimmt.

Auszugehen ist von § 3 ÜbergangsG. Es besteht kein Zweifel, dass § 3 ÜbergangsG, der nur für die fünf preussischen Wasserwirtschaftsverbände und den Grossen Erftverband gilt, eine "besondere gesetzliche Vorschrift" darstellt ¹⁾. - Diese Vorschrift hatte auch beim Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes (1. März 1960) bereits Gültigkeit erlangt, und zwar am 29. Februar 1960. - Ferner bestimmt sie etwas "Abweichendes" im Sinne des § 13 Satz 2 WHG; denn sie nimmt den Grossen Erftverband von dem in § 13 Satz 1 WHG aufgestellten grundsätzlichen Erfordernis einer Erlaubnis oder Bewilligung aus, soweit er die Gewässer im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben benutzen will.

Fraglich ist nur, ob es sich in § 3 ÜbergangsG um eine Ausnahmeregelung für "Einzelvorhaben" im Sinne des § 13 Satz 2 WHG handelt.

Köhler ²⁾ ist der Ansicht, dass § 3 ÜbergangsG gerade deshalb mit § 13 Satz 2 WHG nicht vereinbar sei, weil "der Landesgesetzgeber, ohne Einzelvorhaben der Verbände zu erwähnen, die derzeitigen und künftigen Gewässerbenutzungen der Verbände von der Erlaubnispflicht ausgenommen hat" ³⁾. Köhler setzt sich jedoch nicht damit auseinander, was unter Einzelvorhaben im Sinne des § 13 Satz 2 WHG zu verstehen ist. Es stellt sich somit die Frage, ob der Begriff des Einzelvorhabens gleichbedeutend ist mit einer konkreten Einzelmassnahme - z.B. dem Bau einer Talsperre oder eines Wasserversorgungsnetzes - oder ob er mit der Aufgabe eines Verbandes, die gesamte

1) Abt., S.208; Burghartz, Kommentar, Anm. 2 zu § 13 WHG.

2) S.604.

3) Im Ergebnis ebenso von Tegelen, S.78 f.

Wasserwirtschaft eines bestimmten Flussgebietes zu regeln, gleichgesetzt werden kann, er also die Summe aller Einzelmassnahmen, die zur Erfüllung der gesamten Aufgabe erforderlich sind, umfasst ¹⁾.

Aus dem Gesetz selbst und auch aus der amtlichen Begründung zu § 13 WHG ²⁾ lässt sich nichts dazu entnehmen. Dagegen ergibt sich aus dem Änderungsvorschlag des Bundesrates ³⁾ und dessen Ablehnung durch den 2. Sonderausschuss ⁴⁾ ein Auslegungshinweis. Der 2. Sonderausschuss hatte den Vorschlag des Bundesrates, die Worte ⁵⁾ "beim Inkrafttreten dieses Gesetzes" zu streichen, u.a. mit der Begründung abgelehnt, dass die Ziele des Wasserhaushaltsgesetzes in untragbarer Weise gefährdet würden, wenn auch nach seinem Inkrafttreten noch Einzelvorhaben landesgesetzlich vom Erfordernis der Erlaubnis oder Bewilligung befreit werden könnten, und hat daran den hier besonders interessierenden Satz angefügt: "Die bereits schwebenden Gesetzesvorhaben der Länder, deren Vereinbarkeit mit dem geltenden Bundesrecht dahingestellt bleiben kann, werden durch die Bestimmungen nicht berührt, da sie bis zum Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes abgeschlossen sein dürften." Mit diesen Gesetzesvorhaben der Länder ist u.a. auch der "Entwurf eines Gesetzes über die Gründung des Grossen Erftverbandes" ⁶⁾ gemeint, der vom 9.12.1955 datiert. Dieser Entwurf sah bereits vor, dass der Verband die g e s a m t e Regelung der Wasserwirtschaft im Verbandsgebiet als Aufgabe übernehmen sollte ⁷⁾. Der Zusammenhang dieser gesetzgeberischen Beratungen rechtfertigt den Schluss, dass jedenfalls zugunsten des Grossen Erftverbandes der Begriff des Einzelvorhabens in dem oben dargelegten weiteren Sinne ⁸⁾ auszulegen ist. Anderenfalls, d.h. wenn man unter Einzelvorhaben lediglich konkrete Einzelmassnahmen verstehen würde, hätte die Ausnahmeregelung des § 13 Satz 2 WHG für den Grossen Erftverband überhaupt keine Bedeutung erlangen können. Im Zeitpunkt der Beratungen konnte nämlich noch gar nicht übersehen werden, ob beim Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes überhaupt schon auch nur eine einzige Einzelmassnahme zur Erfüllung der Verbandsaufgaben geplant sein werde, die der Landesgesetzgeber als Einzelvorhaben hätte ausnehmen können.

1) So Abt, S.208.

2) BT-Drucks. 2072, S.26.

3) BT-Drucks. 2072, S.40, Nr. 10.

4) BT-Drucks. 3536, S.12 zu § 14.

5) In § 13 Satz 2 WHG.

6) LT-Drucks. Nr. 269.

7) § 2 Abs. 1 Entw. .

8) So auch Abt, S.208.

Überdies hätte auch die Ausnahme einiger Einzelmassnahmen für den Grossen Erftverband nur wenig bedeutet, da wegen der Ungewissheit der wasserwirtschaftlichen Auswirkungen der Grundwasserabsenkung zur Planung und Durchführung von Gegenmassnahmen noch längere Zeit nötig sein wird. Damit zeigt sich, dass die enge Auslegung des Begriffes "Einzelvorhaben" dazu führen würde, dass die schwebenden Gesetzesvorhaben der Länder, jedenfalls soweit der Entwurf des Erftverbandsgesetzes in Frage stand, ganz erheblich "berührt" worden wäre. Das aber sollte nach den Beratungen gerade vermieden werden.

Die hier vertretene Ansicht ist auch mit dem Zweck des Wasserhaushaltsgesetzes zu vereinbaren. Es ist zu beachten, dass die Gewässerbenutzungen des Verbandes aus § 3 ÜbergangsG gem. § 13 Satz 2 WHG nur im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben zulässig sind. Es ist jedoch kaum zu befürchten, dass ein Verband, dem mit der Regelung der Wasserwirtschaft die Pflege des Wasserhaushaltes eines bestimmten Gebietes anvertraut ist, von seinen weitreichenden Benutzungsmöglichkeiten, wie sie § 3 ÜbergangsG gewährt, nicht im wohlverstandenen Interesse des allgemeinen Wohles und aller Wassernutzer Gebrauch machen wird.

Nun ist § 3 ÜbergangsG mit dem Inkrafttreten des Landeswassergesetzes zwar ausser Kraft getreten ¹⁾. Die in ihm enthaltene Regelung ist jedoch mit gleichem Wortlaut in das Landeswassergesetz eingearbeitet worden und gilt seit dem gleichen Zeitpunkt in § 133 Abs. 2, Satz 1 LWG fort.

Somit ist davon auszugehen, dass die Regelung des § 3 ÜbergangsG, jedenfalls soweit sie den Grossen Erftverband betrifft, von § 13 Satz 1 LWG fortgilt ²⁾.

b) Der räumliche Geltungsbereich des § 133 Abs. 2, Satz 1 LWG.

§ 133 Abs. 2, Satz 1 LWG in Verbindung mit § 13 Satz 2 WHG bestimmt lediglich, dass der Grosse Erftverband zur Benutzung der Gewässer im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben einer Erlaubnis oder Bewilligung nicht bedürfe. Zweifelhaft ist jedoch, ob diese Regelung nur für die Benutzungen von Gewässern gilt, die im Verbandsgebiet liegen, oder ob der Verband danach auch ausserhalb des Verbandsgebietes gelegene Gewässer benutzen darf.

1) § 6 ÜbergangsG.

2) Burghartz, Kommentar, Anm. 2 zu § 13 WHG.

Für die Entscheidung dieser Frage ist es bedeutsam, dass dem Verband schon im Erftgesetz selbst gem. § 7 Abs. 1 besondere wasserrechtliche Befugnisse eingeräumt worden waren, die sich auf die Benutzung von Gewässern im Verbandsgebiet beschränkten. Durch diese Vorschrift sollte dem Verband eine Rechtsstellung gewährt werden, die es ihm ermöglichte, seine Aufgaben im Verbandsgebiet ohne Behinderung durch entsprechende Rechte oder Befugnisse Dritter schnell und zügig durchzuführen. Er sollte nicht darauf angewiesen sein, sich diese Rechtsstellung erst durch langwierige wasserwirtschaftliche Verleihungsverfahren nach dem bei Erlass des Erftverbandsgesetzes noch geltenden preussischen Wassergesetz zu verschaffen¹⁾. Dem gleichen Zweck diene, angepasst an die durch das Wasserhaushaltsgesetz geschaffene neue Rechtslage, § 3 ÜbergangsG, durch den eine möglichst sichere wasserrechtliche Position des Verbandes auch für den Fall, dass § 7 Abs. 1 nach den Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes nicht mehr anwendbar ist, begründet werden sollte. An dieser Regelung sollte auch § 133 Abs. 2, Satz 1 LWG nichts ändern.

Daraus ist zu folgern, dass § 133 Abs. 2, Satz 1 LWG den Grossen Erftverband nur zur Benutzung solcher Gewässer von einer Erlaubnis oder eine Bewilligung freistellt, die im Verbandsgebiet gelegen sind; zur Benutzung der übrigen Gewässer ist auch der Verband in vollem Umfange den allgemeinen Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes unterworfen. Wenn sich die Regelung des § 3 ÜbergangsG und nun des § 133 Abs. 2, Satz 1 LWG auch auf diese Gewässer hätte beziehen sollen, so hätte es einer entsprechenden ausdrücklichen Erwähnung bedurft.

4. Ergebnis.

Der Verband ist a l l g e m e i n berechtigt, im Verbandsgebiet gelegene Gewässer ohne besondere Erlaubnis oder Bewilligung zu benutzen.

Zur Benutzung ausserhalb des Verbandsgebietes gelegener Gewässer bedarf es der Erlaubnis oder Bewilligung, wobei gemäss § 8 Abs. 2 WHG regelmässig nur eine Bewilligung den Verbandsaufgaben gerecht wird, und eine Erlaubnis nicht genügt. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass man dem Verband, soweit er auf Gewässerbenutzungen ausserhalb des Verbandsgebietes angewiesen ist, beantragte Bewilligungen nicht

1) Entw., Begr. zu §§ 7 und 8, S.40.

versagen wird, zumal der wichtigste Versagungsgrund des § 6 WHG wegen Gefährdung der Wasserversorgung beim Verband, der sie sichern soll, gerade nicht vorliegen wird.

II. Die Verfügungsbefugnis über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser.

1. Die tatsächliche Ausgangsposition.

Das Grundwasser ist für die Wasserversorgung des Verbandsgebietes von besonderer Bedeutung. Bis zur Grundwasserabsenkung wurde der Wasserbedarf in erster Linie aus dem Grundwasser gedeckt. Mit dieser Möglichkeit der Bedarfsdeckung rechnet man auch in Zukunft ¹⁾.

Der Grosse Erftverband wird wirtschaftlich kaum in der Lage sein, selbst Brunnengalerien zur Förderung des Grundwassers anzulegen und zu unterhalten, da ihr Betrieb mit zunehmender Tiefe immer kostspieliger wird und auch nicht sicher ist, ob sie nach der Absenkungsperiode zum Zweck der Wasserversorgung noch eingesetzt werden können; das ist dann nicht der Fall, wenn die Beschaffenheit des Wassers in der dann erreichten Tiefe auch nach einer Aufarbeitung als Brauchwasser nicht mehr geeignet sein sollte.

Somit wird auch in Zukunft allein der Bergbau Interesse daran haben und auch in der Lage sein, das Grundwasser aus grösseren Tiefen an die Oberfläche zu heben. Das bedeutet praktisch, dass der Grosse Erftverband während der Absenkungsperiode und auch danach das zur Sicherung der Wasserversorgung bedeutsame Grundwasser des Absenkungsgebietes nur verwenden kann, soweit er auch berechtigt ist, über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser zu verfügen. Eine solche Möglichkeit des Verbandes kann - ungeachtet seiner festgestellten allgemeinen wasserrechtlichen Befugnisse im Verbandsgebiet - insoweit ausgeschlossen sein, als die Bergwerksunternehmen selbst berechtigt sind, das von ihnen zu Tage geförderte Grundwasser zu verwenden.

Es ist deshalb zu untersuchen, ob die Bergwerksunternehmen selbst oder ob der Grosse Erftverband oder ob sie beide in bestimmten Umfang zur Benutzung des zu Tage geförderten Grundwassers befugt sind.

1) Einzelheiten siehe S. 14 f.

2. Die Verfügungsbefugnis der Bergwerksunternehmen.

a) Der rechtssystematische Ausgangspunkt.

§ 2 Abs. 1 WHG, wonach eine Benutzung der Gewässer der behördlichen Erlaubnis oder Bewilligung bedarf, soweit sich nicht aus den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes oder aus den in seinem Rahmen erlassenen landesrechtlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt, gilt auch für Bergwerksunternehmen. Das wird durch § 14 Abs. 2 WHG bestätigt, wonach die Bergbehörde über die Erteilung der Erlaubnis entscheiden soll, wenn ein bergrechtlicher Betriebsplan die Benutzung von Gewässern vorsieht; denn darin regelt § 14 Abs. 2 WHG nur eine Zuständigkeitsfrage, geht aber im übrigen von der Voraussetzung aus, dass auch Bergwerksunternehmen zur Gewässerbenutzung grundsätzlich der Erlaubnis bedürfen. Daraus folgt, dass das Wasserhaushaltsgesetz - unbeschadet der Vorschriften der §§ 15-17 WHG - die noch in § 396 WG verankerte wasserwirtschaftliche Vorzugsstellung des Bergbaus für die Zukunft grundsätzlich beseitigt ¹⁾ hat ²⁾.

Es ist die Frage, inwieweit die Bergwerksunternehmen nach Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes befugt sind, über das von ihnen zu Tage geförderte Wasser zu verfügen. Der Klarheit halber soll die Rechtslage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorangestellt werden.

b) Die Rechtslage vor Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes.

aa) Die Verfügungsbefugnis auf Grund Bergwerkseigentums, §§ 54, 57 ABG.

Der Rheinische Braunkohlenbergbau wird auf Grund staatlicher Verleihung des Bergwerkseigentums betrieben, da die Braunkohle in der ehemals preussischen Rheinprovinz nicht dem Grundeigentümer zusteht, sondern zu den sog. bergbaufreien Mineralien im Sinne des § 1 ABG ³⁾ gehört.

Aus § 54 in Verbindung mit § 57 ABG ergibt sich, dass der Bergwerkseigentümer berechtigt ist, die durch den Betrieb des Bergwerkes mitgewonnenen, nicht unter den § 1 ABG gehörigen, sog. beibehaltenden Mineralien zu den Zwecken seines Betriebes zu verwenden. Es ist an-

1) Sauer-Lais-Quirll, Anm. 5 zu § 14; Engelhardt, S.26; von Wick, S.861.

2) Vgl. Oberste-Brink, S.57 ff., der für die Beibehaltung der wasserwirtschaftlichen Vorzugsstellung des Bergbaues eintrat; dagegen Hensel, S.315 ff.; in Erwiderung dazu Oberste-Brink, S.171 ff.

3) Die derzeit gültige Fassung des § 1 ABG beruht auf Art. I, Ziff. 1 des zweiten Gesetzes zur Änderung berggesetzlicher Vorschriften im Lande Nordrhein-Westfalen vom 25.4.1954 (GS. NW. S.694).

erkannt ¹⁾, dass auch das beim Betrieb des Bergwerkes "erschroten" Wasser zu den beibrechenden Mineralien zählt und dass sich an diesem Rechtszustand auch durch das preussische Wassergesetz auf Grund seines § 396 Satz 1 nichts geändert ²⁾ hatte.

Fraglich ist, ob die Bergwerkseigentümer des Verbandsgebietes nach diesen Vorschriften überhaupt befugt waren, das unterirdische Wasser mittels Brunnengalerien zu Tage zu fördern und es zu verwenden und, bejahendenfalls, in welchem Umfange sie diese Wasser verwenden durften.

aaa) Die Zulässigkeit der Verfügung.

Achenbach ³⁾, der nach dem Inkrafttreten des Allgemeinen Berggesetzes als erster das Recht des Bergwerkbetreibers zur Benutzung der sog. Bergwässer umfassend dargestellt hat, hat an Hand eines rechtsgeschichtlichen Abrisses ⁴⁾ mit bis ins 13. Jahrhundert zurückgehenden Nachweisen festgestellt, dass der Bergwerksbetreiber als solcher (gemeint ist der Bergwerkseigentümer im Sinne der §§ 54 ff ABG) auch weiterhin ein Nutzungsrecht an den Bergwässern im Innern des Bergwerkes in Anspruch nehmen könne, obwohl das Allgemeine Berggesetz nichts davon ausdrücklich erwähne. Aus der Art, wie er das Nutzungsrecht des Bergwerkseigentümers gegenüber dem

-
- 1) Achenbach, Das Recht des Bergwerkbetreibers, S.76 ff; ders., Das gemeine deutsche Bergrecht, §§ 44-49, S.147 ff; Westhoff, S.37; Klostermann-Fürst-Thielmann, Anm. 6 zu § 54; Voelkel, Das neue Wassergesetz, S.383 ff; Brassert-Gottschalk, S.181; Müller-Erzbach, S.122 f; Isay, § 155 Anhang, Anm. 35, S.154; Voelkel, Grundzüge, S.16; Ebel, Anm. 1 zu § 54; Lantzke-Bälz, S.30 ff; Holtz-Kreutz-Schlegelberger, Bd. 2, Anm. 1 zu § 396; Isay-Boldt, S.9 ff und S.38 f; Engelhardt, S.26; von Wick, S.361; Misbach-Engelhardt, Anm. 4e zu § 54 ABG, S.105; Ebel-Weller, § 54 C 1, S.117; ferner OVG Köln vom 4.6.1892, ZfB Bd. 33 (1892), S.542; RGZ vom 29.1.1892, ZfB Bd. 34 (1893), S.483; Rekurs-Bescheid vom 22.2.1898, ZfB Bd. 39 (1898), S.382; BVerfGE Bd.10, S.12 f.
 - 2) Voelkel, Das neue Berggesetz, S.401; Müller-Erzbach, S.122 f, Isay, § 155 Anhang, Anm. 35, S. 154; Voelkel, Grundzüge, S.161; Lantzke-Bälz, S.31; Holtz-Kreutz-Schlegelberger, Bd. 2, Anm. 1 zu § 396; Isay-Boldt, S.10.
 - 3) Das Recht des Bergwerkbetreibers, S.76 ff; wörtlich abgedruckt in: Das gemeine deutsche Bergrecht, §§ 44-55.
 - 4) Achenbach, Das Recht des Bergwerkbetreibers, S.76 bis 79.

Grundstückseigentümer begründet ¹⁾, ist zu erkennen, dass sich dieses Recht nur auf die im Innern des Bergwerkes erschrotenen und beim Abbau anfallenden Wasser beziehen soll. Diese Ansicht hat auch bei den späteren Autoren und Entscheidungen, die alle unmittelbar oder mittelbar auf Achenbach zurückgehen, ihren Niederschlag gefunden ²⁾.

Nach dieser Meinung hat es den Anschein, als ob die Bergwerksunternehmen des Verbandsgebietes überhaupt nicht befugt waren, die unterirdischen Wasser zu Tage zu fördern und zu verwenden. Die Brunnengalerien stehen zum Teil weit entfernt vom eigentlichen Bergbaugebiet ³⁾. Die abgepumpten Wassermassen fallen nicht beim eigentlichen Abbau und auch nicht im Innern eines Bergwerkes an, sondern werden unmittelbar aus wasserführenden Schichten abgesaugt, und zwar derart, dass sie bei der Gewinnung und beim Abbau der Kohle im Tagebau überhaupt nicht erst hervortreten können.

Eine so enge Auslegung der wasserrechtlichen Befugnisse des Bergwerkseigentümers aber wäre den Eigenarten und Notwendigkeiten des im Tagebau betriebenen Braunkohlenbergbaues nicht gerecht geworden und folgt auch nicht zwingend aus der Vorschrift des § 57 ABG. Danach ist der Bergwerkseigentümer befugt, die durch den Betrieb des Bergwerkes gewonnenen, nicht unter § 1 ABG fallenden Mineralien zu Zwecken seines Betriebes zu verwenden. Wie eingangs dargestellt ⁴⁾, kann die Braunkohle im Tieftagebau nur abgebaut werden, wenn vorher das Grundwasser bis zum Liegenden der Kohle abgepumpt worden ist, weil andere Möglichkeiten, Sohle und Böschungen gegen den Wasserdruck zu sichern, nicht bestehen. Das Abpumpen des Grundwassers mittels der Brunnengalerien muss deshalb notwendig zum "Betrieb des Bergwerkes" gehörig und das so zu Tage geförderte Wasser als "durch den Betrieb des Bergwerkes gewonnen" angesehen werden,

1) Achenbach, Das Recht des Bergwerksbetreibers, S.91 f.

2) Westhoff, S.37; Voelkel, Das neue Wassergesetz, S.401 ff; Brasert-Gottschalk, S.181; Holtz-Kreutz-Schlegelberger, Bd. 2, Anm. 1 zu § 396; Ebel, Anm. 1 zu § 54; Lantzke-Bälz, S.31; OVG Köln vom 4.6.1892, ZfB Bd. 33 (1892), S.542; RGZ vom 29.11.1892, ZfB Bd. 34 (1893), S.483; Rekurs-Bescheid vom 22.2.1898, ZfB Bd. 39 (1898), S.382.

3) Diese Tatsache veranlasste auch das Bundesverfassungsgericht zu Zweifeln, ob das derart zu Tage geförderte Wasser auch noch als erschroten angesehen werden könne, BVerfGE Bd. 10, S.112 f.

4) Siehe S.14.

§ 57 ABG. Daraus ist zu schließen, daß die Bergwerkseigentümer des Verbandsgebietes nicht nur berechtigt waren, das Grundwasser mittels der Brunnengalerien zu Tage zu fördern, sondern auch befugt, das so gewonnene Wasser im Rahmen des § 57 ABG zu verwenden ¹⁾.

Dieses Ergebnis steht auch nicht notwendig im Widerspruch zu der nach Achenbach entstandenen herrschenden Meinung. Es ist nämlich zu beachten, daß die wasserrechtlichen Befugnisse des Bergwerkseigentümers als solchen von Achenbach und auch später immer nur von den Besonderheiten des Untertagebaus her gesehen und entwickelt worden sind; Abbaubedingungen, wie sie im Erftgebiet bestehen, sind erstmalig und waren deshalb auch von der Rechtsentwicklung bisher unbeachtet geblieben. - Auch der Landesgesetzgeber geht von der Voraussetzung aus, daß die Bergwerksbetriebe des Verbandsgebietes befugt waren, das Grundwasser zu Tage zu fördern und es zu verwenden, § 7 Abs. 2, Satz 2.

bbb) Der Umfang der Verfügungsbefugnis.

Der Umfang der Verfügungsbefugnis des Bergwerkseigentümers als solchen über das von ihm erschotene Wasser war in zweifacher Hinsicht begrenzt.

Das Nutzungsrecht erlosch ganz, wenn der Bergwerkseigentümer das Wasser an der Tagesoberfläche ausfließen ließ ²⁾. Das bedeutet, daß die Bergwerksunternehmen des Verbandsgebietes das zu Tage geförderte Grundwasser nur benutzen durften, soweit sie es, bevor es ausfloß, in Leitungen, Behältern usw. aufgefangen hatten. - Außerdem durften sie das so unter ihre Verfügungsgewalt gebrachte Wasser nur "zu Zwecken ihres Betriebes" ³⁾ verwenden.

Damit ist festzustellen, daß die Bergwerkseigentümer des Verbandsgebietes vor Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes nach den §§ 54, 57 ABG berechtigt waren, das Grundwasser zu Tage zu fördern, es in Rohren, Behältern usw. aufzufangen und so zu Betriebszwecken zu verwenden.

-
- 1) Im Ergebnis ebenso Isay-Boldt, S. 38 f, die ohne weiteres davon ausgehen, daß die Bergwerksunternehmen zum Abpumpen des Grundwassers aus §§ 54, 57 ABG berechtigt sind.
 - 2) Brassert-Gottschalk, S. 181; Müller-Erzbach, S. 123; Holtz-Kreuz-Schlegelberger, Bd. 2 Anm. 1 zu § 396; Lantzke-Bälz, S. 30
 - 3) § 57 ABG. - Einzelheiten zu diesem Begriff vgl. bei Lantzke-Bälz, S. 32 ff.

bb) Die Verfügungsbefugnis auf Grund Grundeigentums, § 200 WG § 200 WG ¹⁾ regelt den Umfang der Verfügungsmacht des Grundstückseigentümers als solchen über das unterirdische Wasser. Diese Vorschrift galt zwar, wie die §§ 196 ff WG überhaupt, auch für den Grundeigentümerbergbau, nicht aber für den Bergbau, der den Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes unterliegt. Auf diesen sind gem. § 396 WG die bergrechtlichen Sondervorschriften auch dann anzuwenden, wenn der Bergwerkseigentümer zugleich Grundstückseigentümer ist ²⁾. Deshalb konnten die Bergwerkseigentümer des Rheinischen Reviers auch, soweit sie gleichzeitig Grundstückseigentümer waren ³⁾, vor Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes aus § 200 WG kein Recht herleiten, über das von ihnen zu Tage geförderte unterirdische Wasser zu verfügen. Darüberhinaus würde auch bei Anwendung des § 200 WG die Befugnis des Grundeigentümers, ohne wasserrechtliche Verleihung über das Grundwasser zu verfügen, nicht das Recht umfaßt haben, den Grundwasserspiegel durch Abpumpmaßnahmen großen Stils zu senken ⁴⁾.

cc) Die Verfügungsbefugnis auf Grund besonderen Titels, § 203 WG.

Gemäß § 203 WG können die dem Grundstückseigentümer nach § 200 WG nicht zustehenden Rechte von ihm selbst und mit seiner Zustimmung auch von einem anderen durch Verleihung erworben werden. Aber auch nach dieser Vorschrift waren die Bergwerkseigentümer vor Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes zur Verfügung über das zu Tage geförderte Wasser nicht befugt; denn abgesehen davon, daß § 203 WG ebenso wie § 200 WG auf den Bergbau nach dem Allgemeinen Berggesetz nicht anwendbar ist ⁵⁾, besitzen die Bergwerkseigentümer auch gar keine, die Verfügung über das zu Tage geförderte Wasser zulassenden Titel aus § 203 WG.

Somit ist festzustellen, daß die Bergwerksunternehmen des Verbandsgebietes vor Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes allein auf Grund der §§ 54, 57 ABG befugt waren, das Grundwasser zu Tage zu fördern und es zu Betriebszwecken zu verwenden, soweit sie es aufgefangen hatten, bevor es auf die Erdoberfläche ausfloss.

1) Nach § 134 Abs. 2 LWG mit dem Preussischen Wassergesetz aufgehoben.

2) Holtz-Kreutz-Schlegelberger, Bd. 2, Anm. 1 zu § 196.

3) Vgl. dazu Stadermann, Braunkohlengraben, S. 316.

4) BVerfGE Bd. 10, S. 113.

5) Holtz-Kreutz-Schlegelberger, Bd. 2 Anm. 1 zu § 396.

c) Die Rechtslage nach Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes.

Das Zutagefördern von Grundwasser, wie es von den Bergwerksunternehmen im Erftgebiet betrieben wird, ist eine Benutzung im Sinne des § 3 Abs. 1, Ziff. 6 WGH. Da diese Unternehmen für eine solche Benutzung eine Erlaubnis oder Bewilligung nicht besitzen, sind sie gem. § 2 Abs. 1 WHG zum Abpumpen des Grundwassers nur befugt, soweit sich aus den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes oder aus den im Rahmen dieses Gesetzes erlassenen landesrechtlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt. Das trifft dann zu, wenn die den Bergwerksunternehmen des Verbandsgebietes vor Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes auf Grund der §§ 54, 57 ABG zustehenden Befugnisse, das Grundwasser zu Tage zu fördern und es, solange es nicht auf die Erdoberfläche ausgeflossen war, zu Betriebszwecken zu verwenden, als altes Recht oder alte Befugnis im Sinne des § 15 WHG oder als andere alte Benutzung im Sinne des § 17 WHG fortgelten ¹⁾.

aa) Verfügungsbefugnis auf Grund eines alten Rechtes oder einer alten Befugnis, § 15 WHG.

Eine Fortgeltung der Benutzungsbefugnisse als altes Recht oder alte Befugnis im Sinne des § 15 WHG käme allenfalls nach Abs. 1, Ziff. 1 und Abs. 2 dieser Vorschrift in Betracht.

Nach Ziff. 1 ist eine Erlaubnis oder Bewilligung nicht erforderlich für Benutzungen auf Grund von Rechten, die nach den Landeswassergesetzen erteilt oder durch sie aufrechterhalten worden sind. Die Benutzungsbefugnisse der Bergwerksunternehmen folgen aus den §§ 54, 57 ABG, beruhen damit unmittelbar auf einer Rechtsnorm und sind deshalb kein e r t e i l t e s Recht im Sinne der Ziff. 1 ²⁾.—

Die Aufrechterhaltung von Nutzungsrechten nach Landeswassergesetz regelt § 378 WG ³⁾. Da die Benutzungsbefugnisse unmittelbar auf einer Rechtsnorm und damit nicht auf besonderem Rechtstitel im Sinne des § 379 Abs. 2 WG beruhen ⁴⁾, war eine Aufrechterhaltung nach § 379 WG und damit eine Fortgeltung nach § 15 Abs. 1, Ziff. 1 WHG nur möglich, soweit rechtmässige Anlagen zu ihrer Ausübung vorhan-

1) Dass die umfangreichen Abpumpungsmassnahmen der Bergwerksunternehmen von den erlaubnisfreien Benutzungen nach §§ 33 WHG und 43 LWG nicht gedeckt werden, sei nur der Systematik wegen erwähnt.

2) Siehe S. 49.

3) Witzel, Kommentar, Anm. 4 zu § 15.

4) Holtz-Kreutz-Schlegelberger, Bd. 2 Anm. 11 zu § 379.

den sind, die vor dem 1.1.1913 errichtet waren oder mit deren Errichtung vor diesem Zeitpunkt begonnen worden war. Das aber trifft für die Grundwasserförderung der Bergwerksunternehmen im Verbandsgebiet nicht zu.

Nach § 15 Abs.2 WHG ist eine Erlaubnis oder Bewilligung u.a. nicht erforderlich für Benutzungen auf Grund gesetzlich geregelter Planfeststellungsverfahren. Das Zutagefördern des Grundwassers durch die Bergwerksunternehmen ist zwar in bergrechtlichen Betriebsplänen geregelt. Das Betriebsplanverfahren ist jedoch kein Planfeststellungsverfahren im Sinne des § 15 Abs.2 WHG. Das ergibt sich eindeutig aus § 14 WHG, der in Abs.1 und Abs.2 zwischen Planfeststellungs- und Betriebsplanverfahren unterscheidet.

bb) Verfügungsbefugnis auf Grund einer anderen alten Benutzung, § 17 WHG.

Da die Benutzungsbefugnisse der Bergwerksunternehmen aus den §§ 54, 57 ABG unmittelbar auf einer Rechtsnorm beruhen, sind ihre Benutzungen als "auf Grund eines anderen Rechtes" ¹⁾ im Sinne des § 17 Abs.1, Ziff.2 WHG ausgeübt anzusehen. Sie gelten deshalb nach dieser Vorschrift grundsätzlich bis zum Ablauf von fünf Jahren seit dem Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes ²⁾ fort (1.3.1965), soweit beim Inkrafttreten des Landeswassergesetzes (1.6.1962) ³⁾ für das Zutagefördern des Grundwassers durch die Braunkohlenunternehmen rechtmässige Anlagen vorhanden waren, § 126 Abs.1 LWG. Als rechtmässig müssen alle diejenigen Anlagen angesehen werden, die in bergrechtlichen Betriebsplänen zugelassen worden sind ⁴⁾. Danach sind die Bergwerksunternehmen im Erftgebiet bis zum 1.3.1965 befugt, die Grundwasserabsenkung mit Hilfe der Pumpen fortzusetzen, die bereits am 1.6.1962 in Betrieb waren.

Eine Fortsetzung der Absenkung mit diesen Pumpen über den 1.3.1965 hinaus darf von den Bergwerksunternehmen nur auf Grund besonderer Bewilligungen betrieben werden, die ihnen jedoch gem. § 17 Abs.2 WHG antragsgemäss und mit einem Förderungsrecht in dem bisherigen

1) Vgl. die entsprechenden Ausführungen auf S. 49.

2) Vgl. § 45 WHG.

3) § 136 WHG.

4) § 68 ABG in der Fassung des Gesetzes zur Änderung berggesetzlicher Vorschriften im Lande Nordrhein-Westfalen vom 25.4.1950 (GS.NW. S.694) in Verb. mit dem gemeinsamen Erlass des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - VC 1221/8 - und des Ministers für Wirtschaft und Verkehr - III/6-174-32 - vom 26. Oktober 1954 über die Zusammenarbeit des Oberbergamtes in Bonn mit den zuständigen Regierungspräsidenten bei der Zulassung von Betriebsplänen des Braunkohlenbergbaues, abgedruckt bei Wüsthoff-Kumpf unter D 772 T.

Umfange zu erteilen sind. Insbesondere steht § 6 WHG solchen Bewilligungen nichts entgegen, da eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung durch Massnahmen des Grossen Erftverbandes, die Mithilfe von Beiträgen der abpumpenden Bergwerksunternehmen finanziert werden ¹⁾, verhütet wird, § 4 Abs. 2 Nr. 3 WHG.

Desgleichen bedarf es einer Erlaubnis oder Bewilligung für jede Grundwasserabsenkung mit Pumpen, die erst nach dem 1.6.1962 in Betrieb genommen werden. Ein dem § 17 Abs. 2 WHG entsprechender Anspruch auf Erteilung besteht allerdings nicht.

d) Ergebnis.

Die Bergwerksunternehmen des Verbandsgebietes sind gem. § 17 Abs. 1 Ziff. 2 WHG auf Grund der §§ 54, 57 ABG bis zum 1.3.1965 befugt, das Grundwasser zu Tage zu fördern und es zu Betriebszwecken zu verwenden. Voraussetzung ist, dass die Pumpstationen bereits am 1.6.1962 in Betrieb waren, §§ 126 Abs. 1, 136 LWG. - Zu einer Fortsetzung des Zutageförderens über den 1.3.1965 hinaus, sind die Bergwerksunternehmen auch mit diesen Pumpen nur auf Grund besonderer Bewilligungen befugt, die ihnen jedoch gem. § 17 Abs. 2 WHG auf Grund eines Antrages mit einem Förderungsrecht in dem bisherigen Umfange zu erteilen sind. - Desgleichen bedarf es einer Erlaubnis oder Bewilligung für jede Grundwasserabsenkung mit neuen, d.h. erst nach dem 1.6.1962 in Betrieb genommenen Pumpen. Eine dem § 17 Abs. 2 WHG entsprechende Anspruch auf Erteilung besteht insoweit nicht.

3) Die Verfügungsbefugnis des Grossen Erftverbandes.

- a) Auf Grund der Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes.

Aus den Vorschriften des Wasserhaushalts- und des Landeswassergesetzes kann der Verband eine Befugnis über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser zu verfügen, nur herleiten, soweit diese Vorschriften überhaupt anwendbar sind. Das setzt voraus, dass es sich bei diesem Wasser überhaupt um Gewässer i.S. der §§ 1 WHG und LWG handelt, also entweder oberirdisches Gewässer oder Grundwasser ist.

1) Vgl. §§ 41, 42,

Dass das einmal zu Tage geförderte Wasser kein Grundwasser mehr darstellt, bedarf keiner Erörterung ¹⁾. Fraglich kann nur sein, inwieweit es als oberirdisches Gewässer bezeichnet werden kann. Das ist ausgeschlossen, soweit es vom natürlichen Wasserhaushalt abgesondert ²⁾, aus der Natur herausgelöst ³⁾ ist.

Hierbei ist zu beachten, dass im Rahmen dieser Untersuchung das zu Tage geförderte Wasser nur insoweit interessiert, als es der Verband zur Sicherung der Wasserversorgung benötigt.

Zu diesem Zweck muss das Wasser beim Verlassen der Pumpen in Becken und Behältern aufgefangen und gesammelt und sodann mittels Pumpstationen durch Rohrleitungen und möglicherweise über Aufbereitungsanlagen zu den Wasserabnehmern geleitet werden. Das auf diese Weise behandelte Wasser ist vom natürlichen Wasserhaushalt abgesondert und kann nicht mehr als Gewässer im Sinne der §§ 1 WHG und LWG bezeichnet werden, was bedeutet, dass es damit auch nicht mehr den Vorschriften des Wasserhaushalts- und des Landeswassergesetzes unterliegt. Insbesondere sind insoweit auch die §§ 3 ÜbergangsG und 133 Abs. 2 LWG in Verbindung mit § 13, Satz 2 WHG nicht anwendbar, die ebenfalls die Gewässerbenutzung des Verbandes regeln. Das bedeutet, dass der Verband aus den geltenden Wassergesetzen eine Befugnis, über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser zu verfügen, nicht herleiten kann.

b. Auf Grund des § 7 Abs. 2.

Eine besondere gesetzliche Regelung enthält § 7 Abs. 2. Danach ist der Verband berechtigt, zur Erfüllung seiner Aufgabe über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser zu verfügen, soweit es nicht für die betrieblichen Zwecke des Bergwerksbetriebes benötigt wird.

An der Gültigkeit dieser Regelung bestehen auch nach dem Inkrafttreten des Wasserhaushalts- und des Landeswassergesetzes jedenfalls insoweit keine Bedenken, als der Verband das zu Tage geförderte Wasser in der beschriebenen Weise zur Sicherung der Wasserversor-

1) Vgl. dazu Witzel, Anm. 5 zu § 1; Burghartz, Kommentar, Anm. 3 zu § 1 WHG.

2) Grimme in: Wüsthoff-Kumpf, Bd. 1, Anm. 8 zu § 1 WHG unter C 10 E; Rehder, Anm. 2 zu § 1.

3) Burghartz, Kommentar, Anm. 2a zu § 1 WHG.

gung verwendet; denn insoweit finden diese wasserrechtlichen Vorschriften keine Anwendung.

aa) Der Inhalt der Benutzungsbefugnis.

Die Befugnis des Verbandes enthält keinen Anspruch gegenüber den das Wasser zu Tage fördernden Bergwerksunternehmen, jederzeit Wasser in der für die Verbandsaufgaben erforderlichen Mengen zu pumpen. Ein solcher Anspruch des Verbandes lässt sich auch aus § 12 Abs. 1 nicht herleiten. Danach sind die Bergwerkseigentümer zwar verpflichtet, unterirdisches Wasser innerhalb des Bergwerksbetriebes so zu fördern, zu gewinnen, zu nutzen, zu behandeln und abzuleiten, dass dem Verband die Erfüllung seiner Aufgabe und die Ausübung der ihm zustehenden Befugnisse in zweckmässiger Weise ermöglicht wird. Diese Bestimmung regelt jedoch nur die Art und Weise, wie die Bergwerkseigentümer, falls sie Wasser zu Tage fördern, es im Interesse des Verbandes zu gewinnen und zu nutzen haben; sie legt jedoch nicht fest, ob überhaupt und in welchem Umfange die Bergwerksunternehmen Wasser zu pumpen haben. Das richtet sich allein nach bergbaulichen Gesichtspunkten und nicht danach, ob es der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Sonst würde der Bergbau mit Aufgaben belastet, die mit seiner eigentlichen Tätigkeit nichts mehr zu tun haben ¹⁾.

bb) Der Umfang der Benutzungsbefugnis.

Der Umfang der Benutzungsbefugnis ergibt sich aus § 7 Abs. 2 Satz 2. Danach ist der Verband zur Verfügung über dasjenige von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser nicht befugt, das für die betrieblichen Zwecke des Bergwerksbetriebes benötigt wird. Damit wird der Verband gerade auf die Benutzung des Wassers beschränkt, über das die Bergwerksunternehmen auf Grund der §§ 54, 57 ABG ohnehin nicht verfügen dürfen; denn der Begriff "für die betrieblichen Zwecke" in § 7 Abs. 2, Satz 2 ist ebenso auszulegen, wie das nahezu gleichlautende "zu Zwecken des Betriebes" in § 57 ABG ²⁾.

III. Ergebnis.

Der Verband ist gem. § 13 Satz 2 WHG in Verb. mit § 133 Abs. 2 LWG a l l g e m e i n befugt, die Gewässer im Verbandsgebiet im Rah-

1) Isay-Boldt, S.45.

2) BVerfGE Bd. 10, S.112 f.

men seiner gesetzlichen Aufgabe ohne vorherige Erlaubnis oder Bewilligung zu benutzen. - Aus § 7 Abs. 2 ergibt sich für den Verband die b e s o n d e r e Berechtigung, über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser jedenfalls insoweit zu verfügen, als es diese nicht für betriebliche Zwecke benötigen und es der Verband zur Sicherung der Wasserversorgung verwendet.

Zur Benutzung der Gewässer ausserhalb des Verbandsgebietes bedarf der Verband der Erlaubnis oder Bewilligung, die ihm jedoch, insbesondere soweit sie zur Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet erforderlich sind, regelmässig nicht versagt werden dürften.

BB. Befugnisse bei der Benutzung der Grundstücke.

Die Befugnisse des Verbandes, die Gewässer ausserhalb des Verbandsgebietes nach erteilter Erlaubnis oder Bewilligung und die im Verbandsgebiet sogar ohne derartige Erlaubnis oder Bewilligung benutzen zu dürfen, verpflichten nach § 12 LWG den Gewässereigentümer oder den Nutzungsberechtigten nur, die Gewässerbenutzung als solche unentgeltlich zu dulden. Dagegen ist der Grundstückseigentümer nicht ohne weiteres verpflichtet, die Benutzung seines Grundstückes zur Ausübung der wasserrechtlichen Befugnisse hinzunehmen ¹⁾. Das gilt auch, soweit der Verband aus § 7 Abs. 2 zur Verfügung über das zu Tage geförderte Grundwasser befugt ist.

Eine Inanspruchnahme von Grundstücken ist aber unerlässlich, damit der Verband die zur Gewinnung, Aufbereitung und Fortleitung des Wassers erforderlichen Anlagen und Bauten errichten kann. Die Berechtigung, Grundstücke zu diesem Zweck zu benutzen, ergibt sich aus dem Erftverbandsgesetz selbst.

Soweit der Verband Grundstücke benötigt, mit denen die in § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 genannten Mitglieder zum Verband gehören, ist seine Rechtsstellung nach § 9 hinreichend gesichert ²⁾. Die erforderliche Rechtsstellung zur Benutzung aller übrigen Grundstücke kann sich der Verband, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgabe notwendig ist, durch Enteignung verschaffen (§ 11), sofern er sie nicht durch rechtsgeschäftlichen Erwerb erlangen kann.

1) Burghartz, Anm. 2 zu § 12 LWG.

2) Siehe die Darstellung über die Durchführung der Raumforschung auf S. 44.

Ergebnis zum 1. Kapitel:

Der Verband ist nach seiner Aufgabenstellung und auf Grund seiner rechtlichen Befugnisse bei der Durchführung der Unternehmen in der Lage, die Wasserversorgung im Verbandsgebiet zu sichern, obwohl das lebensnotwendige Grundwasser vom und für den Braunkohlentief-tagebau abgepumpt wird und dadurch in zunehmendem Umfang Wasserge-winnungsanlagen trocken fallen. Damit kann der Verband Vorausset-zungen dafür schaffen, dass in Zukunft nicht nur die für das Erft-gebiet selbst und darüberhinaus für die ganze Volkswirtschaft be-deutsame Braunkohle der tiefer liegenden Schichten gewonnen werden, sondern dass daneben auch die übrigen durch Siedlung, Landwirtschaft und Industrie genutzten Räume des Erftgebietes in ihrer Lebensfähig-keit und wirtschaftlichen Entwicklung erhalten bleiben. Somit ist er in der Lage, zu einer optimalen Ausnutzbarkeit der Kräfte und Faktoren des Erftgebietes, zu einer Raumordnung beizutragen.

Darin besteht seine raumplanerische Möglichkeit durch Erfüllung der Verbandsaufgabe.

2. Kapitel: Die raumplanerischen Möglichkeiten des Verbandes im Rahmen der Landesplanung.

Die raumplanerischen Möglichkeiten des Verbandes bemessen sich fer-ner danach, inwieweit er durch Einfluss auf die übrige Raumplanung zu einer Raumordnung im Verbandsgebiet beitragen kann.

Die übrige Raumplanung lässt sich in Fachplanungen und zusammen-fassende Planungen einteilen. Allein zusammenfassende Planungen sind nach ihrer Funktion geeignet, einen bestimmten Raum nach ein-heitlichen Gesichtspunkten durchgreifend zu gestalten.

Zusammenfassende Planungen bestehen im Erftgebiet nach geltendem Recht nur in der Ausgestaltung als Landes- und Ortsplanung. Hier-von wird, allein die Frage behandelt, inwieweit der Verband im Rah-men der Landesplanung zu einer Raumordnung im Verbandsgebiet bei-tragen kann. Diese Frage steht im Vordergrund, weil das überörtli-che Aufgabengebiet des Verbandes planerisch der ihrem Wesen nach überörtlichen Landesplanung zugeordnet ist und nur durch die Lan-desplanung das Verbandsgebiet als Ganzes gestaltet werden kann ¹⁾.

1) Die Einflussmöglichkeit des Verbandes auf die Ortsplanung ist so gering (§ 2 Abs. 5 BBauG), dass ihre Darstellung hier ent-fallen kann.

1. Abschnitt: Das massgebliche Landesplanungsrecht im Erftverbandsgebiet.

A. Die Landesplanungsgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen.

Der Gesetzgeber des Landes Nordrhein-Westfalen hat zunächst das Landesplanungsgesetz vom 11. 3. 1950 ¹⁾ und unmittelbar danach das Gesetz über die Gesamtplanung im Rheinischen Braunkohlenggebiet vom 25.4.1950 ²⁾ (Braunkohlengesetz) erlassen. Das Braunkohlengesetz ist gegenüber dem Landesplanungsgesetz ein Spezialgesetz, beschränkt und zugeschnitten auf das Braunkohlenggebiet mit seinen durch den Tagebau begründeten besonderen Problemen. Durch das Landesplanungsgesetz vom 7. Mai 1962 ³⁾ ist wohl das Landesplanungsgesetz vom 11. 3. 1950, nicht aber das Braunkohlengesetz ausdrücklich aufgehoben ⁴⁾ worden. Letzteres gilt deshalb nach dem Grundsatz "lex posterior generalis non derogat legi priori speciali" ⁵⁾ neben dem neuen Landesplanungsgesetz weiter fort.

B. Der Geltungsbereich des Braunkohlengesetzes.

Sein Geltungsbereich ist in sachlicher Hinsicht gegenüber dem neuen Landesplanungsgesetz und in räumlicher Hinsicht gegenüber dem Erftverbandsgebiet abzugrenzen. Sachlich enthält das Braunkohlengesetz als Spezialgesetz die ausschliessliche Regelung der Landesplanung im Braunkohlenggebiet. Eine Anwendung der Vorschriften des neuen Landesplanungsgesetzes kommt in diesem Raum nicht in Betracht.

Der räumliche Geltungsbereich des Braunkohlengesetzes deckt sich nicht mit dem des Verbandsgebiets. Das Braunkohlen- und das Verbandsgebiet verhalten sich zueinander wie zwei sich überlappende Kreise: Während das Braunkohlenggebiet nach Süden, Osten und Norden die Grenzen des Verbandsgebietes nicht erreicht, erstreckt es sich nach Westen weit darüber hinaus. Entscheidend ist jedoch dass der Kernraum des Verbandsgebietes, in dem der Tieftagebau vorangetrieben wird und die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen am grössten

1) GVBl.NW. 1950, S. 41

2) GVBl.NW. 1950, S. 71

3) Vgl. GVBl.NW. 1962, S.229

4) § 30 LPlanG 1962

5) Vgl. Hensel, S.314

sind, auch zum Braunkohlengebiet gehört und lediglich einige, für die Aufgabenstellung des Verbandes weniger bedeutsame Randgebiete ausserhalb des Plangebietes liegen. Deshalb erscheint es gerechtfertigt, die Untersuchungen über die raumplanerischen Möglichkeiten des Verbandes im Rahmen der Landesplanung auf die Gesamtplanung im Braunkohlengebiet zu beschränken. Hinzu kommt, dass auch der Gesetzgeber nur eine Regelung über die Zusammenarbeit des Verbandes mit dem Braunkohlenausschuss, dem Träger der Gesamtplanung, getroffen hat ¹⁾.

C. Organisation und Mittel der Landesplanung nach dem Braunkohlengesetz.

Träger der Landesplanungsarbeit ist der Braunkohlenausschuss, ein Sonderausschuss der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland ²⁾.

Einziges Mittel der Planung im engeren Sinne ist der Gesamtplan ³⁾, der zeitlich, sachlich und räumlich in Teilabschnitten aufgestellt werden kann ⁴⁾. Seine förmliche Aufstellung erfolgt durch Beschluss des Braunkohlenausschusses ⁵⁾, durch Verbindlichkeitserklärung des Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten als Landesplanungsbehörde ⁶⁾ und durch die Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt ⁷⁾.

2. Abschnitt: Die Einflussmöglichkeiten des Verbandes auf die Gestaltung des Erftgebietes über die Gesamtplanung nach dem Braunkohlengesetz.

Welchen Einfluss der Vorstand über die Gesamtplanung auf die Gestaltung des Erftgebietes ausüben kann, hängt davon ab, welche raumplanerische Gestaltung durch den Gesamtplan möglich ist und wie der Verband die Gesamtplanung des Braunkohlenausschusses beeinflussen kann.

1) § 13.

2) § 3 Abs. 1 BrkG.

3) § 1 Abs. 2 BrkG.

4) § 3 Abs. 4 BrkG.

5) § 3 Abs. 1 BrkG.

6) § 3 Abs. 2 BrkG i.d.F. der VO vom 26.4.1961 (GV. NW. 1961, S.188).

7) Das Braunkohlengesetz enthält keine Vorschrift über die Bekanntmachung des Gesamtplanes. Da der verbindliche Gesamtplan als Rechtsverordnung angesehen wird, muss er im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet werden. Das entspricht der Praxis der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei (Seeger, S.197 und Fussnote 15). Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Form der Publikation gebilligt (DVBl. 1957, S.535 ff); sie ist auch von § 23 Abs. 1 LPlanG 1962 übernommen worden.

A. Die raumplanerische Gestaltungsmöglichkeit durch den Gesamtplan.

Die raumplanerische Gestaltungsmöglichkeit durch den Gesamtplan richtet sich nach dem Inhalt und den Rechtswirkungen des Gesamtplanes.

Gesamtplanung als Teil der Landesplanung ¹⁾ ist übergeordnete, überörtliche Bodennutzungsplanung. Der Inhalt, den der Braunkohlenausschuss dem Gesamtplan in diesem Rahmen geben kann, ist in § 1 Abs. 2 BrkG abschliessend ²⁾ festgesetzt. Danach umfasst der Gesamtplan vor allem die Festlegung der Räume, in denen bergbauliche und sonstige Industriegebiete angelegt werden können, und der Flächen, die der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben sollen, sowie die Festlegung der Siedlungsgebiete. Ferner sind die Ortschaften, die im Interesse des Bergbaues beseitigt werden müssen, und die Stellen, an die die Bewohner umzusiedeln sind, auszuweisen.

Insgesamt ist es danach dem Braunkohlenausschuss möglich, die flächenmässige Ausdehnung der das Erftgebiet massgeblich gestaltenden Kräfte (Braunkohlentieftagebau, Industrie, Landwirtschaft und Siedlung) zu einer Gesamtstruktur zu koordinieren und dadurch eine überörtliche Raumordnung ³⁾ im Erftgebiet zu entwickeln.

Mit der ordnungsgemässen Bekanntmachung der Verbindlichkeitserklärung im Gesetz- und Verordnungsblatt von Nordrhein-Westfalen erlangt der Gesamtplan Rechtswirksamkeit. Entscheidend dafür, dass er die seinem Inhalt entsprechende Raumordnung im Erftgebiet tatsächlich entfaltet, ist, dass er insbesondere den grosse Flächen beanspruchenden Nutzern gegenüber (Braunkohlenbergbau, Landwirtschaft, Industrie und Siedlung) durchgesetzt werden kann.

Dem privaten Grundstücksnutzer gegenüber erlangt der Gesamtplan allerdings keine unmittelbaren Rechtswirkungen. Das bedeutet, daß Industrieunternehmen, Landwirten oder sonstigen Grundstückseigentümern, die insgesamt die das Erftgebiet massgeblich gestaltenden Kräfte der Industrie, Landwirtschaft und Siedlung repräsentieren, allein auf Grund des Gesamtplanes eine von diesem abweichende Nutzung nicht untersagt werden könnte. Anderes gilt nur für den Braunkohlentieftagebau, da gem. § 3 Abs. 6 BrkG die Betriebspläne der

1) Vg. § 1 Abs. 1 BrkG.

2) LT-Drucks. Nr. II-1164-IT NW - 1. Wahlp..

3) Vgl. § 1 Abs. 1 BrkG.

im Plangebiet gelegenen bergbaulichen Betriebe mit dem Gesamtplan in Einklang zu bringen sind, so dass Braunkohle nicht in Räumen abgebaut werden darf, für die der Gesamtplan eine andere Nutzung vorsieht.

Der Gesamtplan ist jedoch allen Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften gegenüber verbindlich ¹⁾. Die Bindung wirkt auf die Planungen ²⁾ und hat den Inhalt, dass diese Behörden und Körperschaften keinen Plan aufstellen, bestehen lassen oder durchführen dürfen, der mit dem verbindlichen Gesamtplan nicht in Einklang steht ³⁾. Das bedeutet zunächst, dass die Gemeinden ihre Bauleitpläne ⁴⁾ dem verbindlichen Gesamtplan anzupassen haben, was in § 1 Abs. 3 BBauG zusätzlich geregelt ist. Durch eine verbindliche Bauleitplanung, d.h. insbesondere ⁵⁾ durch einen ordnungsgemäss aufgestellten Bebauungsplan ⁶⁾ kann die Nutzungsart der Grundstücke gegenüber jedermann ⁷⁾ mit der Massgabe rechtsverbindlich festgesetzt werden, dass eine dem Inhalt des Bebauungsplanes widersprechende Nutzungsänderung unzulässig ist ⁸⁾. Das hat zur Folge, dass die Einhaltung der Nutzung, wie sie im Gesamtplan für die Industrie, die Landwirtschaft und zur Siedlung in grossräumigen Flächen ausgewiesen ist, mittelbar über die Bauleitplanung den einzelnen Nutzern gegenüber durchgesetzt werden kann.

Damit ist zusammenfassend festzustellen: der Braunkohlenausschuss hat mit dem Gesamtplan die Möglichkeit, auf der Grundlage einer Regelung der Bodennutzung durch eine Koordination der das Erftgebiet massgeblich gestaltenden Kräfte (Bergbau, Industrie, Landwirtschaft und Siedlung) eine Raumordnung zu entwickeln, die den einzelnen Nutzern gegenüber - unmittelbar oder mittelbar - auch durchsetzbar ist.

B. Die Einflussmöglichkeiten des Verbandes auf die Gesamtplanung.

Inwieweit der Verband zu der durch den Gesamtplan errichtbaren Raumordnung im Erftgebiet beitragen kann, hängt von dem Ein-

1) § 3 Abs. 2 BrkG.

2) Seeger, S.196.

3) Seeger, S.196; Ernst-Friede, Anm. 2b zu § 1, S.69; vgl. auch Art. 12 Abs. 3 bay LPlanG und § 19 Abs. 7 LPlanG 1962.

4) § 1 Abs. 2 BBauG.

5) Vgl. auch § 7 BBauG.

6) Vgl. §§ 2, 8-12 BBauG.

7) Halstenberg, Bauleitplanung und Raumordnung, S.59; Brügelmann etc., Anm. I 1 zu § 10.

8) Schütz-Frohberg, Anm. 1 zu § 8, S.64.

fluss auf die Ausgestaltung des Gesamtplanes ab. Hierbei sind die realtatsacnlichen Auswirkungen, die von der Erfüllung der Verbandsaufgabe ausgehen, und die nach § 13 Abs. 1 und 3 bestehende Mitwirkung bei der förmlichen Aufstellung des Gesamtplanes zu unterscheiden.

I. Die Auswirkungen der Erfüllung der Verbandsaufgabe.

Wenn der Braunkohlenausschuss durch die Gesamtplanung eine Raumordnung im Erftgebiet erreichen will, muss er sich bei der Festlegung der Räume für den Braunkohlenbergbau, sonstige Industriebetriebe, die Landwirtschaft und die Siedlung von einem raumplanerischen Ziel leiten lassen. Dieses Ziel kann nur sein, unter Berücksichtigung aller nutzbaren Kräfte und Faktoren eine optimale Nutzung des Plangebietes zu erreichen. Das ist im Erftgebiet nur möglich, wenn die in den tieferen Schichten liegende Kohle als einer der bedeutendsten Kräfte und Faktoren gewonnen wird. Zwar kann der Braunkohlenausschuss dieses Ziel nur durch eine möglichst lückenlose Aufteilung der Erdoberfläche erreichen, da die Gesamtplanung eine Bodennutzungsplanung ist. Damit allein ist es jedoch nicht getan. Die einzelnen Nutzungsarten müssen auch nebeneinander bestehen können, sie dürfen sich in ihren Existenzmöglichkeiten nicht gegenseitig stören oder gar vernichten.

Ein derartiger, sich gegen alle anderen Nutzungsarten richtender Störungsfaktor geht im Erftgebiet vom Braunkohlentieftagebau, d.h. der dem Kohlenabbau vorausgehenden Absenkung des Grundwassers aus, das bisher die Grundlage für die intensive Besiedlung, land- und forstwirtschaftliche und industrielle Nutzung darstellte. Das bedeutet an sich, dass, um den Störungsfaktor auszuschliessen, in den von der Absenkung betroffenen Gebieten entweder der Braunkohlentieftagebau oder die anderen genannten Nutzungsarten nicht ausgewiesen werden.

Die dritte, eine optimale Nutzbarkeit des Erftgebietes dennoch ermöglichende Gesamtplanung gewährleistet der Grosse Erftverband. Durch die im 1. Kapitel aufgezeigten Möglichkeiten, die Wasserversorgung im Verbandsgebiet zu sichern, kann er den für den Braunkohlentieftagebau zu schaffenden Störungsfaktor beseitigen.

Planerisch ausgedrückt, ist festzustellen: Obwohl der Braunkohlentieftagebau die Lebensbedingungen in weiten Teilen des Erftgebiets beeinträchtigt oder gar vernichtet, ermöglicht es der Grosse Erftverband,

dass im Gesamtplan auch in Zukunft neben den Flächen für bergbauliche Zwecke solche für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung und zur Siedlung ausgewiesen werden können. Die allein nach seiner Aufgabenstellung und den rechtlichen Befugnissen bestimmte raumplanerische Möglichkeit wirkt sich dahin aus, dass mit der Sicherung der Wasserversorgung durch den Verband Voraussetzungen für die Aufstellung einer Raumordnung, d.h. einer optimalen Nutzbarmachung des Erftgebietes überhaupt erst geschaffen werden.

II. Die Beteiligung des Verbandes nach § 13.

Eine Beteiligung des Verbandes bei der förmlichen Aufstellung des Gesamtplanes ist durch die Mitgliedschaft des Verbandsgeschäftsführers im Braunkohlenausschuss und durch eine Mitwirkung des Verbandes bei der Verbindlichkeitserklärung des Gesamtplanes vorgesehen.

1. Die Mitgliedschaft des Verbandsgeschäftsführers im Braunkohlenausschuss, § 13 Abs. 3.

Die raumplanerische Einflussmöglichkeit des Verbandes auf die Ausgestaltung des Gesamtplanes nach § 13 Abs. 3 hängt von dem Inhalt und dem sachlichen Gewicht der Mitgliedschaft im Braunkohlenausschuss ab.

Die Mitgliedschaft beinhaltet zwei bedeutsame Rechte: Das Recht, an den Beratungen des Ausschusses über Planentwürfe aktiv teilzunehmen ("Sitz"), und das Recht, bei der Beschlussfassung über solche Entwürfe durch Stimmabgabe entscheidend mitzuwirken ("Stimme").

Dem Stimmrecht kommt nur eine geringe Bedeutung zu, wenn man bedenkt, dass der Verband nur eines von 28 stimmberechtigten Mitgliedern ¹⁾ im Braunkohlenausschuss stellt.

Wichtiger ist die Befugnis, an den Beratungen teilzunehmen. Sie ist ein ausgezeichnetes Mittel, die Durchführung der Verbandsaufgabe, insbesondere die Unternehmen zur Sicherung der Wasserversorgung, mit der Gesamtplanung zu koordinieren. Diese Koordination aber ist raumplanerisch besonders bedeutsam. Erst durch sie wird die Möglichkeit des Braunkohlenausschusses, durch den rechtsverbindlichen Gesamtplan eine Raumordnung für das Erftgebiet zu entwickeln, und die nach der Aufgabenstellung und den rechtlichen Befugnissen be-

1) Vgl. § 13 Abs. 3 und § 4 Abs. 1, Satz 1 BrkG.

stimmte raumplanerische Möglichkeit des Verbandes, durch die in der Sicherung der Wasserversorgung liegende Schaffung von Voraussetzungen zu einer solchen Raumordnung beizutragen, realisierbar.

Braunkohlenausschuss und Verband sind voneinander abhängig. Das wird an folgenden typischen Beispielen klar:

a) Der Verband benötigt zur Sicherung der Wasserversorgung ein überörtliches Wasserversorgungsnetz. Dafür bedarf es u.a. der Anlage von Wasserleitungen mit Pumpstationen. Die Festlegung der Räume, in denen Wasserleitungen angelegt oder verlegt werden können, sowie in denen sie zu beseitigen sind, gehört zum Inhalt des Gesamtplanes ¹⁾. An den Inhalt des rechtsverbindlichen Gesamtplanes ist auch der Grosse Erftverband als öffentlich-rechtliche Körperschaft des Braunkohlengebietes gebunden ²⁾. Das hat zur Folge, dass der Verband Leitungsrohre von überörtlicher Ausdehnung nur verlegen darf, soweit im Gesamtplan Räume dafür vorgesehen sind. Das bedeutet, dass der Verband die Wasserversorgung nur sichern und damit den davon abhängenden Beitrag zu einer Raumordnung nur leisten kann, wenn der Braunkohlenausschuss nach vorheriger Abstimmung mit dem Verband die erforderlichen Räume ausweist.

b) Durch den Gesamtplan sind vorwiegend Flächen auszuweisen, die nicht unmittelbar der Durchführung von Verbandsunternehmen dienen. Dazu gehören u.a. Siedlungsgebiete und die Stellen, an die im Interesse des Bergbaues Bewohner umzusiedeln sind, sowie die Räume, in denen Industriebetriebe angelegt werden können. Wenn sich der Braunkohlenausschuss von dem Gesichtspunkt einer optimalen Nutzung des Raumes leiten lassen will, hat er die Siedlungsgebiete oder die Räume möglichst dort festzulegen, wo nach den natürlichen Gegebenheiten die besten Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Zu diesen Voraussetzungen gehört auch das lebensnotwendige Wasser. In diesem Rahmen kann der Verband den möglichen raumplanerischen Beitrag dadurch leisten, dass er für eine solche Festlegung der einzelnen Nutzungsarten eintritt, die vom Standpunkt der Sicherung der Wasserversorgung überhaupt vertretbar oder wenigstens am günstigsten ist. Dazu gehört es beispielsweise, zu verhindern, wasserintensive Industrie an solchen Stellen anzusiedeln, an die infolge der Absenkung des Grundwassers das gesamte Wasser heranzuschaffen ist.

1) § 1 Abs. 2c BrkG.

2) § 3 Abs. 2 BrkG.

Das Gewicht der Mitgliedschaft bei der koordinierenden Ausgestaltung des Gesamtplanes beruht auf der Eigenart der vom Geschäftsführer wahrgenommenen Interessen. Die Sicherung der Wasserversorgung berührt weniger den Verband selbst als die anderen Mitglieder des Braunkohlenausschusses, weil die von ihnen Repräsentierten bei der Nutzung der ihnen zugewiesenen Räume auf eine gesicherte Wasserversorgung angewiesen sind. Hinzu kommt, dass der Geschäftsführer als wasserwirtschaftlicher Fachmann seinen Argumenten besondere Überzeugungskraft beilegen kann. Es ist deshalb der Mitgliedschaft des Geschäftsführers bei der Ausgestaltung des Gesamtplanes ein besonderes Gewicht beizumessen.

Sonach lässt sich insgesamt feststellen, dass die Mitgliedschaft des Geschäftsführers im Braunkohlenausschuss ein ausgezeichnetes Mittel darstellt, die Durchführung der Unternehmen zur Sicherung der Wasserversorgung mit der Gesamtplanung zu koordinieren und dass dadurch die zunächst allein nach der Aufgabenstellung und den rechtlichen Befugnissen ermittelte raumplanerische Möglichkeit, durch Schaffung von Voraussetzungen zu einer Raumordnung im Verbandsgebiet beizutragen, erst realisierbar wird.

2. Die Mitwirkung bei der Verbindlichkeitserklärung, § 13 Abs. 1.

Nach § 13 Abs. 1 hat der Braunkohlenausschuss, bevor er dem Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentlichen Arbeiten den Gesamtplan zur Verbindlichkeitserklärung vorlegt, das Einvernehmen mit dem Grossen Erftverband herzustellen, soweit dessen Aufgabengebiet berührt wird. Dabei tauchen im Hinblick auf die hier interessierende Frage, in welcher Weise der Verband durch diese Regelung auf die Ausgestaltung des Gesamtplanes Einfluss nehmen kann, drei Vorfragen aus: a) worüber und b) wie das Einvernehmen herzustellen ist und c) welche rechtlichen Folgen es hat, wenn der Gesamtplan ohne Herstellung des Einvernehmens für verbindlich erklärt wird.

a) Das Einvernehmen ist herzustellen, soweit durch den Gesamtplan das Aufgabengebiet des Verbandes berührt wird. Diese Formulierung ist sehr weit gefasst, wenn man bedenkt, dass jede Art der Regelung der Bodennutzung im Gesamtplan schliesslich seine Auswirkungen auf den Wasserhaushalt haben kann. Sie bedarf deshalb der Auslegung.

Verbandsaufgabe ist die Regelung der Wasserwirtschaft und, worauf hier besonders abgestellt wird, die Planung und Durchführung von Massnahmen zur Sicherung der gegenwärtigen und zukünftigen Versor-

gung der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Bodens mit Wasser. In-
soweit sind folgende typische Fallgruppen herauszustellen, in denen
die Verbandsaufgabe von der Gesamtplanung "berührt" wird und ein be-
rechtigtes Interesse des Verbandes auf Herstellung des Einverneh-
mens anzuerkennen ist:

aa. Der Verband ist schon in eine bestimmte Regelung eingetre-
ten, d.h. es liegen bereits vom Vorstand beschlossene Durchführungs-
pläne vor, die mit dem vorgesehenen Gesamtplan nicht in Einklang zu
bringen sind. Diese Situation hatte der Gesetzgeber in erster Linie
im Auge, als er § 13 entwarf ¹⁾, da er befürchtete, dass der Ver-
band die zur Verhütung oder Ausgleichung der Schäden erforderlichen
Massnahmen schneller werde planen und treffen müssen, als die Fer-
tigstellung des Gesamtplanes werde erwartet werden können. Dabei
ist vor allem an die Fälle zu denken, dass die Räume, die der Ver-
band zur Durchführung seiner Unternehmen selbst beansprucht, im Ge-
samtplan überhaupt nicht oder anders festgelegt werden sollen.

bb. Die Verbandsaufgabe muss jedoch auch dann als "berührt" an-
gesehen werden, wenn der Gesamtplan eine Bodennutzung in Aussicht
stellt, die zwar vom Verband für seine Unternehmen vorgesehene Räu-
me nicht unmittelbar betrifft, die aber neue Massnahmen, insbeson-
dere der Wasserversorgung, durch den Verband erforderlich machen
werden. Hier ist beispielsweise daran zu denken, dass der Gesamt-
plan bestimmte Flächen für den Braunkohlenabbau ausweist, mit dem
eine weitere Absenkung des Grundwasserspiegels und damit eine wei-
tere Gefährdung der Wasserversorgung verbunden ist.

b) Einvernehmen heisst Einverständnis. Das ergibt sich aus § 3
Abs. 2 BrkG ²⁾.

Hergestellt werden kann das Einvernehmen nur im Wege der Verhand-
lung. Dabei hat nach der Fassung des § 13 Abs. 1 die Initiative
vom Braunkohlenausschuss auszugehen. Zuständig auf Seiten des Ver-
bandes ist der Vorstand, der im Normalfalle an der Gesamtplanung
nicht beteiligt ist. Diese Zuständigkeitsverschiebung vom Geschäfts-
führer auf den Vorstand hat zur Folge, dass sich in beiden Gremien
Vertreter der wichtigsten Interessengruppen (Bergbau, Landkreise,
Landwirtschaft, übrige Industrie und Energiewirtschaft) ³⁾ gegen-

1) Entw., Begr. zu § 13, S.42.

2) Vgl. ferner Heinze, S.164; Brügelmann-Förster-Grauvogel-Kopp-
Oedekoven-Pohl-Stahnke, § 14 Anm. VI 3b aa; Schütz-Frohberg,
Anm. 5 zu § 19.

3) Vgl. § 4 Abs. 1 BrkG und § 28.

übersitzen. Dadurch hat der Gesetzgeber eine Regelung getroffen, die eine Einigung, d.h. eine Koordinierung, mit Wahrscheinlichkeit erwarten lässt.

c) Bedeutsam ist ferner, welche Rechtslage besteht, wenn der Braunkohlenausschuss kein Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand hergestellt hat und der Plan für verbindlich erklärt worden ist. Hierfür ist es beachtlich, dass ein für verbindlich erklärter und im Gesetz- und Verordnungsblatt ordnungsgemäss verkündeter Gesamtplan ¹⁾ ebenso wie der Raumordnungsplan nach § 3 Abs. 2 LPlanG 1950 ²⁾ eine Rechtsverordnung darstellt. Die Gültigkeit einer Rechtsverordnung hängt davon ab, dass sie unter Beachtung der für die Rechtsverbindlichkeit notwendigen Voraussetzungen zustande gekommen ist ³⁾. Zu diesen kann auch eine Beteiligung anderer Organe gehören ⁴⁾.

Die Voraussetzungen für das Zustandekommen eines rechtsverbindlichen Gesamtplanes umfassen eine Beschlussfassung durch den Braunkohlenausschuss ⁵⁾, die Durchführung des Offenlegungsverfahrens ⁶⁾, die Herstellung des Einvernehmens zwischen Braunkohlenausschuss und Verbandsvorstand im Rahmen des § 13 Abs. 1, die Verbindlichkeitserklärung durch den Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten ⁷⁾ sowie die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt ⁸⁾. Deshalb besitzt ein Gesamtplan, der ohne Herstellung des Einvernehmens im Sinne des § 13 Abs. 1 zustande gekommen ist, jedenfalls für den Grossen Erftverband insoweit keine Rechtsverbindlichkeit ⁹⁾. Dabei braucht die Frage, ob der Gesamtplan bei einer Unverbindlichkeit für den Verband im übrigen gültig oder sogar als Ganzes nichtig ist ¹⁰⁾, hier nicht entschieden zu werden.

1) Seeger, S.196 f; Ernst-Friede, Anm. 2b zu § 1, S.70; Thiel, Einführung zum Braunkohlengesetz, S.1 unter Sammelnr. 21.06.

2) Seeger, S.196; Umlauf, Grundfragen, S.77; ders., Wesen und Organisation, S.140 f; Ernst-Friede, Anm. 2a zu § 1, S. 69 f; Ernst, Der Plan, S.345; Obermeyer, S.158 f; Bielenberg, S.84 f; Thiel, Einführung zum Landesplanungsgesetz, S.1 unter Sammelnr. 21.05; Meyer, S.46 ff insbes. S.50; Schütz-Frohberg, Anm. 4a zu § 1.

3) Fleiner, S.74; Forsthoff, § 7 A 2 am Ende, S.126.

4) Wolff, Hans J., § 28 I a 1.

5) § 3 Abs. 1, Satz 1 BrkG.

6) § 3 Abs. 1, Satz 1 und 2 BrkG.

7) § 3 Abs. 2 BrkG in der Fassung der VO vom 26.4.1961 (GV. NW. 1961, S.198).

8) Siehe oben S.68, Fussnote 7.

9) Vgl. dazu Fleiner, a.a.O.; Wolff, Hans J., a.a.O.

10) Vgl. dazu Forsthoff, a.a.O.

Diese Rechtsfolge ist zunächst überraschend und zwar deshalb, weil sie den Anschein erweckt, dass die Fachplanungen des Verbandes sich im Ergebnis an die Landesplanung nicht zu halten brauchen. Das wäre mit dem Ziel und der Funktion der Landesplanung, gemeindliche und auch Fachplanungen unter einheitlichen Gesichtspunkten zu koordinieren und zusammenzufassen, nicht zu vereinbaren.

Es ist jedoch zu beachten, dass der Braunkohlenausschuss, auch wenn sich ein Einvernehmen mit dem Verband nicht herstellen lässt, eine Bindung der Fachplanungen des Verbandes an den Gesamtplan herbeiführen kann. Zwar hat es der Gesetzgeber offengelassen, was geschehen soll, wenn der Braunkohlenausschuss und der Verbandsvorstand ein Einvernehmen im Verhandlungswege nicht erzielen. Als verfahrensrechtlicher Lösungsweg bietet sich jedoch eine entsprechende Anwendung der Regelung im § 3 Abs. 1, Satz 4 und Abs. 2, Satz 1 und 2 BrkG an, der für ähnliche Fälle im Offenlegungsverfahren massgebend ist. Danach wird man die abweichende Ansicht des Verbandsvorstandes als Einwendung gegen den Gesamtplan ansehen müssen, die mit einer Stellungnahme des Braunkohlenausschusses dem Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten vorgelegt wird, der dann den Gesamtplan unter Beteiligung der zuständigen Minister für verbindlich erklärt; notfalls, d.h. wenn auf diesem Wege ein Einverständnis noch nicht erreicht werden kann, hat die Landesregierung zu entscheiden, § 3 Abs. 2, Satz 2 BrkG. Mit der die Verbindlichkeit des Gesamtplanes aussprechenden Entscheidung einiger Minister oder sogar der gesamten Landesregierung ist auch der Verband gebunden.

Dennoch ist festzuhalten, dass durch § 13 Abs. 1 eine verfahrensrechtlich gesicherte Sonderstellung des Verbandes gegenüber den übrigen im Braunkohlenausschuss vertretenen Interessenten an einer bestimmten Ausgestaltung des Gesamtplanes zum Ausdruck kommt. Sie besteht darin, dass kein Gesamtplan gegenüber dem Verband wirksam wird, der mit einer geordneten Regelung der Wasserwirtschaft und insbesondere mit einer Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet nicht vereinbar ist, sei es, dass zwischen Verband und Braunkohlenausschuss ein Einvernehmen hergestellt oder dass die Sicherung der Wasserversorgung auf höchster Ebene mit der Landesplanung koordiniert wird. Dieser Vorrangstellung entspricht auch die sachliche Bedeutung der Wasserwirtschaft; denn die Regelung der Wasserwirtschaft und insbesondere die Sicherung der Wasserversorgung kann nicht gleichgeordnet neben Wirtschaftszweige, wie

den Bergbau, die Landwirtschaft und die Industrie, gestellt werden, weil sie eine Voraussetzung für alle anderen Nutzungen des Raumes ist und deshalb diesen vorgeordnet werden muss.

Damit lässt sich feststellen, dass durch § 13 Abs. 1 ebenfalls ein Mittel zur Koordination der Verbandsunternehmen mit dem Gesamtplan geschaffen worden ist. Anders als bei der Mitgliedschaft des Geschäftsführers im Braunkohlenausschuss (§ 13 Abs. 3) wird durch die Regelung des § 13 Abs. 1 der Einfluss des Verbandes auf die Gesamtplanung noch verstärkt und eine der Verbandsaufgabe in jedem Falle gerechtwerdende Koordination erreicht.

Ergebnis zum 3. Teil:

Der G r o s s e E r f t v e r b a n d ist nach seiner Aufgabe und auf Grund der rechtlichen Befugnisse bei der Durchführung der Unternehmen in der Lage, die Wasserversorgung im Verbandsgebiet zu sichern und damit Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Zukunft nicht nur die für das Erftgebiet und die Volkswirtschaft bedeutsamen Braunkohlenvorkommen tiefer liegender Schichten gewonnen werden, sondern dass daneben auch die übrigen durch Siedlung, Landwirtschaft und Industrie genutzten Räume des Erftgebietes in ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit erhalten bleiben. Darin liegt die raumplanerische Möglichkeit, zu einer optimalen Ausnutzung und damit zu einer Raumordnung im Erftgebiet beizutragen.

Der B r a u n k o h l e n a u s s c h u s s besitzt mit dem Gesamtplan zunächst nur die rechtlich abstrakte Möglichkeit, auf der Grundlage einer überörtlichen verbindlichen Regelung der Bodennutzung die Ausdehnung der raumgestaltenden Kräfte (Braunkohlenbergbau, Landwirtschaft, Industrie und Siedlung) zu koordinieren und dadurch im Kernraum des Erftgebietes eine Raumordnung zu entwickeln.

Die Vorschriften des § 13 Abs. 1 und 3 dienen der Koordination der raumplanerischen Möglichkeiten des Verbandes mit denen des Braunkohlenausschusses. Mit dem Einfluss des Verbandes über die Mitgliedschaft des Verbandsgeschäftsführers im Braunkohlenausschuss und der Mitwirkung des Verbandsvorstandes bei der Verbindlichkeitserklärung auf die Ausgestaltung des Gesamtplanes wird erreicht, dass die zur Sicherung der Wasserversorgung erforderlichen Unternehmen mit der Gesamtplanung abgestimmt und dadurch die in der Erfüllung der Verbandsaufgabe liegenden raumplanerischen Möglich-

keiten im Rahmen einer Gesamtraumordnung für das Erftgebiet erst zur Geltung gebracht werden. Der Einfluss auf die Gesamtplanung nach § 13 bildet damit eine notwendige Ergänzung zur Realisierung der in der Erfüllung der Verbandsaufgaben liegenden raumplanerischen Möglichkeiten.

4. Teil

Die raumplanerische Bedeutung der Stimmrechtsverteilung unter besonderer Berücksichtigung des Stimmanteiles der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau".

Ob der Grosse Erftverband die im 3. Teil festgestellten raumplanerischen Möglichkeiten voll ausnutzen wird, ist zunächst eine Frage des Willens des Verbandes.

Die Willensbildung des Verbandes als einer Selbstverwaltungskörperschaft ist ein komplexer Vorgang. An ihm sind in erster Linie die Organe des Verbandes beteiligt; darüberhinaus nehmen aber auch der im Erftverbandsgesetz für Wasserverbände erstmalig vorgesehene ständige Sachverständigenbeirat (§ 34) und die Aufsichtsbehörde in begrenztem Umfange daran teil. Hier soll nicht die gesamte Willensbildung des Verbandes untersucht werden. Die Erörterung wird darauf beschränkt, ob und inwieweit allein die Stimmrechtsverteilung in den Organen - also unabhängig vom Einfluss des Sachverständigenbeirates und der Aufsichtsbehörde - eine Willensbildung des Verbandes erwarten lässt, die eine den materiell-rechtlichen Befugnissen und den Einflussmöglichkeiten auf die Gesamtplanung voll entsprechende raumplanerische Entwicklung gewährleistet. Die Beschränkung auf die Stimmrechtsverteilung bietet sich deshalb an, weil sie in wesentlichen Punkten von der bisher üblichen Regelung in Wasserverbänden abweicht. Dabei soll insbesondere auf die Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" abgestellt werden, die, was sich herausstellen wird, aus verschiedenen Gründen im Mittelpunkt des Interesses stehen.

1. Abschnitt: Die Organisation des Grossen Erftverbandes unter vergleichsweiser Gegenüberstellung der bisher üblichen Regelung der Stimmrechtsverteilung in Wasserverbänden.

Wenngleich die Willensbildung des Verbandes im Hinblick auf seine raumplanerische Bedeutung nur unter dem Teilaspekt der Stimmrechtsverteilung untersucht wird, ist es erforderlich, einen Überblick über die Gesamtorganisation des Verbandes zu verschaffen; denn nur im Rahmen der Gesamtorganisation lässt sich die funktionelle Bedeutung der Stimmrechtsverteilung erkennen. Dabei soll zur besseren Hervorhebung der Besonderheiten der Stimmrechtsverteilung im

Grossen Erftverband die bisher übliche Stimmrechtsverteilung in Wasserverbänden vorangestellt werden.

1. Unterabschnitt: Die bisher übliche Regelung der Stimmrechtsverteilung.

Die bisher übliche Regelung der Stimmrechtsverteilung soll nicht durch einen geschichtlichen Abriss dargestellt werden ¹⁾. Vielmehr soll versucht werden, was hier dienlicher ist, die rechtssystematische Entwicklungslinie darzustellen, wie sie in den Wasseroirtschaftsverbänden der preussischen Sondergesetzgebung ²⁾ ihren Niederschlag gefunden hat.

A. Die Regelung in der ursprünglichen Kerngestalt der Wasserverbände.

Die ursprüngliche Kerngestalt ³⁾ der Wasserverbände ist eine bestimmte Form ihrer inneren Verfassung. Hierbei handelt es sich um den verfassungsmässigen Grundtypus reiner Prägung, der sich bei Deichverbänden und den normalen, meist landwirtschaftlichen, Wassergenossenschaften findet, in denen Grundeigentum zum Schutz gegen Hochwasser oder zur Erzielung sonstiger ausnutzbarer Vorteile, wie beispielsweise eine verbesserte Be- oder Entwässerung, zusammengeschlossen sind. Soweit diese Kerngestalt die Stimmrechtsverteilung betrifft ⁴⁾, enthält sie folgende Grundsätze: "Von dem Vorhandensein des Vorteiles ist die Hinzuziehung als Mitglied abhängig, von dem verschiedenen Umfange des Vorteiles die verschiedene Höhe der Beitragslast, von der verschiedenen Beitragslast der dieser Verschiedenheit entsprechende Stimmanteil in der Mitgliederversammlung, die frei den Vorstand wählt." ⁵⁾

1) Zur allgemeinen Rechtsentwicklung des Wasserverbandsrechtes vom Beginn des Kaiserreiches bis zum Erlass der Ersten Wasserverbandsverordnung vom 3.9.1937 vgl. Klein-Leidel, ZgGenW Bd. 10 (1960), S.2-5.

2) Vgl. § 191 Abs. 2 WVO.

3) Der Begriff "ursprüngliche Kerngestalt" ist entlehnt von Linckelmann, Kerngestalt, S.10.

4) Zur "Kerngestalt" gehört ferner die genossenschaftliche Gesamthaftung für Ausfälle, was hier jedoch nicht besonders interessiert; vgl. dazu Linckelmann, Kerngestalt, S.10 und S.37, sowie § 83 WVO und die Anm. zu § 83 bei Bochall-Linckelmann.

5) Linckelmann, Kerngestalt, S.10 und S.37.

B. Die grundsätzliche Weiterentwicklung der Regelung in den wasserwirtschaftlichen Verbänden der preussischen Sondergesetzgebung.

I. Die noch bestehenden sondergesetzlichen Verbände.

Die wasserwirtschaftlichen Verbände ¹⁾, die nicht nach den Vorschriften des preussischen Wassergenossenschaftsgesetzes ²⁾ oder später ³⁾ nach den Vorschriften des preussischen Wassergesetzes über die Wassergenossenschaften ⁴⁾, sondern durch preussische Sondergesetze gegründet wurden, sind: Die Emschergenossenschaft ⁵⁾, der Ruhrtalesperrenverein ⁶⁾, der Ruhrverband ⁷⁾, die Linksnieder-rheinische Entwässerungsgenossenschaft ⁸⁾ und der Lippeverband ⁹⁾. Ausserdem gehören an sich auch der Niersverband ¹⁰⁾, der Schwarze-Elster-Verband ¹¹⁾ und der Wupperverband ¹²⁾ dazu. Die sondergesetzlichen Vorschriften dieser Verbände sind jedoch durch § 191 Abs. 1 WVO aufgehoben worden, so dass nunmehr allein die Vorschriften der Ersten Wasserverbandsverordnung für sie massgebend sind ¹³⁾. Sie sollen deshalb für die weitere Betrachtung ausscheiden.

Die Stimmrechtsverteilung in den fünf sondergesetzlichen Verbänden ist von besonderem Interesse für die Herausarbeitung der besonderen Regelung im Grossen Erftverband; denn die organisatorische Ausgestaltung des Grossen Erftverbandes hat zwar die preussischen Sondergesetze zum Vorbild gehabt ¹⁴⁾, weicht aber zum Teil erheblich von ihnen ab.

-
- 1) Wegen des räumlichen und sachlichen Umfanges ihres Aufgabengebietes werden sie im Gegensatz zu den wesentlich kleineren Wasser- und Bodenverbänden, für die die Vorschriften der Ersten Wasserverbandsverordnung massgebend sind, im Sprachgebrauch allgemein als Wasserwirtschaftsverbände bezeichnet. - Vgl. dazu Linckelmann, Kerngestalt S.10.
 - 2) Vom 1. April 1879 (GS. S.279).
 - 3) Das Wassergenossenschaftsgesetz ist durch § 399 Abs. 2, Ziff.11 WG aufgehoben worden.
 - 4) §§ 206-283 WG.
 - 5) Siehe Abkürzungsverz. unter "EmschG".
 - 6) Siehe Abkürzungsverz. unter "RtspG".
 - 7) Siehe Abkürzungsverz. unter "RrhG".
 - 8) Siehe Abkürzungsverz. unter "LineG".
 - 9) Siehe Abkürzungsverz. unter "LippeG".
 - 10) Niersgesetz vom 22. Juli 1927 (GS. S.139).
 - 11) Gesetz, betreffend die Schwarze Elster, vom 28. April 1928 (GS. S.113).
 - 12) Wuppergesetz vom 8. Januar 1930 (GS. S.5).
 - 13) Vgl. dazu Bochalli-Linckelmann, Anm. 2 zu § 191.
 - 14) Entw., Allg. Begr. VII, S.35.

II. Die grundsätzliche Weiterentwicklung.

Die fünf sondergesetzlichen Verbände ¹⁾ haben als willensbildende Organe eine Genossenschaftsversammlung und einen Vorstand ²⁾.

1) Die Genossenschaftsversammlungen.

Die Stimmrechtsverteilung in den Genossenschaftsversammlungen dieser Verbände geht von dem klassischen Grundsatz aus: Stimmgewicht nach Beitragshöhe ³⁾. Von diesem Grundsatz haben sich folgende, rechtssystematisch zusammengestellte, prinzipielle Abweichungen entwickelt, die gerade in den preussischen Wasserwirtschaftsverbänden - mit Ausnahme der Emschergenossenschaft ⁴⁾ - ihren Niederschlag gefunden haben.

a) Begrenzung der Stimmanteile.

Bei der Bemessung der Stimmanteile nach den Grundsätzen der Kerngestalt gerät man bei jenen Verbänden in Schwierigkeiten, bei denen ein Mitglied oder eine Mitgliedergruppe mehr als die Hälfte aller Verbandsbeiträge aufzubringen hat. Das trat beispielsweise schon früh ⁵⁾ in landwirtschaftlichen Verbänden auf, in denen die Beitragsanteile nach der Flächengröße berechnet werden und einem Mitglied mehr als die Hälfte des Verbandsgebietes gehörte. Um eine Majorisierung in den Organen durch ein Mitglied zu vermeiden, mussten Stimmanteile von mehr als 50% verhindert werden. Es hat sich deshalb in Abweichung und Ergänzung des Grundsatzes die Regel herausgebildet, dass in Wasserverbänden, den mehr als zwei Mitglieder angehören, kein Mitglied mehr als 2/5 aller Stimmen auf sich vereinigen darf ⁶⁾. Diese Regel, die fast wörtlich in die Erste Wasserverbandsordnung Eingang gefunden hat (§ 56 Abs. 4 WVO), findet sich auch in einigen preussischen Wasserwirtschaftsverbänden wieder. So darf beim Lippeverband die Mitgliedergruppe "Bergwerke" nicht mehr als 40% ⁷⁾ und beim Ruhrtalsperrenverein sogar kein Mitglied mehr als 1/3 aller Stimmen ⁸⁾ führen.

1) Sie werden im folgenden kurz als "preussische Wasserwirtschaftsverbände" bezeichnet.

2) Vgl. § 3 des Statutes der Emschergenossenschaft vom 19. März 1906; § 6 RtspG; § 8 RrhG; § 6 LinegG; § 9 LippeG.

3) Vgl. § 4 Abs. 1 EmschG; § 7 RtspG; § 9 RrhG; § 8 LinegG; § 10 LippeG.

4) Bei ihr ist der Grundsatz der Stimmrechtsverteilung ohne Abweichung durchgeführt.

5) Linckelmann, Kerngestalt, S.10 und S.37.

6) Linckelmann, a.a.O.

7) § 10 Abs. 8 LippeG.

8) § 3 Abs. 2, Satz 2 der Satzung des Ruhrtalsperrenvereines vom 26.9.1914.

b) Gewährung von Mindeststimmanteilen.

In neuerer Zeit führten die fortschreitende Industrialisierung und die meist mit ihr einhergehende engere Besiedlung zu einer immer grösseren Beanspruchung des Wasserhaushaltes. So trat durch den ständig wachsenden Wasserbedarf Mangel an Wasser auf, die Einleitung der Abwässer von Industrie und Bevölkerung brachte nicht mehr tragbare Verschmutzungen der Wasserläufe mit sich, und in Bergbaugebieten entstanden darüberhinaus Bodensenkungen, in denen sich Wasser ansammelte ¹⁾. Die Verhütung und Beseitigung dieser Schäden stellte der Wasserwirtschaft neue Aufgaben. Ihre Bewältigung führte zur Bildung von industriellen Wasserverbänden, zu denen insbesondere die preussischen Wasserwirtschaftsverbände gehören ²⁾.

Diese Verbände schliessen in ihre Aufgaben, soweit sie in erster Linie in einer Schadenverhütung, Schadenminderung und Schadenbeseitigung bestehen, notwendig den Interessenausgleich verschiedener Wassernutzer ein ³⁾. Ein derartiger Ausgleich kann aber nur dann Erfolg haben, wenn alle von den Verbandsmassnahmen berührten Wassernutzer in den Organen mitbestimmend vertreten sind ⁴⁾. Das führte dazu, dass man, abweichend vom Vorteilsprinzip, zunächst einmal die Schädiger als Mitglied ⁵⁾ und zu den Verbandslasten ⁶⁾ heranzog und ihnen ihrer Beitragspflicht entsprechende oder nach oben begrenzte Stimmanteile in der Verbandsversammlung einräumte. Andererseits war und ist es erforderlich, um einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen am Wasserschatz zu erreichen und zu sichern, dass auch die Geschädigten und Gefährdeten in den Verband als Mitglieder aufgenommen und ihnen durch die Gewährung von Stimmrechten Mitsprache- und Entscheidungsbefugnisse in der Verbandsversammlung zubilligt wurden ⁷⁾.

Dieses Ziel lässt sich durch ein uneingeschränktes Festhalten an dem Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" nicht erreichen, da die Verbandsmassnahmen für die Gefährdeten und Geschädigten vielfach über eine Schadenverhütung und Schadenbeseitigung hinaus kei-

1) Linckelmann, Der Erftverband, S.262.

2) Ebenda.

3) Barocka, S.159; vgl. auch Linckelmann, Kerngestalt, S.10.

4) Barocka, S.159.

5) Vgl. § 1 RtspG; § 4 RrhG; § 2 LinegG; § 6 LippeG.

6) Vgl. § 6 EmschG; §§ 14-19 RtspG; § 12 RrhG; § 11 LinegG; § 12 LippeG.

7) Barocka, S.159.

ne Vorteilswirkungen erwarten lassen und sie deshalb keine Beiträge aufzubringen haben ¹⁾. Dazu ist vielmehr erforderlich, ihnen bestimmte, von einer Beitragspflicht unabhängige Stimmanteile, sog. Mindeststimmanteile, zu gewähren.

Die Festlegung von Mindeststimmanteilen ist das der Begrenzung von Stimmanteilen entgegengesetzte Mittel, in gemischten ²⁾ Wasser- und Bodenverbänden unter Durchbrechung des Grundsatzes einen Interessenausgleich schon bei der Willensbildung in den Verbandsorganen, und nicht erst durch das Korrektiv der Aufsichtsbehörde zu erreichen..

Die Zubilligung von Mindeststimmanteilen hat in den preussischen Wasserwirtschaftsverbänden, die als typische gemischte Wasserverbände anzusprechen sind, ihren Niederschlag gefunden. So hat der Ruhrtalsperrenverein beim Ruhrverband ³⁾ mindestens ein Viertel aller Stimmen und haben die Gemeinden eines Landkreises zusammen mindestens ein Stimme ⁴⁾. - Bei der Lineg ⁵⁾ müssen mindestens drei Achtel der Genossenschaftsversammlung aus den Landräten der Kreise Moers, Geldern und Kleve und den Abgeordneten der Gemeinden bestehen. - Im Lippeverband ⁶⁾ hat das Land Nordrhein-Westfalen als Rechtsnachfolger ⁷⁾ Preussens mindestens 10 von Hundert aller Stimm-einheiten; ferner ⁸⁾ hat die Stadt Wesel, soweit sie nicht auf Grund ihrer Beiträge stimmberechtigt ist, eine von der Zahlung eines Beitrages unabhängige Stimme.

c) Von jeglicher Beitragspflicht unabhängige Stimmrechte.

In den preussischen Wasserwirtschaftsverbänden ist ferner die von dem Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" abweichende Besonderheit anzutreffen, dass bestimmte Personen von jeglicher Beitragspflicht unabhängige Stimmrechte besitzen. So sind im Ruhrverband ⁹⁾ und in der Lineg ¹⁰⁾ die Geschäftsführer stimmberechtigte Mitglieder der Genossenschaftsversammlung. In der Lineg haben darüberhin-

1) Barocka, S.159; Linckelmann, Kerngestalt, S.10.

2) Das sind solche Verbände, in denen Mitglieder mit verschiedenen, sich widersprechenden Interessen vereinigt sind; vgl. dazu Barocka, S.158 ff.

3) § 9 Abs. 5 RrhG.

4) § 9 Abs. 4 RrhG.

5) § 8 Abs. 3 LinegG.

6) § 10 Abs. 5 LippeG.

7) Jahrbuch des deutschen Bergbaues 1955, IX B, S.923 und 1955, IX B, S.1127.

8) § 10 Abs. 6 LippeG.

9) § 9 Abs. 2 RrhG.

10) § 7 LinegG.

aus die drei Landräte der Kreise Moers, Geldern und Kleve je eine Stimme. Im Lippeverband ist den Vertretern der Landkreise Dinslaken, Rees, Recklinghausen und Coesfeld "je eine von der Zahlung eines Beitrages unabhängige Stimme" ¹⁾ eingeräumt; ferner ²⁾ hat die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin ³⁾ des Reiches ohne Beitragspflicht 5 von Hundert aller Stimmeneinheiten.

d) Ergebnis.

Die Stimmrechtsverteilung in den Genossenschaftsversammlungen der preussischen Wasserwirtschaftsverbände ist noch an dem Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" orientiert und hält an ihm fest ⁴⁾. Im ältesten dieser Verbände, der Emschergenossenschaft ⁵⁾, ist dieses Prinzip noch ohne Durchbrechungen durchgeführt. Die meisten Abweichungen finden sich beim jüngsten dieser Verbände, dem Lippeverband ⁶⁾, der hinsichtlich des Umfanges der Genossenschaftsaufgaben dem Grossen Erftverband am nächsten steht ⁷⁾. Da auch nach der Ersten Wasserverbandsverordnung die Stimmrechtsverteilung von dem Grundsatz ausgeht und keine weiteren als die bei den preussischen Wasserwirtschaftsverbänden aufgezeigten Durchbrechungen kennt ⁸⁾, ist festzustellen, dass die bisher übliche Regelung der Stimmrechtsverteilung in der Genossenschaftsversammlung mit den genannten Abweichungen an dem Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" festhält.

2. Die Vorstände.

Nach der ursprünglichen Kerngestalt der Wasserverbände wird der Vorstand von der Genossenschaftsversammlung frei gewählt.

An diesem Grundsatz haben auch die preussischen Wasserwirtschaftsverbände ⁹⁾ festgehalten. Davon bestehen nur geringfügige Abweichungen. Einmal finden sich bei allen Verbänden einzelne Vorschriften, wonach Vertreter bestimmter Personen- oder Mitgliedergruppen und von einzelnen Mitgliedergruppen mehrere Vertreter zu wählen sind. Das Lippegesetz kennt ferner die Besonderheit ¹⁰⁾, dass je ein

-
- 1) § 10 Abs. 6 LippeG.
 - 2) § 10 Abs. 4 LippeG.
 - 3) Jahrbuch des deutschen Bergbaues 1951, IX B, S.923 und 1955, IX B, S.1127.
 - 4) Linckelmann, Kerngestalt, S.11.
 - 5) § 4 Abs. 1 EmschG.
 - 6) § 10 LippeG.
 - 7) Vgl. § 2 LippeG.
 - 8) Vgl. §§ 62, 56 WVO.
 - 9) § 6 des Statuts der Emschergenossenschaft vom 19. März 1906; § 10 RtspG; § 11 RrhG; § 10 LineG; § 11 LippeG.
 - 10) § 11 LippeG.

Vorstandsmitglied vom "Reich" und von "Preussen" bestellt, also nicht von der Genossenschaftsversammlung gewählt wird.

Die Abweichungen der Ersten Wasserverbandverordnung halten sich in gleich engem Rahmen ¹⁾.

2. Unterabschnitt: Die Organisation des Grossen Erftverbandes.

A. Verbandsmitgliedschaft und -aufgabe.

Eine Gegenüberstellung von Verbandsaufgabe und -mitgliedschaft zeigt, aus welchem Interesse das einzelne Verbandsmitglied bzw. die einzelne Mitgliedergruppe zum Verband gehört.

I. Die Verbandsaufgabe.

Dem Verband sind mit der Regelung der Wasserwirtschaft im Verbandsgebiet ²⁾ sämtliche wasserwirtschaftlichen Aufgaben dieses Raumes übertragen. Das stellt zwar keine absolute Neuheit im Wasserverbandsrecht dar, ist jedoch bisher nur im Lippeverband ³⁾ vorgesehen.

Im Mittelpunkt stehen die Sicherung der Wasserversorgung, die Unschädlichmachung der Abwässer sowie die Erhaltung und Verbesserung der Vorflut. Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat der Verband nicht nur die notwendigen Untersuchungen und Feststellungen zu treffen; er ist darüberhinaus vor allem auch Träger der dazu erforderlichen Planungs- und Baumassnahmen ⁴⁾.

II. Die Verbandsmitglieder.

Eine derart umfassende Aufgabe hat zwangsläufig zur Folge, dass die Zahl der Verbandsmitglieder sehr gross wird, da möglichst jede Person als Mitglied herangezogen werden muss, die von der Erfüllung der Verbandsaufgaben in irgendeiner Weise berührt wird ⁵⁾.

Wer Mitglied des Grossen Erftverbandes ist, bestimmt das Gesetz ⁶⁾, § 6. Auf den Willen der Betroffenen, insbesondere auf ihre Zustim-

1) Vgl. § 48 WVO.

2) Vgl. § 2.

3) Vgl. § 2 LippeG.

4) Entw., Allg. Begr. VII, S.36.

5) Entw., Begr. zu § 6, S.38.

6) Vgl. dazu Larenz-Wüsthoff, S.18.

mung zum Verbandsbeitritt, kommt es hierbei nicht an ¹⁾. Insofern gilt das Gleiche wie bei der Verbandsgründung nach der Ersten Wasserverbandsverordnung ²⁾ und bei den preussischen Wasserwirtschaftsverbänden ³⁾.

Nach § 6 sind Mitglieder des Verbandes:

1. Die jeweiligen Eigentümer der im Verbandsgebiet gelegenen Braunkohlenbergwerke, und zwar der
 - a) unverritzten Felder
 - b) betriebenen und
 - c) stillgelegten Bergwerke mit ihren Nebenbetrieben;
2. die jeweiligen Eigentümer der im Verbandsgebiet gelegenen, nicht unter 1) und 5) fallenden Anlagen zur Elektrizitätserzeugung mit wenigstens 50 000 installierten KW. Hierunter fallen insbesondere die Kraftwerke der Elektrizitätsgesellschaften;
3. die jeweiligen Eigentümer der Anlagen,
 - a) durch die sie im Verbandsgebiet Wasser für ihre öffentlichen Wasserversorgungsbetriebe gewinnen;
 - b) zur öffentlichen Abwasserbeseitigung, durch die Abwasser im Verbandsgebiet eingeleitet wird;
4. die jeweiligen Eigentümer aller übrigen im Verbandsgebiet gelegenen industriellen, gewerblichen und sonstigen Anlagen und Betriebe, die
 - a) Wasser ableiten oder fördern oder
 - b) Abwasser oder Kühlwasser einleiten, vorausgesetzt, dass ihre Einwirkungen auf den Wasserhaushalt des Verbandsgebietes eine

1) Damit wird das Problem der Zwangsmitgliedschaft aufgeworfen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Verfassungsmässigkeit der Zwangsmitgliedschaft im Grossen Erftverband, die vorher von Larenz-Wüsthoff, S.8 f, bezweifelt worden war, festgestellt, BVerfGE Bd. 10, S.112 ff. Ihm folgend Rietdorf, S.671 ff; Linckelmann, Lehrbegriff, S.815; Wittekind, Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, S.337 f. - Bereits vor der Gründung des Grossen Erftverbandes wurde die Zwangsmitgliedschaft im Rahmen des § 166 WVO diskutiert. Ihre Zulässigkeit wurde bejaht von Weber, Staatsverwaltung, S.40; Kirdorf, Zwangsprinzip, S.51 f; mit Einschränkung auch Krieselmeier, S.849 ff; ablehnend Klüber, S.12. - Eine ins einzelne gehende Auseinandersetzung mit dem Problem der Zwangsmitgliedschaft würde hier zu weit führen.

2) § 166 WVO.

3) Vgl. § 1 EmschG; § 1 RtspG; § 4 RrhG; § 2 LinegG; § 2 LippeG. - Vgl. dazu auch Larenz-Wüsthoff, S.18.

- verhältnismässig erhebliche Bedeutung haben ¹⁾ und dass sie nicht bereits nach Nr. 1 oder 2 Mitglieder sind;
5. die jeweiligen Eigentümer von im Verbandsgebiet gelegenen Wassertriebwerken (Wasserkraftanlagen) mit wenigstens 25 installierten PS;
 6. die Landkreise Euskirchen, Bonn, Köln, Bergheim, Schleiden, Düren, Jülich, Erkelenz, Grevenbroich sowie die kreisfreien Städte Köln, Rheydt und Neuß;
 7. die Kreisstellen der Landwirtschaftskammer Rheinland für die in Ziff. 6 genannten Landkreise und kreisfreien Städte als Vertreter der Land- und Forstwirtschaft des Verbandsgebietes;
 8. die Erftfischereigenossenschaft Bergheim.

III. Das Interesse der einzelnen Mitglieder an der Erfüllung der Verbandsaufgabe ²⁾.

Wie die einzelnen Mitglieder von der Erfüllung der Verbandsaufgabe berührt werden und welches Interesse sie demzufolge an ihr haben, ist bei den einzelnen Mitgliedern nach Art und Umfang verschieden. Dennoch lassen sich bestimmte Interessengruppen erkennen, die die Interessenvielfalt ordnend zusammenfassen. Dabei sei jedoch schon vorweg betont, dass diese Ordnungsversuche nur bedingten Wert besitzen, da ein Mitglied in den seltensten Fällen nur eines bestimmten Interesses wegen dem Verband verhaftet ist und die Einordnung in diese oder jene Gruppe nach Schwerpunkten erfolgt.

1. Mitglieder mit unmittelbar eigenen Interessen.

Die Mitglieder mit unmittelbar eigenen Interessen lassen sich untergliedern in Schädiger, Geschädigte und Gefährdete und solche mit Vorteilen.

a) Schädiger.

Als Schädiger sind alle Mitglieder anzusehen, die durch ihre Eingriffe auf den Wasserhaushalt einwirken. Dazu gehören neben den Wasserrentnehmern auch die Einleiter.

aa) Die Wasserrentnehmer.

Als Wasserrentnehmer kommen alle Mitglieder des Verbandes in Be-

1) Wann Einwirkungen "eine verhältnismässig erhebliche Bedeutung haben," bestimmt § 6 Abs. 2 und die auf Grund dieser Vorschrift erlassene "Verordnung über die Mitgliedschaft im Grossen Erftverband" vom 13. Mai 1959 (GV. NW. 1959, S.105).

2) Zum folgenden vgl. Entw., Begr. zu § 6, S.38ff.

tracht, die dem Wasserhaushalt Wasser entnehmen, ganz gleich, ob die Entnahme aus Wasserläufen, Quellen, aus dem Grundwasser oder in sonstiger Weise erfolgt. Dazu gehören in erster Linie die Braunkohlenbetriebe mit ihren Aufbereitungs- und Nebenanlagen durch ihre Grundwasserentnahme. Daneben zählen aber auch die Kraftwerke und die Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung dazu, ferner die industriellen, gewerblichen und sonstigen Anlagen und Betriebe, die eigene Wasserentnahmeanlagen haben.

bb) Die Einleiter.

Als Einleiter sind alle Mitglieder des Verbandes anzusehen, die dem natürlichen Wasserschatz Wasser wieder zuführen, ganz gleich, ob die Einleitung in die oberirdischen Gewässer oder das Grundwasser erfolgt. Dabei sind die Verschmutzer besonders hervorzuheben. Hierzu sind zunächst die bergbaulichen, aber auch die anderen industriellen und gewerblichen Betriebe zu rechnen; ferner gehören dazu die Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit ihnen die Beseitigung der Abwässer obliegt. Die Einleiter müssen über die von ihnen verursachten Verschmutzungen hinaus aber auch insoweit dem Verband als Mitglied angehören, als durch ihre Einleitung die Unterhaltung der Vorflut erschwert wird.

Als Schädiger, die sich weder zu den Wasserentnehmern noch zu den Einleitern gruppieren lassen, können ausserdem die Triebwerksbesitzer in Betracht kommen, soweit sie durch ihre Stauanlagen und sonstigen Wassernutzungen die Wasserführung der Wasserläufe nachteilig beeinflussen.

b) Geschädigte und Gefährdete.

Neben den Schädigern haben auch die durch sie geschädigten und gefährdeten Interessenten am Wasserschatz ein unmittelbar eigenes Interesse an der Erfüllung der Verbandsaufgabe, die auch die Verhütung und den Ausgleich der Schäden und Gefahren mit einschliesst.

Zu ihnen gehören an sich die landwirtschaftlichen Betriebe, soweit durch die Verschmutzung der oberirdischen Gewässer die Viehtränke gefährdet und insbesondere durch die Grundwasserentnahmen in Form der grossräumigen Absenkung das pflanzliche Wachstum gefährdet ist und geschädigt wird. Die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber sind jedoch insoweit nicht Verbandsmitglieder; ihre Interessen werden von der Mitgliedergruppe "Landwirtschaft" repräsentiert und

weargenommen. Ferner sind aber auch diejenigen schon unter den Schädigern aufgeführten Wasserentnehmer dazuzuzählen, deren Wasserbedarfsdeckung durch die Grundwasserabsenkung des Bergbaues beeinträchtigt wird. Hinzu kommt die Erftfischereigenossenschaft in Bergheim als Mitglied gem. § 6 Abs. 1, Ziff. 8, die die Fischereianglegenheiten auf der Erftstrecke von der Kreisgrenze Euskirchen/Bergheim bis zur Mündung bei Neuß betreut.

c) Mitglieder mit Vorteilen.

Als Vorteil, der nach Wasserverbandsrecht zur Heranziehung als Mitglied zu einem Verband berechtigt, gilt der Reinvorteil, d.i. ¹⁾ der dem einzelnen nach Abzug aller Aufwendungen und Verbandslasten verbleibende wirtschaftliche Nutzen ²⁾, der dem Mitglied aus der Durchführung der Verbandsaufgabe erwächst. Dabei wird als Vorteil auch die Abnahme oder die Erleichterung einer Pflicht und die Möglichkeit angesehen, Massnahmen des Verbandes zweckmässig und wirtschaftlich auszunutzen ³⁾.

Danach sind von den Wasserentnehmern, die bereits als Schädiger herausgestellt wurden, die Braunkohlenbergwerke auch als Vorteilhabende zu nennen, soweit ihnen durch Verbandsmassnahmen Schadensersatzverpflichtungen aus § 148 ABG abgenommen werden ⁴⁾, die durch die Grundwasserabsenkungen entstehen können. - Von den Einleitern, die als solche auch Schädiger sind, gehören diejenigen ebenfalls zu den Vorteilhabenden, denen der Verband durch seine Massnahmen die Pflicht, Abwässer von der Einleitung zu reinigen, abnimmt. Ausserdem sind die Triebwerksbesitzer hierher zu zählen, soweit ihnen beispielsweise durch den Ausgleich der Wasserführung durch Hochwasserschutz und dgl. ausnutzbare Vorteile erwachsen.

An sich wären hier auch die Unterhalter der Wasserläufe zu erwähnen, soweit der Verband die Unterhaltung der Wasserläufe selbst übernimmt. Die Unterhalter, die in der Regel aus Anliegern und Benutzern, aber auch aus Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie aus Wasser- und Bodenverbänden bestehen, sind jedoch selbst nicht Mitglied des Grossen Erftverbandes, sondern werden von den Kreisen repräsentiert.

1) Bochalli-Linckelmann, Anm. 2 zu § 153.

2) Barocka, S.158.

3) Bochalli-Linckelmann, Anm. 2 zu § 153 und Anm. 1 zu § 81; vgl. auch § 38 Abs. 1.

4) Vgl. dazu § 12 Abs. 2.

2. Mitglieder als Repräsentanten fremder Interessen.

Den Mitgliedern, die ein unmittelbar eigenes Interesse an der Durchführung der Verbandsaufgabe haben, stehen diejenigen Mitglieder gegenüber, die fremde, unmittelbar andere ~~angehende~~ Interessen wahrnehmen.

Das gilt zunächst für die Mitgliedergruppe "Landkreise und kreisfreie Städte". Sie repräsentiert einmal die Interessen der "Unterhalter", die selbst nicht Mitglieder des Verbandes sind, aber durch seine Massnahmen unmittelbar berührt werden können. Zum anderen hat sie gem. § 6 Abs. 3 die Interessen derjenigen Eigentümer mit wahrzunehmen, die die Mindestvoraussetzung für die Mitgliedschaft nicht erfüllen. Die Heranziehung der Landkreise und kreisfreien Städte als Mitglieder anstelle der unmittelbar Interessierten dient in erster Linie der Verwaltungsvereinfachung. Dem Verband bleibt es dadurch erspart, sich mit den einzelnen Interessenten selbst auseinanderzusetzen und Verbandsbeiträge von ihnen beizutreiben; denn nach dem Erftverbandsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte anstelle der Unterhalter und Eigentümer gem. § 6 Abs. 3 Beitragsschuldner gegenüber dem Verband, und es bleibt ihnen überlassen, die zu zahlenden Beiträge auf die Beteiligten umzulegen und von ihnen beizutreiben. (§ 38 Abs. 2).

Aus dem gleichen Grunde - um eine Verwaltungsvereinfachung zu erreichen - sind anstelle und als Vertreter der unmittelbar interessierten Land- und Forstwirte des Verbandsgebietes die Kreisstellen der Landwirtschaftskammer Rheinland für die gleichen Landkreise und kreisfreien Städte als Mitglieder herangezogen worden (§ 6 Abs.1, Nr. 7).

3. Mitglieder als Wahrer der Allgemeininteressen.

Neben den Mitgliedern, die unmittelbar eigene oder fremde Interessen wahrnehmen, stehen diejenigen Mitglieder, die als Wahrer und Repräsentanten der übergeordneten Allgemeininteressen angesprochen werden können. Als solche sind insbesondere die kommunalen Körperschaften ¹⁾ anzusehen, denen als Ausfluss der allgemeinen Daseinsvorsorge die Wasserversorgung obliegt. Hierzu gehören die Gemeinden und Gemeindeverbände, die als Träger der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung gem. § 6 Abs. 1, Ziff. 3 Mitglieder des Verbandes sind, sowie die Landkreise und

1) Über die ausgleichende Funktion von kommunalen Körperschaften in gemischten Wasserverbänden vgl. Barocka, S.162 f.

kreisfreien Städte der Mitgliedergruppe gem. § 6 Abs. 1, Ziff. 6. Darüber hinaus dürften auch die Kreisstellen der Landwirtschaftskammer Rheinland gem. § 6 Abs. 1, Ziff. 7 als öffentlich-rechtliche Institutionen darauf bedacht sein, über die ihnen besonders anvertrauten Interessen der Land- und Forstwirtschaft hinaus auch die übergeordneten Belange der Allgemeinheit zu berücksichtigen.

IV. Der Grosse Erftverband, ein gemischter Wasserverband.

Aus der Zusammenstellung der Interessen, die die einzelnen Mitglieder an der Erfüllung der Verbandsaufgaben haben, ergibt sich, dass der Grosse Erftverband als ein typischer gemischter ¹⁾ Wasserverband anzusehen ist, d.h. in ihm sind Mitglieder mit verschiedenen, widerstreitenden Interessen an der Nutzung des Wasserschatzes im Verbandsgebiet vereinigt. Dabei kann jedoch festgestellt werden, dass zwischen den einzelnen Mitgliedern nicht nur reine Interessengegensätze bestehen, sondern dass auch den Schädigern aus der Erfüllung der Verbandsaufgabe Vorteile erwachsen können und darüber hinaus alle Mitglieder gemeinsame Interessen verbinden, die insbesondere an die Sicherung der Wasserversorgung geknüpft sind. So sind die verschiedenen Wasserverbraucher und die Eigentümer öffentlicher Wasserversorgungsbetriebe an einer Regelung der Wasserversorgung interessiert, weil sie das Wasser benötigen, und die Bergwerksbetriebe, weil eine geregelte Wasserversorgung Voraussetzung dafür ist, dass auch die Kohle in den tieferen Schichten abgebaut werden darf ²⁾. Diese Tatsache begünstigt die Möglichkeit des Interessenausgleiches, der in der Verbandsaufgabe mit enthalten und durch deren Erfüllung zu verwirklichen ist. Mittel des Ausgleiches ist die Durchführung der Verbandsunternehmen ³⁾.

B. Die Regelung der Beitragspflicht.

Der Grosse Erftverband finanziert sich aus den Beiträgen seiner Mitglieder. Sie haben ihm, wie es bisherigem Wasserverbandsrecht entspricht ⁴⁾, die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner

1) Vgl. dazu Barocka, Die Regelung der Mitgliedschaft... in "gemischten" Wasser- und Bodenverbänden, WuB, 1956, S.158 ff.

2) Vgl. dazu BVerGE Bd. 10, S.105 f.

3) Vgl. dazu Barocka, S.159.

4) Vgl. § 78 WVO; ferner § 5 EmschG; § 12 RtspG; § 12 RfhG; § 11 LinegG; § 12 LippeG.

Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind ¹⁾. Die Beiträge bestehen grundsätzlich ²⁾ in Geldleistungen.

Die Art, wie die Beiträge auf die einzelnen Mitglieder verteilt werden und aufzubringen sind, ist teilweise abweichend vom bisher geltenden Wasserverbandsrecht geregelt.

Das Erftverbandsgesetz unterscheidet ³⁾ zwischen Beiträgen von Verbandsmitgliedern ⁴⁾ und von sog. Nutznießern ⁵⁾.

I. Die Beitragspflicht der Verbandsmitglieder.

Die Beitragspflicht der Verbandsmitglieder gliedert sich in eine allgemeine Beitragslast und in eine besondere Beitragslast des Bergbaues.

1. Die allgemeine Beitragslast.

a) Beitragsmaßstab.

Der Maßstab, nach dem sich die allgemeine, d.h. grundsätzlich alle Verbandsmitglieder betreffende Beitragslast auf die einzelnen Mitglieder verteilt, beruht auf dem bisher üblichen "Vorteil-Schadens-Prinzip" ⁶⁾ und ist in Übereinstimmung ⁷⁾ mit § 81 WVO in § 38 Abs.1 geregelt.

Danach haben die Mitglieder Beiträge aufzubringen im Verhältnis der Vorteile, die sie von den Aufgaben des Verbandes haben, und der Lasten, die der Verband auf sich nimmt, um ihren schädigenden Einwirkungen zu begegnen oder um ihnen Leistungen abzunehmen. Dabei sind Vorteile auch die Erleichterung einer Pflicht eines Verbandsmitgliedes und die Möglichkeit, die Massnahmen des Verbandes zweckmässig und wirtschaftlich auszunutzen.

Das Gesetz stellt klar ⁸⁾, dass Massnahmen, die der Verband zur Verhütung oder zum Ausgleich von schädigenden Einwirkungen von Mitglie-

1) § 37 Abs. 1.

2) § 37 Abs. 2.- Gem. § 37 Abs.3 kann die Abgeltung von Beiträgen auch durch Dienst-, Werk- und Sachleistungen zugelassen werden; vgl.dazu auch § 79 WVO.

3) Ebenso die §§ 78 ff und 95 WVO und § 21 LippeG.

4) §§ 37, 38, 41-43.

5) § 40.

6) Vgl. § 6 Abs. 2 EmschG; §§ 14-19 RtspG; § 2 RrhG; § 11 Abs.2 LinegG; § 12 Abs.2 und Abs.3 LippeG.

7) Vgl.Entw., Begr. zu § 35, S.48.

8) § 38 Abs. 1 Satz 3.

dern durchführt, den Begünstigten nur insoweit als Vorteile angerechnet werden können, als sie hierdurch eigene Aufwendungen ersparen. Diese Bestimmung soll verhindern, dass geschädigten Mitgliedern die Beseitigung des Schadens bereits als Vorteil angerechnet wird. Würden beispielsweise bisherige Entnehmer von Grundwasser, die diese Möglichkeit infolge bergbaubedingter Grundwasserabsenkungen verlieren, vom Verband Ersatzwasser erhalten, so könnte ihnen die Lieferung des Ersatzwassers selbst nicht schon als Vorteil angerechnet werden, sondern nur die Ersparnis, die sie bei unbeeinflusstem Zustand für die eigene Förderung hätten machen müssen ¹⁾. Dieser Grundsatz ist für Ersatzwassermassnahmen des Verbandes in § 41 Abs. 5, der systematisch auch unmittelbar hinter § 38 Abs. 1 stehen könnte ²⁾, noch weiter präzisiert und erweitert ³⁾.

b) Beitragsschuldner.

Nach den aufgezeigten Maßstäben sind grundsätzlich a l l e Verbandsmitglieder zur Beitragsleistung verpflichtet. Davon bestehen in verschiedener Hinsicht Abweichungen nach § 38 Abs. 2 bis Abs. 4.

Das gilt zunächst für die Mitglieder der Gruppe "Landkreise und kreisfreie Städte" (§ 6 Abs. 1, Ziff. 6) gem. § 38 Abs. 2. Einmal sind sie, obwohl sie insoweit nach den allgemeinen Maßstäben an sich keine Beitragspflicht träge, a n S t e l l e der Eigentümer und Unternehmungen im Sinne des § 6 Abs. 1, Ziff. 2, 4 und 5, die die dort festgelegten oder nach § 6 Abs. 2 festzulegenden Mindestvoraussetzungen für die Mitgliedschaft nicht erfüllen, nach Massgabe der allgemeinen Maßstäbe des § 38 Abs. 1 zu Beiträgen heranzuziehen ⁴⁾. Zum anderen haben sie die Beiträge für diejenigen Kosten, die dem Verband durch den Ausbau und die Unterhaltung der Wasserläufe entstehen, a n t e i l i g, also abweichend vom allgemeinen Maßstab, zu tragen ⁵⁾. - In beiden Fällen sind die Landkreise und kreisfreien Städte berechtigt, die von ihnen aufzubringenden Beiträge nach Massgabe der §§ 5 und 10 des preussischen Kreis- und Provinzialabgabengesetzes ⁶⁾ abzuwälzen, wobei jedoch,

1) Entw., Begr. zu § 35, S.48 f.

2) Vgl. dazu Larenz-Wüsthoff, S.40, zu § 38 Abs. 5 des Entwurfes, der § 41 Abs. 5 des Gesetzes entspricht.

3) Vgl. Entw., Begr. zu § 38, S.53.

4) § 38 Abs. 2, Satz 1.

5) § 38, Abs. 2, Satz 2.

6) Vom 23.4.1906 (GS. S. 159).

wie nach bisherigem Recht ¹⁾, Doppelveranlagungen durch Verband und Kreis unzulässig sind ²⁾.

Abweichungen bestehen auch insofern, als bestimmte Mitglieder von Beitragsverpflichtungen ausgenommen sind oder entbunden werden können. - So sind die in § 6 Abs. 1 Nr. 7 genannten Mitglieder (Kreisstellen der Landwirtschaft) als Repräsentanten der Landwirtschaft **k r a f t G e s e t z e s** von jeglicher Beitragspflicht befreit. Dabei hat sich der Gesetzgeber davon leiten lassen, dass die Landwirtschaft Einwirkungen auf den Wasserhaushalt, durch die andere geschädigt werden, kaum vornimmt, sondern meist selbst nur als geschädigt erscheint. Er sah es deshalb für ausreichend an, dass Landwirte, soweit sie in erheblicherem Umfange in den Wasserhaushalt eingreifen, gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 als Verbandsmitglieder oder nach § 40 als Nutzniesser zu Beiträgen herangezogen werden ³⁾. - Andererseits kann **d u r c h B e s c h l u s s** des Verbandsausschusses festgelegt werden, ob und unter welchen Voraussetzungen Mitglieder, deren Jahresbeitrag den durch die Ermittlung und Hebung verursachten Aufwand an Verwaltungskosten nicht rechtfertigt, beitragsfrei bleiben sollen, § 38 Abs. 4 ⁴⁾.

Für Ausfälle von Beitragsleistungen nach § 38 haften die übrigen Beitragspflichtigen im Verhältnis der von ihnen aufzubringenden Beiträge. Eine Bestimmung dieses Inhaltes, die im Entwurf vorgesehen war ⁵⁾, ist zwar ins Gesetz nicht ausdrücklich übernommen worden. Der Grundsatz der Ausfallhaftung, der hergebrachten Wasserverbandsrecht entspricht ⁶⁾, folgt jedoch schon aus § 37 Abs. 1 ⁷⁾. Er lässt sich überdies durch Umkehrschluss aus § 41 Abs. 1, Satz 4 entnehmen, der die Ausfallhaftung grundsätzlich voraussetzt ⁸⁾.

1) § 13 Abs. 1 EmschG; § 25 Abs. 2 RtspG; § 19 Abs. 2 RrhG; § 18 Abs. 2 LinegG; § 19 Abs. 2 LippeG.

2) § 38 Abs. 2, Satz 6; vgl. dazu Entw., Begr. zu § 35, S.49.

3) Entw., Begr. zu § 35, S.49.

4) Entw., Begr. zu § 35, S.49.

5) § 36 Abs. 6 Entw..

6) Vgl. § 83 WVO; ferner § 26 RtspG; § 18 RrhG; § 17 LinegG; § 18 LippeG. - Vgl. dazu auch Linckelmann, Kerngestalt, S.10, 25 und 37.

7) Vgl. dazu den Hinweis auf § 78 WVO bei Bochalli-Linckelmann, Anm. zu § 83; ferner Entw., Begr. zu § 38, S.50.

8) Zur Veranlagung und Betreibung der Beitragsforderungen vgl. die §§ 39 und 44.

2. Die besondere Beitragslast des Bergbaues.

Die zur Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" (§ 6 Abs. 1, Ziff. 1a bis c) gehörigen Braunkohlenbergwerke trifft unabhängig von der allgemeinen Beitragspflicht aus § 38 eine besondere, von allen übrigen Mitgliedergruppen nicht aufzubringende Beitragslast nach den §§ 41-43. Dabei unterscheidet das Gesetz zwei Arten von besonderen Beitragsverpflichtungen: Laufende Beitragsverpflichtungen aus den §§ 41 und 43 ¹⁾ und Beitragsverpflichtungen zur Bildung einer Rücklage gem. § 42.

a) Die laufenden Beitragsverpflichtungen, §§ 41, 43.

aa) Zweck und Umfang.

Durch die besondere, in den §§ 41 und 43 geregelte Beitragslast ²⁾ sollen Aufwendungen gedeckt werden, die der Wahrung des öffentlichen Wohles gegen eingetretenen oder mögliche wasserwirtschaftliche Auswirkungen des Braunkohlenbergbaues dienen. Dabei handelt es sich im Gegensatz zu den für die Bildung der Rücklage aufzubringenden Geldern um solche Aufwendungen, die der Verband schon jetzt - in der Gegenwart und nicht erst künftig - zu machen hat, um bereits notwendig gewordene, diesem Zweck dienende Massnahmen durchzuführen. Das gilt insbesondere für diejenigen Aufwendungen, durch die die Wasserversorgung in gleicher Menge und Güte gesichert werden soll, wie sie vor der Einwirkung des Braunkohlenbergbaues möglich war. Dieser aufgezeigte Zweck der Beitragslast bestimmt auch ihren Umfang. Der Umfang findet eine allgemeine Begrenzung in der Vorschrift, dass der Verband die Mitglieder der Gruppe "Braunkohlenbergbau" gem. § 41 Abs. 1 nur mit solchen Beiträgen belasten darf, die er

-
- 1) Dieser Begriff wird im Gesetz selbst verwandt - vgl. § 42 Abs. 3, Satz 1 - und ist insofern treffend, als die Beitragsverpflichtungen aus den §§ 41, 43 regelmässig und dauernd zu erbringen sein werden, während die Zahlung von Beiträgen nach § 42 bei Erreichung der 200 Millionengrenze, also praktisch nach 20 Jahren, zunächst einmal eingestellt werden wird, § 42, Abs. 3, Satz 1.
- 2) Zur besonderen Beitragslast des Bergbaues aus § 38 Abs. 1 des Entwurfes (= § 41 Abs. 1 des Gesetzes), beurteilt vom Standpunkt des Bergrechtes, insb. des § 148 ABG in Verbindung mit § 249 BGB, vgl. Isay-Boldt, S.60 ff, S.62 f. Zur Vereinbarkeit der besonderen Beitragslast aus § 41 Abs. 1 mit Art. 2 GG vgl. BVerfGE Bd. 10, S.114 f.

"nach sachkundigem Ermessen für notwendig oder zweckmässig erachtet" ¹⁾.

Eine besondere Begrenzung und Konkretisierung des Umfanges der Beitragslast aus § 41 gibt § 43; er gilt nur für diejenige Beitragslast nach § 41, die aus Massnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung erwächst. Die in § 43 niedergelegten Grundsätze beruhen auf dem Prinzip der Schadensverursachung ²⁾. Danach sollen dem Braunkohlenbergbau alle Aufwendungen zur Finanzierung derjenigen Massnahmen angelastet werden, die erforderlich sind, um die Wasserversorgung des Verbandsgebietes in gleicher Menge und Güte so zu sichern, wie sie vor der Einwirkung des Braunkohlenbergbaues möglich war ³⁾.

bb) Beitragsmaßstab.

Den zu der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" gehörigen Unternehmen ist es zunächst vorbehalten, (§ 41 Abs. 4), sich über die Verteilung der besonderen, ihnen aus den §§ 41 Abs. 1 und 43 erwachsenden Beitragslasten untereinander zu einigen. Soweit eine Vereinbarung zustandekommt und sich die Unternehmen dem Verband gegenüber verpflichten, die Beiträge nach dem vereinbarten Verhältnis zu tragen, bedarf es der Ermittlung des Beitragsverhältnisses nicht. ⁴⁾ Anderenfalls richtet sich die Verteilung dieser besonderen Beitragslast nach den in § 41 Abs. 2 und Abs. 3 enthaltenen unterschiedlichen Maßstäben.

aaa) Für die Grundwasser absenkenden Braunkohlenbergwerke, § 41 Abs. 2.

Für die Eigentümer derjenigen Braunkohlenbergwerke, die innerhalb des Verbandsgebietes Grundwasser absenken, ist in § 41 Abs. 2 ein besonderer, vom allgemeinen Beitragsmaßstab des § 38 Abs. 1 abweichender Beitragsschlüssel ⁵⁾ vorgesehen ⁶⁾. Danach verteilt sich

- 1) Diese auf unbestimmten Rechtsbegriffen ("notwendig", "zweckmässig") beruhende allgemeine Schranke ist zwar ausdrücklich nur für die besonderen Massnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung in Satz 2 des § 41 Abs. 1 ausgesprochen; sie muss jedoch ganz allgemein zur Begrenzung für den ganzen Umfang der besonderen Beitragslast aus § 41 Abs. 1 gelten.
- 2) Entw., Begr. zu § 38, S.51 und zu § 40, S.53 ff; BVerfGE Bd. 10, S.115 f.
- 3) Einzelheiten dazu siehe in § 43 selbst. - Vgl. dazu auch Entw., Begr. zu § 40, S.53 ff, sowie BVerfGE Bd. 10, S.115 f.
- 4) Entw., Begr. zu § 38, S.52.
- 5) Entw., Begr. zu § 38, S.51.
- 6) Isay-Boldt, S.63 f, haben den Verteilungsschlüssel als willkürlich bezeichnet; das Bundesverfassungsgericht hat ihn als mit Art. 3 GG vereinbar erklärt, BVerfGE Bd. 10, S.114 f.

die Beitragslast aus den §§ 41 Abs. 1 und 43 nach der Gesamtmenge des Wassers, die diese Bergwerksunternehmen seit dem 1. März 1955 bis jeweils zum 31. Dezember des Jahres gefördert haben, das der Beitragsberechnung vorausgeht. Das Beitragsverhältnis ist nach diesem Maßstab jährlich zu ermitteln. Dabei genügt eine annähernde, auf Schätzungen beruhende Ermittlung, falls ausreichende Unterlagen nicht beigebracht werden können. Die Einführung dieses besonderen Beitragsschlüssels stellt eine Pauschalierung¹⁾ des in § 38 Abs. 1 festgelegten, allgemeinen Beitragsmaßstabes der Schadensverursachung dar²⁾. Pauschalierungen sind keine Neuheiten im Wasserverbandsrecht³⁾; sie dienen einer Vereinfachung der Veranlagung. Der Gesetzgeber sah sich genötigt, den besonderen Pauschalmaßstab in § 41 Abs. 2 Satz 1 einzuführen, um schwierige Schadensfeststellungen mit sachverständigen, geologischen, hydrologischen und bergtechnischen Untersuchungen, wie sie bei einer Veranlagung nach dem allgemeinen Maßstab des § 38 Abs. 1 erforderlich werden würden, zu vermeiden⁴⁾.

Dieser Pauschalmaßstab gilt nur für die danach beitragspflichtigen Bergwerksunternehmen im Verhältnis zum Verband; den einzelnen Beitragspflichtigen bleibt es unbenommen, unter sich den allgemeinen Maßstab des § 38 Abs. 1 anzuwenden. Entspricht das nach dem Pauschalmaßstab gewonnene Beitragsverhältnis nicht dem allgemeinen Maßstab, so können die dadurch benachteiligten Beitragspflichtigen gem. § 41 Abs. 2, Satz 2 von den anderen im Wege des Rückgriffes eine Ausgleichung nach dem allgemeinen Maßstab des § 38 Abs. 1 verlangen⁵⁾. Diese interne Ausgleichsmöglichkeit ist eine Neuerung im Wasserverbandsrecht⁶⁾.

1) Linckelmann, Kerngestalt, S. 26.

2) Entw., Begr. zu § 38, S. 51.

3) Linckelmann, Kerngestalt, S. 26.

4) Entw., Begr. zu § 38, S. 51 f.

5) Entw., Begr. zu § 38, S. 52.

6) Linckelmann, Kerngestalt, S. 26 f., lehnt die im Entwurf (§ 38 Abs. 2, Satz 2) enthaltene und ins Gesetz (§ 41 Abs. 2, Satz 2) übernommene Regelung des Rückgriffes als untunlich ab, da sie zu Zivilprozessen unter den Mitgliedern führe. - Das Bundesverfassungsgericht sah keinen Anlass zur Beanstandung, BVerfGE Bd. 10, S. 115.

bbb) Für die übrigen Bergwerksbetriebe, § 41 Abs. 3.

Für die Verteilung der Beitragslast nach den §§ 41 Abs. 1 und 43 unter die übrigen, d.h. nicht grundwasserabsenkenden Unternehmen der Gruppe "Braunkohlenbergbau" (§ 6 Abs. 1 Ziff. 1) gilt der allgemeine Maßstab des § 38 Abs. 1. Dazu gehören alle kleineren, bereits vorhandenen oder noch entstehenden Braunkohlenbergwerke, die entweder überhaupt kein Grundwasser abpumpen oder nur das zufließende Regenerat abfangen, ohne in den Grundwasservorrat als solchen einzugreifen.¹⁾ Da solche Betriebe keine oder nur geringfügige Auswirkungen auf den Wasserhaushalt verursachen, hat es der Gesetzgeber²⁾ für nicht möglich erachtet, sie nach dem pauschalen Wasserförderungsmaßstab heranzuziehen.

cc) Besondere Beitragsabteilung und beschränkte Ausfallhaftung.

Die den Braunkohlenbergbau allein treffende, besondere Beitragslast aus den §§ 41 Abs. 1 und 43 ist in der Beitragsliste in einer besonderen Beitragsabteilung auszuweisen (§ 41 Abs. 1, Satz 3). Die Bildung von besonderen Beitragsabteilungen ist im Wasserverbandsrecht nicht ungewöhnlich³⁾. Neu⁴⁾ allerdings ist, dass für Ausfälle an Beiträgen dieser Beitragsabteilung andere, die nicht zu dieser Abteilung gehören, nicht herangezogen werden können⁵⁾.

b) Die Beitragsverpflichtungen zur Bildung einer Rücklage, § 42.

Denjenigen Bergwerksunternehmen, die im Verbandsgebiet Grundwasser absenken, sind über die allgemeine (§ 38 Abs. 1) und die besondere Beitragslast aus den §§ 41 und 43 zusätzliche besondere, d.h. sie allein treffende Beitragsverpflichtungen zur Bildung einer Rücklage gem. § 42 auferlegt worden.

aa) Zweck der Rücklage.

Ebenso wie die besondere Beitragslast nach den §§ 41 und 43 dienen die Beitragsverpflichtungen aus § 42 Abs. 1 der Deckung von Aufwendungen, die der Verband zur Wahrung des öffentlichen Wohles

1) Entw., Begr. zu § 38, S.52.

2) Entw., Begr. zu § 38, S.52.

3) Bochalli-Linckelmann, Anm. 4 zu § 82.

4) Larenz-Wüsthoff, S.41; vgl. auch Linckelmann, Kerngestalt, S.9 und S.25 f.

5) Linckelmann, Kerngestalt, S.35 f., hat die Notwendigkeit, für die Beitragslast aus den §§ 41 Abs. 1, 43 (= § 38 Abs. 1 Entw.) eine beschränkte Ausfallhaftung einzuführen, grundsätzlich anerkannt. Er hat sich jedoch dafür eingesetzt, die Mitgliedergruppe "Elektrizitätswirtschaft" nicht von der Ausfallhaftung für diese Beitragslast zu befreien.

gegenüber wasserwirtschaftlichen Auswirkungen des Braunkohlenbergbaues machen muss. Sie dienen jedoch insofern einem anderen Zweck, als sie zur Deckung von Aufwendungen verwandt werden sollen, die der Verband erst k ü n f t i g zur Verhütung und zum Ausgleich von schädigenden Auswirkungen des Bergbaues wird machen müssen, weil sie erst später eintreten.

Dabei hat sich der Gesetzgeber ¹⁾ von der Erwägung leiten lassen, dass die infolge der Absenkung des Grundwassers zu erwartenden Gemeinschaftschäden voraussichtlich erst längere Zeit nach Beendigung der Absenkung in Erscheinung treten werden. Danach wäre es möglich, dass die Hauptaufgabe des Verbandes, diese Schäden auszugleichen, erst in späterer Zeit zum Tragen kommt. Andererseits hat der Gesetzgeber mit der Möglichkeit gerechnet, dass die Braunkohlenunternehmen, die z.Zt. den tieferen Tagebau beginnen, einmal nicht mehr in der Lage sein könnten, ihre Verpflichtungen zum Ausgleich dieser Schäden zu erfüllen ²⁾. Aus diesen Gründen hat der Verband eine Rücklage zu bilden und zu diesem Zweck von den grundwasserabsenkenden Bergwerksunternehmen zusätzliche besondere Beträge zu erheben, § 41 Abs. 1. Dabei bestimmt § 42 Abs. 2, dass jährlich insgesamt 10 Mill. DM erhoben werden sollen, und zwar so lange, bis die Rücklage unter Hinzurechnung der daraus gezogenen Erträge den Betrag von 200 Mill. DM erreicht hat.

Diese Bestimmung ist deshalb nicht unproblematisch, weil z.Zt. noch nicht übersehen werden kann, ob die Rücklage jemals in voller Höhe benötigt wird, was auch in der Verfassungsklage geltend gemacht worden ist ³⁾. Solche Bedenken lassen sich jedoch, wie es das Bundesverfassungsgericht ⁴⁾ getan hat, dadurch ausräumen, dass man die Vorschrift des § 42 Abs. 2 nicht starr anwendet und sie in einem dem Zweck der Rücklage entsprechendem Sinne handhabt. Eine Inanspruchnahme der betroffenen Bergwerksunternehmen wird man deshalb von der Entwicklung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse

1) Entw., Begr. zu § 38, S.53.

2) Als Ursachen hierfür sind aus technischen Gründen erzwungene Betriebsstillegungen und die Entwicklung neuer, billigerer Energiequellen erwogen worden.

3) Isay-Boldt, S.64 ff, haben die Höhe der zu bildenden Rücklage insbesondere damit angegriffen, dass im Entwurf (das Gesetz ist insoweit unverändert) nicht zu erkennen ist, ob, wann, für welche Zwecke und unter welchen wirtschaftlichen Gegebenheiten die Rücklage Verwendung finden solle.

4) BVerfGE. Bd. 10, S.116 f.

im Erftgebiet abhängig machen müssen. Das kann dadurch erreicht werden, worauf das Bundesverfassungsgericht besonders hinweist ¹⁾, dass man die in § 42 Abs. 4 enthaltene Möglichkeit, Stundungen oder Erlass zu gewähren, dahin auslegt, dass zu stunden ist, so lange sich die Gefahren, gegen welche die Rücklage sichern soll, noch nicht hinreichend abzeichnen ²⁾.

bb) Beitragsmaßstab.

Für die Verteilung der besonderen Beiträge zur Bildung der Rücklage gelten gem. § 42 Abs. 2, Satz 2 die gleichen Grundsätze wie für die Verteilung der auf den §§ 41 Abs. 1 und 43 beruhenden besonderen Beitragslast auf die Grundwasser absenkenden Bergwerksunternehmen, d.h. soweit sich die beitragspflichtigen Unternehmen nach § 41 Abs. 4 nicht einigen, richtet sich das Beitragsverhältnis nach dem pauschalen Maßstab der Wasserförderung mit der Möglichkeit des Rückgriffes gem. § 41 Abs. 2.

II. Die Beitragspflicht der Nutzniesser.

Nach der dem § 95 WVO im wesentlichen entsprechenden Vorschrift des § 40 ist der Verband berechtigt, die sog. Nutzniesser, obwohl sie nicht Mitglieder sind, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde wie ein Mitglied zu Geldbeiträgen heranzuziehen. Die Heranziehung bestimmt sich nach dem allgemeinen Maßstab des § 38 Abs. 1; jedoch besteht die Besonderheit, dass sie nur wegen Vorteilen, die sie von einem Verbandsunternehmen haben, erfolgen darf ³⁾.

III. Der Umfang der zu erwartenden Beitragslast des Braunkohlenbergbaues.

Der Grosse Erftverband hat zwar, ebenso wie die Wasserwirtschaftsverbände der industrialisierten Flussgebiete, verschiedene, notwendigerweise miteinander zusammenhängende wasserwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen.

1) BVerfGE Bd. 10, S. 117.

2) Isay-Boldt, S. 64 ff., haben im Anschluss an Larenz-Wüsthoff, S. 50, in der Bildung der Rücklage einen Verstoß gegen Art. 14 Abs. 3 GG gesehen und dadurch die Zulässigkeit der Rücklage bezweifelt. Im Rahm dieser Arbeit kann und braucht jedoch die Zulässigkeit der Rücklagenbildung nicht näher erörtert zu werden, zumal das Bundesverfassungsgericht die Vorschrift des § 42 verfassungsrechtlich für haltbar erklärt hat, (BVerfGE. Bd. 10, S. 117) und damit ihre Anwendbarkeit für die Praxis entschieden ist.

4) Einzelheiten über Veranlagung und Beitreibung der Beiträge siehe in § 40 Abs. 2.

Die Besonderheit besteht jedoch darin, dass die Aufwendungen für Massnahmen der Ersatzwasserbeschaffung zur Sicherung der Wasserversorgung unverhältnismässig viel höher sind als die Aufwendungen für alle übrigen Aufgaben zusammen und dass die ersteren, bedingt durch die Grundwasserabsenkungen, allein vom Bergbau getragen werden müssen. Sie werden etwa 90% aller Aufwendungen ausmachen und im wesentlichen nur zwei Braunkohlengesellschaften ¹⁾ zur Last fallen ²⁾.

Diese Besonderheit bildet die Hauptschwierigkeit bei der Regelung der Stimmrechtsverteilung in den Organen, durch die eine Willensbildung erreicht werden soll, die einen Interessenausgleich zwischen den Hauptschädigern, der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau", und den Geschädigten und Gefährdeten gewährleistet.

C. Die Stimmrechtsverteilung in den Organen.

Im Gegensatz zu den preussischen Wasserwirtschaftsverbänden hat der Grosse Erftverband nicht zwei, sondern drei Verbandsorgane ³⁾: Die Delegiertenversammlung, den Verbandsausschuss und den Vorstand.

I. Die Zusammensetzung der Organe und die Bestellung der Organmitglieder.

Die Stimmrechtsverteilung soll Klarheit darüber verschaffen, in welchem Umfange die einzelnen Mitglieder des Verbandes ihren Einfluss auf die Willensbildung in den Organen geltend machen können.

1) Hierbei handelt es sich um die RWE-Gesellschaften "Rheinische Ak-

tiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation", Köln (Rheinbraun) und die Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube AG", Brühl.- Am 18.12.1959 ist die "Roddergrube AG"- zusammen mit der ausserhalb des Verbandsgebietes liegenden "Biag Zukunft", Weissweiler, - von der "Rheinbraun" aufgenommen worden, nachdem bereits am 23.12.1959 die "Braunkohlenwerke Neurath AG", Düsseldorf, auf die "Rheinbraun" umgewandelt worden war. Durch Beschluss der HV vom 28.12.1959 führte die Gesellschaft nunmehr die Firmenbezeichnung "Rheinische Braunkohlenwerke Aktiengesellschaft". Vgl. dazu Jahrbuch des deutschen Bergbaus 1962, S.282; ferner Willing, S.45 f.

2) Zum Ganzen vgl. Linckelmann, Kerngestalt, S.7 f; ders., Der Erftverband, S.262.- Zur Höhe der zu erwartenden Beitragslast von 90% vgl. Larenz-Wüsthoff, S.32; Wittekind, Organisation, S.68.

3) § 14 Abs. 2.

Diese Klarheit lässt sich nur dadurch gewinnen, dass man neben der Zusammensetzung der Organe noch berücksichtigt, wer die Organmitglieder bestellt, d.h. inwieweit die Bestellung der Organmitglieder vom Willen der Verbandsmitglieder abhängt.

1) Die Zusammensetzung der Organe.

Die Delegiertenversammlung ¹⁾, die an die Stelle der im Entwurf ²⁾ vorgesehenen, aus allen Verbandsmitgliedern bestehenden Verbandsversammlung getreten ist, besteht aus 100 Mitgliedern, den sog. Delegierten. 96 Delegierte werden nach den §§ 18 bis 21 durch die einzelnen Mitgliedergruppen gewählt ³⁾, vier Delegierte werden von der Landesregierung als Sachverständige berufen ⁴⁾. Der Verbandsausschuss ⁵⁾ hat 36 Mitglieder; 32 Mitglieder werden durch die einzelnen Mitgliedergruppen gem. § 19 Abs. 2 aus den Delegierten gewählt ⁶⁾. Hinzu kommen die vier Mitglieder, die von der Landesregierung als Mitglieder der Delegiertenversammlung zu berufen sind. ⁷⁾

Der Vorstand ⁸⁾ besteht aus 7 Mitgliedern. Davon werden 6 Mitglieder vom Verbandsausschuss gewählt ⁹⁾; das siebte Vorstandsmitglied wird wiederum von der Landesregierung als Sachverständiger berufen ¹⁰⁾.

1) § 16.

2) § 16 Entw.

3) § 16 Abs. 1.

4) § 16 Abs. 3.

5) § 17.

6) § 17 Abs. 1.

7) § 17 Abs. 3

8) § 28.

9) § 28 Abs. 1, Satz 2.

10) § 28 Abs. 1, Satz 3. - Der Gesetzgeber spricht hier von "Bestellen", während die Sachverständigen der Delegiertenversammlung und des Verbandsausschusses "berufen" werden.

Von den zu w ä h l e n d e n Mitgliedern der Organe entfallen in

	der Delegierten- versammlung 1)	dem Verbands- ausschuss 2)	dem Vor- stand 3)
auf die			
Mitgliedergruppe gem. § 6 Abs. 1 Nr.1 (Braunkohlenbergbau)	24 Delegierte	8 Mitglieder	1 Mitglied
Mitgliedergruppe gem. § 6 Abs. 1 Nr.2 (Elektrizitäts- wirtschaft)	6 "	2 "	1 "
Mitgliedergruppe gem. § 6 Abs. 3 (Öffentliche Wasser- versorgung und Ab- wässerbeseitigung)	12 "	4 "	1 "
Mitgliedergruppen gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 (Industrie usw., Triebwerke)	18 "	6 "	1 "
Mitgliedergruppe gem. § 6 Abs. 1 Nr.6 (Landkreise und kreisfreie Städte)	21 "	7 "	1 "
Mitgliedergruppe gem. § 6 Abs. 1 Nr.7 (Landwirtschaft)	9 "	3 "	1 "
ferner auf den Kreis unterhalts- pflichtiger Ge- meinden, Gemein- deverbände, Was- ser- und Boden- verbände und An- lieger sowie die Erftfischereige- nossenschaft	6 "	2 "	- "

1) § 16 Abs. 2.

2) § 17 Abs. 2.

3) § 28 Abs. 1.

2. Die Bestellung der Organmitglieder.

Die Bestellung der Organmitglieder erfolgt durch Wahl und durch Berufung durch die Landesregierung.

a) Die Bestellung der zu wählenden Mitglieder.

aa) Die Delegierten und Ausschussmitglieder.

Wählbar ¹⁾ als Delegierter ist grundsätzlich, wer Mitglied des Verbandes ist ²⁾. Davon bestehen Ausnahmen. Die Delegierten der Mitgliedergruppe "Landwirtschaft" brauchen nicht Mitglieder zu sein. Es kann gewählt werden ³⁾, wer Eigentümer oder Besitzer eines im Verbandsgebiet gelegenen landwirtschaftlichen Betriebes ist, ferner, wer zu den Organen einer im Verbandsgebiet bestehenden Organisation der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung gehört oder wer Beamter oder Angestellter einer solchen Organisation ist. Dabei soll ein Delegierter der Landwirtschaft Waldbesitzer sein, - Eben- sowenig brauchen die Delegierten unterhaltungspflichtiger Gemeinden, Gemeindeverbände, Wasser- und Bodenverbände und Anlieger (Unterhalter) sowie der Erftfischereigenossenschaft Verbandsmitglieder zu sein ⁴⁾. Wer als Delegierter wählbar ist, kann auch als Ausschussmitglied gewählt werden ⁵⁾.

Die Wahl der Delegierten und Ausschussmitglieder erfolgt getrennt nach einzelnen Mitgliedergruppen ⁶⁾. Zunächst wählt jede Mitgliedergruppe die auf sie entfallenden Delegierten für die Delegiertenversammlung ⁷⁾. Dabei werden die sechs Delegierten, die gemeinsam auf die "Unterhalter" und die Erftfischereigenossenschaft entfallen, von der Mitgliedergruppe "Landkreise und kreisfreie Städte" unter Hinzuziehung der Erftfischereigenossenschaft gewählt ⁸⁾; letztere hat eine Stimme. In einem weiteren Wahlgang wählt jede Mitgliedergruppe aus den von ihr zunächst gewählten Delegierten die auf sie entfallenden Mitglieder des Verbandsausschusses, wobei für die Wahl der Ausschussmitglieder, die auf den Kreis der "Unterhalter" und die Erftfischereigenossenschaft entfallen, das für die Wahl ihrer Delegierten Entsprechende gilt ⁹⁾.

1) § 18.

3) § 18 Abs. 2, Satz 1 und 2.

5) Vgl. § 19 Abs. 2.

7) § 19 Abs. 1, Satz 1.

9) § 19 Abs. 2.

2) § 18 Abs. 1.

4) § 18 Abs. 2, Satz 3.

6) §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 1.

8) § 19 Abs. 1, Satz 2.

Innerhalb der einzelnen Mitgliedergruppe kommt nun bei der Wahl der auf sie entfallenden Delegierten und Ausschussmitglieder der bisher übliche Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" mit seinen Abweichungen ¹⁾ zur Anwendung ²⁾: Stimmberechtigt sind alle Mitglieder einer Gruppe, deren Jahresbeitrag einen in der Satzung festzulegenden Anteil an der auf diese Gruppe entfallenden Jahresumlage des Verbandes an Beiträgen erreicht (Stimmeinheit). Dabei können die Stimmeinheiten für die verschiedenen Mitgliedergruppen verschieden festgelegt werden, was der Tatsache gerecht wird, dass die Beitragshöhe der einzelnen Mitgliedergruppen erheblich von einander abweichen kann. - Eine Abweichung von dem Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" besteht zwangsläufig für die Mitgliedergruppe "Landwirtschaft", die von jeder Beitragspflicht frei ist ³⁾. Bei dieser Mitgliedergruppe richtet sich das Stimmrecht der einzelnen Kreisstellen der Landwirtschaftskammer nach dem Flächenanteil ihres Kreises am Verbandsgebiet.

Jede Stimmeinheit gewährt eine Stimme ⁴⁾. Ferner gilt innerhalb der einzelnen Mitgliedergruppe auch die bekannte ⁵⁾ Abweichung, dass kein Mitglied mehr als 40% aller Stimmen haben darf ^{6, 7)}.

bb) Die Vorstandsmitglieder.

Sechs der sieben Vorstandsmitglieder werden durch Wahl bestellt ⁸⁾.

Für die Wählbarkeit gelten die gleichen Grundsätze wie bei der Wahl der Delegierten und Ausschussmitglieder ⁹⁾. Ergänzend kommt hinzu, dass Vorstandsmitglied nicht sein kann, wer Delegierter ist ¹⁰⁾, was gleichzeitig bedeutet, dass auch kein Ausschussmitglied zum Vorstandsmitglied gewählt werden kann, weil jedes Ausschussmitglied

1) Siehe S.82 ff

2) § 19 Abs. 3.

3) § 38 Abs. 3.

4) § 19 Abs. 3, Satz 4.

5) Siehe S.83.

6) § 19 Abs. 3, Satz 5.

7) Einzelheiten zur Wahl vgl. in § 19 Abs. 4 bis Abs. 6. - Zum Wahlverfahren vgl. die §§ 20, 21. - Die Besonderheiten bei der ersten Wahl der Delegierten und Mitglieder des Verbandsausschusses interessieren nicht, § 22.

8) § 28 Abs. 1, Satz 2.

9) § 28 Abs. 2, Satz 2.

10) § 28 Abs. 2, Satz 1.

zwangsläufig Delegierter ist ¹⁾. Diese Regelung beruht auf den Aufsichts- und Kontrollfunktionen, die der Delegiertenversammlung ²⁾ und dem Verbandsausschuss ³⁾ gegenüber dem Vorstand obliegen.

Die Wahl des auf die einzelnen Mitgliedergruppen entfallenden Vorstandsmitgliedes erfolgt nicht, wie bei der Wahl der Delegierten und Ausschussmitglieder, durch die einzelnen Mitgliedergruppen, sondern durch den Verbandsausschuss als Ganzes ⁴⁾; die einzelne Mitgliedergruppe hat nur ein Vorschlagsrecht ⁵⁾. Der Sinn dieser Regelung ist darin zu sehen, dass möglichst jedes Vorstandsmitglied das Vertrauen aller Mitgliedergruppen genießt.

b) Die Bestellung der zu berufenden Mitglieder.

Ausser den von den Verbandsmitgliedern grundsätzlich aus ihrer Mitte zu wählenden Delegierten und Ausschussmitglieder gehören der Delegiertenversammlung ⁶⁾ und dem Verbandsausschuss noch je 4 sachverständige Mitglieder an. Sie sind keine Verbandsmitglieder und werden von der Landesregierung berufen ⁷⁾.

Das gleiche gilt für das siebte Mitglied des Vorstandes ⁸⁾.

II. Die Abweichungen von der bisher üblichen Regelung und ihre Gründe.

Bei der Stimmrechtsverteilung in den Organen, insbesondere in der Delegiertenversammlung und im Verbandsausschuss, ist der Gesetzgeber ganz neue Wege gegangen ⁹⁾. Einmal hat er den Grundsatz, an dem auch die preussischen Wasserwirtschaftsverbände noch immer festgehalten hatten ¹⁰⁾, dass sich das Stimmgewicht nach der Beitragshöhe richtet, völlig aufgegeben ¹¹⁾. Die Stimmanteile sind nunmehr kraft Gesetzes auf die einzelnen Mitgliedergruppen unverrückbar festgelegt. Der hergebrachte Grundsatz kommt nur noch innerhalb der einzelnen Mitgliedergruppe bei der Wahl der Organmitglieder zur Anwendung; insoweit besitzt er jedoch nur relative und sehr geringe Bedeutung.

1) § 19 Abs. 2.

3) Vgl. § 27 Abs. 4.

5) § 28 Abs. 3.

7) § 17 Abs. 3.

9) Wittekind, Organisation, S. 68

2) Vgl. § 26 Abs. 1d.

4) § 28 Abs. 1, Satz 2.

6) § 16 Abs. 3.

8) § 28 Abs. 1, Satz 3.

10) " " " "

11) Linckelmann, Kerngestalt, S. 12.

Zum anderen gehören der Delegiertenversammlung und dem Verbandsausschuss je vier und dem Vorstand ein Mitglied mit Sitz und Stimme, also vollberechtigt, an, die von der Landesregierung berufen werden. Damit ist der Staat in allen Organen lediglich in seiner Funktion als Hoheitsträger ohne Rücksicht auf Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft vertreten. Das ist neu im Wasserverbandsrecht; denn auch im Lippeverband sind der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen nur als Eigentümer künstlicher Wasserstrassen bzw. als Unterhaltungspflichtige der Lippe in der Verbandsversammlung und im Vorstand stimmberechtigt vertreten ¹⁾.

Bei der Stimmrechtsverteilung sah sich der Gesetzgeber besonders grossen Schwierigkeiten gegenüber, die im wesentlichen auf zwei Gründen beruhen. Wegen der Beitragslast von über 90%, die auf die Bergwerksunternehmen entfallen werden, sah er sich genötigt, den Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" völlig aufzugeben ²⁾. Dafür hat er das Stimmgewicht "nach der Intensität des Interesses geschätzt" ³⁾ und gesetzlich festgelegt, wobei allerdings offen bleibt, wie er das Interesse der einzelnen Mitglieder an der Durchführung an den Verbandsaufgaben gewertet hat. Er sah sich vor allem auch nicht in der Lage, das Stimmgewicht des Bergbaues auf nur wenig unter 50% festzulegen, weil das bei der Verteilung der danach freiwerdenden Mitglieder oder Mitgliedergruppen zu einer fast völligen Nivellierung der Stimmanteile geführt hätte ⁴⁾.

Zum anderen hat der Gesetzgeber versucht, wegen des insbesondere bei Entscheidungen über die Ersatzwasserbeschaffung zu erwartenden Interessenwiderstreites "ausgleichende und objektivierende Elemente" in die Organe zu bekommen. Als solche hat er vor allem die einzelnen von der Landesregierung zu berufenden sachverständigen Organmitglieder eingeführt. Ferner ist der Sachverständigenbeirat gem. § 34 zu nennen, der ebenfalls von der Landesregierung bestellt wird. Seine Mitglieder haben jedoch nur beratende, aber keine entscheidende Funktion.

III. Die Stellung des Bergbaues.

Das Stimmgewicht der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" in den einzelnen Organen ist teilweise unterschiedlich und liegt erheb-

1) Larenz-Wüsthoff, S.31.

2) Wittekind, Organisation, S.68.

3) Wittekind, Organisation, S.68.

4) Wittekind, Organisation, S.68.

lich unter jenen Stimmanteilen, die sie auf Grund ihrer gesamten Beitragsleistungen von rund 90% nach dem Grundsatz "Stimmgewicht nach Beitragshöhe" hätte.

Nach der bestehenden gesetzlichen Regelung entfallen auf die Mitglieder des Braunkohlenbergbaues in der Delegiertenversammlung mit 24 von 100 Mitgliedern 24%, im Verbandsausschuss mit 8 von 36 Mitgliedern rund 14%. Rechnet man den Stimmanteilen des Bergbaues noch die auf die Mitgliedergruppe "Elektrizitätswirtschaft" entfallenden Stimmrechte hinzu, so beträgt das Stimmgewicht der beiden Mitgliedergruppen zusammen 30% bzw. im Verbandsausschuss und im Vorstand je rund 28%. Diese Hinzurechnung ist deshalb gerechtfertigt, weil die Elektrizitätswirtschaft auf dem Grundstoff Braunkohle aufbaut, dem Braunkohlenbergbau interessemässig also sehr nahe steht, und darüber hinaus gerade diejenigen Braunkohlenbergbauunternehmen¹⁾, die die Grundwasserabsenkungen geplant und in Angriff genommen haben, personell²⁾ und kapitalsmässig³⁾ mit der Elektrizitätswirtschaft des Verbandsgebietes stark verflochten sind.

2. Abschnitt: Funktion und Inhalt der Stimmrechte.

Bevor im einzelnen untersucht werden kann, welche raumplanerische Bedeutung der Stimmrechtsverteilung im Grossen Erftverband, insbesondere der Beschränkung der Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau", beizumessen ist, ist klarzustellen, von welcher Funktion und welchem Inhalt des einzelnen Stimmrechtes ausgegangen wird.

A. Die Funktion der Stimmrechte.

Das Gesetz kennt zwei verschiedene Arten von Stimmrechten, deren verschiedener Inhalt abhängt von der unterschiedlichen Funktion, die sie bzw. ihre Träger im Rahmen der Verbandsorganisation

- 1) Es handelt sich um die "Rheinbraun" und die "Roddergrube AG"; vgl. S.103, Fussnote 1.
- 2) Alle drei derzeitigen Vorstandsmitglieder der RWE sitzen im Aufsichtsrat der "Rheinischen Braunkohlenwerke AG" (Jahrbuch des deutschen Bergbaues 1962, S.281 und S.548; siehe auch oben S.103, Fussnote 1).
- 3) Nach einem "Prospekt für die Zulassung zum Börsenhandel..." der RWE-AG, Essen, enthalten im "Industriekurier" Nummer 83 vom 30. Mai 1959, S.29 ff, S.31 linke Spalte, betrug die Beteiligung der RWE-AG a) bei der "Rheinbraun" rd. 98%, b) bei der "Roddergrube AG" rd. 99%. Die Beteiligung der RWE-AG an der gesamten Rheinischen Braunkohlenwerke AG beträgt ebenfalls 99% (Jahrbuch des deutschen Bergbaues 1962, S.549).

zu erfüllen haben: Stimmrechte zur Wahl der Organe ¹⁾, genauer der Organmitglieder, und Stimmrechte zur Beschlussfassung in den Organen ²⁾. Hier interessieren nur die Stimmrechte zur Beschlussfassung, durch die die Organmitglieder als Träger dieser Rechte befugt sind, an der Entscheidung über raumplanerische Unternehmen und Massnahmen des Verbandes mitzuwirken.

B. Der Inhalt der Stimmrechte der Organmitglieder.

Der Inhalt der Stimmrechte der Organmitglieder lässt sich aufteilen in seinen formell-rechtlichen Inhalt und seinen materiell-rechtlichen Gehalt.

I. Der formell-rechtliche Inhalt.

Jedes Organmitglied, ganz gleich ob es zur Delegiertenversammlung, zum Verbandsausschuss oder zum Vorstand gehört, ist befugt, an den Sitzungen seines Organes teilzunehmen ("Sitz"), d.h. anwesend zu sein, und sich an der Aussprache zu beteiligen sowie durch Stimmabgabe bei der Beschlussfassung in seinem Organ und damit an der Willensbildung des Verbandes mitzuwirken ("Stimme"). Sitz und Stimme eines jeden Mitgliedes sind formell dadurch gesichert, dass das Gesetz die Beschlussfähigkeit eines jeden Organes von der rechtzeitigen Ladung aller Organmitglieder abhängig macht ³⁾.

II. Der materiell-rechtliche Gehalt.

Die Bestimmung des materiell-rechtlichen Gehaltes des Stimmrechtes ist für die weitere Untersuchung von besonderer Bedeutung.

Jedes Organmitglied lässt sich in der Aussprache und der ihr folgenden Abstimmung von Gesichtspunkten leiten, die es in der Beschlussfassung zur Geltung bringen und damit zum Verbandswillen erheben will. Als materiell-rechtlicher Gehalt des Stimmrechtes wird hier der tragende Grund verstanden, nach dem das einzelne Mitglied seine Gesichtspunkte ausrichten wird. Als solcher kann nur das Interesse angesehen werden, das das einzelne Unternehmen, die Körperschaft, der Betrieb usw., deren Interessenvertreter das Organmitglied ist, an der Massnahme hat, die Gegenstand des Beschlusses ist.

1) Vgl. § 19 Abs. 3 und § 28 Abs. 3.

2) Vgl. § 24, insbes. Abs. 3, § 25 und § 30, insbes. Abs. 3.

3) § 24 Abs. 4, § 25 Abs. 1 und § 30 Abs. 4.

Welches Interesse dies sein wird, lässt sich nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall ermitteln.

3. Abschnitt: Die Auswirkung der Stimmrechtsverteilung.

Vorweg sei nochmals betont, dass nur eine Teilfrage des gesamten Willensbildungsprozesses im Verband untersucht wird. Geprüft wird lediglich, welche raumplanerischen Auswirkungen allein die getroffene Stimmrechtsverteilung in den Verbandsorganen - also ohne Berücksichtigung der gesetzlich vorgesehenen Einflussmöglichkeiten des Sachverständigenbeirates und der Aufsichtsbehörde - auf die Entscheidung des Verbandes haben wird.

Diese Fragestellung bedarf einer weiteren Konkretisierung. Der Willensbildungsprozess in den Organen ist allein, soweit er von ihren Mitgliedern und damit von der Stimmrechtsverteilung abhängt, ein vielschichtiger, lebendiger Vorgang, der von den verschiedensten Momenten augenblicklicher Bedeutung, sachlicher oder nur persönlicher Art beherrscht sein kann. Es ist deshalb unmöglich, die raumplanerischen Auswirkungen einzelner Stimmrechte zu ermitteln. Es muss vielmehr generalisiert und von ganzen, interessemässig gleichliegenden Stimmrechten einzelner Mitgliedergruppen ausgegangen werden. In diesem Sinne soll die Untersuchung von der Fragestellung geleitet werden, die sich nach der Stimmrechtsverteilung im Grossen Erftverband als Kernfrage herauschälen lässt: Welche raumplanerische Bedeutung kommt der Stimmrechtsverteilung insofern zu, als der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" nicht ein ihrer Beitragshöhe entsprechender Stimmanteil, sondern nur der im Gesetz festgelegte eingeräumt worden ist.

1. Unterabschnitt: Die Auswirkungen auf die "durch Erfüllung der Verbandsaufgabe" bestehenden raumplanerischen Möglichkeiten.

Die im Dritten Teil festgestellten raumplanerischen Möglichkeiten des Verbandes beruhen zunächst darauf, dass der Verband seine Aufgabe, soweit sie die Sicherung der Wasserversorgung betrifft, erfüllt, d.h. Unternehmen plant und durchführt. Die Untersuchung, welche Auswirkungen von der Stimmrechtsverteilung, d.h. von der Beschränkung der Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" auf die durch Erfüllung der Verbandsaufgabe bestehenden raumplanerischen Möglichkeiten zu erwarten sind, setzt zuerst Klarheit

darüber voraus, wie die einzelnen Mitgliedergruppen Einfluss auf die Planung und Durchführung der Verbandsunternehmen geltend machen können.

A. Die Einflussmöglichkeiten der Mitgliedergruppen auf die Verbandsunternehmen.

Einfluss auf die Willensbildung des Verbandes können die einzelnen Mitgliedergruppen in entscheidender und für den Verband verbindlicher Weise bei den Beschlussfassungen der Organe geltend machen, da der Verband seinen Willen durch Mehrheitsbeschlüsse ¹⁾ bildet und festlegt. Dabei ist im Gesetz genau bestimmt, welches Organ über die fachlichen Angelegenheiten des Verbandes zu beschließen hat, d.h. zuständig ist.

An sich dient jeder Beschluss des Verbandes in irgend einer Form der Erfüllung seiner Aufgaben. Von allen Beschlüssen sind jedoch nur zwei Arten dadurch gekennzeichnet, dass in ihnen unmittelbar über raumplanerische Unternehmen des Verbandes entschieden wird: es sind die Beschlüsse des Vorstandes über die Pläne für die Unternehmen des Verbandes zur Vorlage bei der Aufsichtsbehörde (§ 29 Abs. 2c) und die Festsetzungen des Haushaltsplanes durch die Delegiertenversammlung (§ 26 Abs. 1b).

In dem Beschluss über die Pläne legt der Verband durch den Vorstand zunächst fest, welche Unternehmen er zur Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere zur Sicherung der Wasserversorgung, durchführen will. Damit ist jedoch die Willensbildung über diese raumplanerischen Vorhaben auch innerhalb des Verbandes noch nicht abgeschlossen. Da die einzelnen Massnahmen Geld kosten, erscheinen sie, was ihre Finanzierung anbelangt, noch einmal im Haushaltsplan, der alle voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des kommenden Rechnungsjahres zu enthalten hat ²⁾. Zwar hat der Vorstand auch den Entwurf des Haushaltsvoranschlages aufzustellen und dabei die Möglichkeit, die erforderlichen Kosten für die Durchführung der von ihm in seinen Plänen beschlossenen Unternehmen einzusetzen; die Feststellung und damit die Entscheidung über den Haushaltsplan liegt jedoch bei der Delegiertenversammlung.

1) § 24 Abs. 3 (Delegiertenversammlung), § 25 Abs. 1 (Verbandsausschuss), § 30 Abs. 3 (Vorstand).
2) § 35 Abs. 1, Satz 3.

B. Die Folgen der Stimmrechtsverteilung für die Planung und Durchführung von Verbandsunternehmen.

Die Frage, welche Folgen für die Planung und Durchführung der Verbandsunternehmen und damit für die darauf beruhenden raumplanerischen Möglichkeiten von der Stimmrechtsverteilung zu erwarten sind, hängt somit allein davon ab, wie sie sich in den Beschlüssen des Vorstandes über die Pläne gem. § 29 Abs. 2c und der Delegiertenversammlung über den Haushaltsplan gem. § 26 Abs. 1b auswirken wird.

Hierbei ist von der bereits ¹⁾ getroffenen Feststellung auszugehen, dass die Mitgliedergruppe "Elektrizitätswirtschaft", die der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" interessemässig sehr nahe steht, ihre Stimmen regelmässig in Übereinstimmung mit dieser abgeben wird. Daraus folgt, dass die Interessen des Bergbaues in der Delegiertenversammlung mit 30% und im Vorstand mit 28%, also praktisch in den beiden hier massgeblichen Organen mit gleichem Gewicht vertreten sein werden. Deshalb brauchen die Folgen der Stimmrechtsverteilung für beide Arten der Beschlüsse mit raumplanerischer Bedeutung nicht getrennt untersucht zu werden; sie sind insoweit als einheitlicher Beschluss zu behandeln.

Bei der Beschlussfassung über die Durchführung von Verbandsunternehmen wird sich, jedenfalls, soweit es sich um Massnahmen der Ersatzwasserbeschaffung zur Sicherung der Wasserversorgung handelt, die im Mittelpunkt der Untersuchungen steht, folgende Interessenslage ergeben: Das unmittelbarste und grösste Interesse an der Sicherung der Wasserversorgung haben die Mitglieder gem. § 6 Abs. 1 Nr. 3a als Träger der öffentlichen Wasserversorgung und die Mitglieder gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4a als Wassernutzer mit eigener Wasserförderung für ihre industriellen und gewerblichen Betriebe. Ihnen gleichzustellen sind die Mitgliedergruppe "Landkreise und kreisfreie Städte" gem. § 6 Abs. 1 Nr. 6 als Repräsentanten der Allgemeinheit und Träger der Daseinsvorsorge, die die Sicherung der Wasserversorgung umfasst, sowie die Mitgliedergruppe "Landwirtschaft" gem. § 6 Abs. 1 Nr. 7 als Vertreter der Land- und Forstwirtschaft. Diesen Interessenten steht im wesentlichen die Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" und die ihr nahestehende

1) Siehe S.110.

"Elektrizitätswirtschaft" gegenüber. Zwar ist auch der Bergbau an der Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet interessiert. Dieses Interesse reicht jedoch nur soweit, als die Landesregierung die Zulässigkeit des Abbaues davon abhängig macht. Dagegen ist der Bergbau nicht auf eine Beschaffung von Ersatzwasser für den Eigengebrauch durch den Verband angewiesen. Die Bergwerksbetriebe sind als finanzstarke Wirtschaftsunternehmen jederzeit selbst in der Lage, sich mit dem vor allem nötigen Brauchwasser zu versorgen.

Das entscheidende und massgebliche Interesse, von dem sich der Bergbau bei Beschlüssen über Unternehmen der Ersatzwasserbeschaffung leiten lassen wird, ist in dem Umstand zu suchen, dass er die Unternehmen zur Ersatzwasserbeschaffung allein zu finanzieren hat¹⁾. Dieser Umstand legt den Schluss nahe, dass der Bergbau Beschlüssen, die die Planung und Durchführung neuer Ersatzwasseranlagen zum Gegenstand haben, eher ablehnend als zustimmend gegenübersteht. Das gilt insbesondere für Zeiten, in denen der Bergbau - aus welchen Gründen auch immer - in wirtschaftliche Bedrängnis geraten ist. Zumindest in solchen Situationen würde es sich für die Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet nachteilig auswirken, wenn der Bergbau über Massnahmen der Ersatzwasserbeschaffung allein zu bestimmen hätte. Das wäre innerhalb des Verbandes praktisch nicht nur dann der Fall, wenn dem Bergbau ein seiner Beitragsleistung entsprechender Stimmanteil in den Organen von über 90% eingeräumt worden wäre, sondern auch, soweit sein Stimmgewicht zusammen mit dem der "Elektrizitätswirtschaft" eine Majorisierung der Verbandsbeschlüsse zuliesse. Die Bildung solcher Mehrheitsverhältnisse hat die geltende Regelung der Stimmrechtsverteilung verhindert.

Die auf Kosten des Bergbaues bemessenen Stimmanteile der einzelnen Mitgliedergruppen lassen dagegen erwarten, dass die Willensbildung des Verbandes allein davon bestimmt wird, ob einzelne Pläne für Unternehmen des Verbandes zur Sicherung der Wasserversorgung notwendig sind oder nicht. Es ist deshalb der Schluss gerechtfertigt, dass der Verband seine in der Erfüllung der Verbandsaufgabe liegenden raumplanerischen Möglichkeiten voll ausnutzen wird.

1) Linckelmann, Der Erftverband, S.262.

2. Unterabschnitt: Die Auswirkungen auf die Landesplanung.

Die Möglichkeiten des Verbandes bei der Landesplanung mitzuwirken, und sie zu beeinflussen, beruhen auf den Vorschriften des § 13 Abs. 1 und Abs. 3. Die leitende Fragestellung ist, welche raumplanerischen Auswirkungen von der Stimmrechtsverteilung, d.h. insbesondere von der Beschränkung der Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" über die nach § 13 Abs. 1 und Abs. 3 bestehenden Einflussmöglichkeiten zu erwarten sind.

- A. Die Auswirkungen auf die Gesamtplanung über die Mitgliedschaft des Geschäftsführers im Braunkohlenausschuss, § 13 Abs. 3.

I. Der Braunkohlenausschuss als Träger der Gesamtplanung.

1. Die raumplanerische Bedeutung des Gesamtplanes.

Die raumplanerische Bedeutung des Gesamtplanes als Mittel der Landesplanung beruht auf seinem Inhalt und seinen möglichen Rechtswirkungen. Sie ist dahin gekennzeichnet worden ¹⁾, dass mit dem verbindlichen Gesamtplan auf der Grundlage einer Regelung der Bodennutzung die das Erftgebiet massgeblich beeinflussenden Kräfte (Bergbau, Industrie, Landwirtschaft und Siedlung) koordiniert und damit die wirtschaftliche, soziale, und kulturelle Entwicklung des Plangebietes wesentlich bestimmt und verändert werden kann.

2. Die Funktion der Zusammensetzung des Braunkohlenausschusses.

Die aufgezeigte raumplanerische Bedeutung des verbindlichen Gesamtplanes hat zur Folge, dass neben den Gemeinden als den Trägern der Ortsplanung insbesondere diejenigen Wirtschaftszweige, die auf eine grossräumige Inanspruchnahme und Nutzung des Bodens angewiesen sind, ein unmittelbares Interesse daran haben, bei der Ausgestaltung des Gesamtplanes mitzuwirken.

Diesem Interesse hat der Staat Rechnung getragen, wie sich aus der Zusammensetzung des Braunkohlenausschusses ergibt ²⁾, dem er die Aufstellung des Gesamtplanes übertragen hat ³⁾. Zu den 28 stimmberechtigten Mitgliedern gehören ausser den Regierungspräsidenten von Aachen, Düsseldorf und Köln, den fünf Vertretern der Landkrei-

1) Siehe S. 70.

2) § 4 Abs. 1 BrKG und § 13 Abs. 3.

3) § 3 Abs. 1 BrKG.

se, dem Berghauptmann in Bonn, dem Landesplaner der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland, dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer Bonn, einem Vertreter des Rheinischen Landwirtschaftskammerverbandes, dem Leiter des Landessiedlungsamtes und dem Geschäftsführer des Grossen Erftverbandes auch drei Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau, drei Vertreter der Braunkohlen-Bergbautreibenden, fünf Vertreter der Landwirtschaft und je ein Vertreter des Handwerkes und Gewerbes, der Energiewirtschaft, der Steinzeugindustrie und der Industriegewerkschaft, Papier, Chemie und Keramik an. In dieser Zusammensetzung kommt eine ganz bestimmte Vorstellung des Staates zum Ausdruck, welche Interessenten und in welchem Umfange sie auf eine Gestaltung des Plangebietes Einfluss nehmen sollen, und ob demzufolge der betreffende Raum mehr in dieser oder jener Art genutzt werden soll. Darin liegt die Funktion der Zusammensetzung des Braunkohlenausschusses.

3. Die Stellung des Braunkohlenbergbaues im Braunkohlenausschuss.

Das Interesse der Braunkohlenunternehmen, an der Ausgestaltung des Gesamtplanes mitzuwirken, ist aus zwei Gründen besonders gross.

Einmal ist zu beachten, dass der Braunkohlenbergbau im Plan- und Verbandsgebiet durch den Tagebau und insbesondere mit dem Übergang zum Tieftagebau immer grössere Räume und Flächen in Anspruch nehmen muss, um weiter existieren zu können.

Andererseits bestimmt § 3 Abs. 6 BrKG, dass die Betriebspläne der im Plangebiet gelegenen bergbaulichen Betriebe mit dem Gesamtplan in Einklang zu bringen sind. Das hat zur Folge, dass Bergbauunternehmen in Räumen, für die verbindliche Teilpläne ¹⁾ des Gesamtplanes bestehen, die Kohlengewinnung nur aufnehmen oder fortsetzen dürfen, soweit das betreffende Gebiet im Plan als Abbaugebiet ausgewiesen ist.

Trotz dieser für den Bergbau bestehenden Sach- und Rechtslage hat der Gesetzgeber dem Braunkohlenbergbau nur einen begrenzten Stimmanteil im Braunkohlenausschuss eingeräumt: er selbst führt drei Stimmen; ihnen können die Stimmrechte der Industriegewerkschaft Bergbau und die Stimme des Vertreters der Energiewirtschaft hinzugerechnet werden, weil sie dem Bergbau interessemässig nahestehen.

1) § 3 Abs. 4 BrKG.

Das sind insgesamt sieben von 28 Stimmen und ergeben einen Stimmanteil von 25%.

Die entscheidende Frage ist nun, ob dieses Stimmgewicht des Braunkohlenbergbaues im Braunkohlenausschuss durch die Stimmrechtsverteilung im Grossen Erftverband eine Verschiebung erfahren hat. Ihre Beantwortung hängt davon ab, welche Einflussmöglichkeiten einzelner Mitgliedergruppen des Verbandes und insbesondere der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau" über die Mitgliedschaft des Geschäftsführers auf die Ausgestaltung des Gesamtplanes bestehen.

II. Die Einflussmöglichkeiten einzelner Mitgliedergruppen des Verbandes auf die Ausgestaltung des Gesamtplanes.

Mitglied im Braunkohlenausschuss, der den Gesamtplan ausgestaltet, ist von Seiten des Verbandes allein sein Geschäftsführer. Daraus folgt, dass die Organe des Verbandes und damit auch seine Willensbildung in den Organen bestimmenden Mitgliedergruppen keine rechtliche Möglichkeit haben, unmittelbar bei der Ausgestaltung des Gesamtplanes mitzuwirken. Ihre Einflussmöglichkeiten sind mit te l b a r e r Natur und hängen davon ab, inwieweit sie den Geschäftsführer für die Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Interessen bei der Aufstellung des Gesamtplanes im Braunkohlenausschuss durch die Erteilung von Weisungen beeinflussen und einsetzen können.

Es stellt sich zunächst die Frage, ob dem Verband bzw. seinen Organen und damit auch seinen Mitgliedergruppen gegenüber dem Geschäftsführer ein Weisungsrecht zusteht, sich bei der Stimmabgabe im Braunkohlenausschuss für bestimmte, zur Beschlussfassung stehende Planungsvorschläge einzusetzen.

Hierbei ist hervorzuheben, dass die Mitgliedschaft im Braunkohlenausschuss nicht dem Verband, sondern dem Geschäftsführer eingeräumt ist, § 13 Abs. 1. Ferner ist diese Mitgliedschaft kraft Gesetzes begründet und beruht nicht etwa auf einer besonderen Entscheidung, einer Berufung durch irgendein Verbandsorgan. Die Organe sind auch nicht befugt, dem Geschäftsführer die Mitgliedschaft zu entziehen, ohne ihn nicht selbst zu entlassen, da die Mitgliedschaft untrennbar mit dem Amt verknüpft ist. Sie sind nicht einmal befugt, im Einzelfall an Stelle des Geschäftsführers einen bestimmten Beauftragten in eine Sitzung des Braunkohlenausschusses zu entsenden; dazu ist allein der Geschäftsführer selbst ermächtigt,

§ 13 Abs. 3, Satz 2. Aus alledem ergibt sich, dass der Geschäftsführer im Braunkohlenausschuss als Mitglied den Verbandsorganen gegenüber völlig unabhängig ist und er insoweit keine ihm vom Verband übertragene Aufgabe, sondern eine eigene Zuständigkeit wahrnimmt.

Mit dieser Unabhängigkeit aber ist ein Weisungsrecht eines Organes nicht vereinbar. Da ausserdem das Gesetz keinem der Organe ein Weisungsrecht ausdrücklich eingeräumt hat ¹⁾, muss gefolgert werden, dass ein solches auch nicht besteht.

Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass dem Geschäftsführer für Planungsentscheidungen im Braunkohlenausschuss tatsächlich bestimmte Weisungen erteilt werden. Ob der Geschäftsführer allerdings Weisungen erhalten wird, die nur dem Interesse einer Mitgliedergruppe, nicht aber dem des Verbandes entsprechen, hängt davon ab, ob die Stellung des Geschäftsführers im Verband von einer einzelnen Mitgliedergruppe beherrscht werden kann. Das richtet sich vor allem danach, inwieweit es vom Willen einer einzelnen Mitgliedergruppe abhängt, den Geschäftsführer anzustellen, über die Ausgestaltung seines Anstellungsvertrages zu bestimmen und ihn abzu-berufen. Der Geschäftsführer wird vom Verbandsausschuss gewählt ²⁾, seine Wahl bedarf der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde ³⁾. Der Abschluss des Dienstvertrages obliegt dem Vorstand ⁴⁾; lediglich die Höhe der Bezüge des Geschäftsführers wird vom Verbandsausschuss festgesetzt ⁵⁾. Über eine Entlassung entscheidet im Rahmen des Dienstvertrages und der gesetzlichen Vorschriften der Vorstand ⁶⁾. Zuständig von den Organen sind also der Verbandsausschuss und der Vorstand.

Keine der Mitgliedergruppen des Verbandes hat jedoch im Verbandsausschuss und im Vorstand ein Stimmgewicht, das über der Majorisierungsgrenze von 50% liegt. Der Braunkohlenbergbau besitzt, auch wenn man ihm die Stimmrechte der Mitgliedergruppe "Elektrizitätswirtschaft" zurechnet, in beiden Organen lediglich einen Stimman- teil von rund 28%.

1) Vgl. §§ 26, 27 und 29.

3) § 31 Abs. 1, Satz 2.

5) § 27 Abs. 2g.

2) § 27 Abs. 2g.

4) § 29 Abs. 2o.

6) § 29 Abs. 1.

Daraus kann gefolgert werden, dass der Geschäftsführer eine, von einzelnen Mitgliedergruppen unabhängige, zur Wahrung der Verbandsinteressen geeignete Stellung innehat und keine der Mitgliedergruppen des Verbandes in der Lage ist, über den Geschäftsführer ihr allein dienende Interessen bei der Gesamtplanung durchzusetzen.

III. Ergebnis.

Durch die Stimmrechtsverteilung in den Verbandsorganen, insbesondere durch die Beschränkung der Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau", ist gewährleistet, dass der Geschäftsführer des Verbandes seine Mitgliedschaftsrechte im Braunkohlenausschuss nicht im Interesse einer einzelnen Mitgliedergruppe, sondern im Interesse des Verbandes einsetzen wird. Daraus sind zwei Folgerungen von raumplanerischer Bedeutung zu ziehen: Einmal ist durch die Stimmrechtsverteilung in den Verbandsorganen verhindert worden (negative Wirkung), dass sich trotz der Mitgliedschaft des Geschäftsführers die Stimmanteile im Braunkohlenausschuss zugunsten der Braunkohlen-Bergbautreibenden verschoben haben und dass damit der vom Plangebiet umfasste Lebensraum noch mehr als bisher sein Gepräge vom Braunkohlentieftagebau erhält. Zum anderen ist ermöglicht worden (positive Wirkung), dass der Geschäftsführer seine Mitgliedschaftsrechte für eine sachlich gebotene Koordination der Verbandsunternehmen mit dem Gesamtplan einsetzen kann und damit die in der Erfüllung der Verbandsaufgabe liegende raumplanerische Möglichkeit im Rahmen der Gesamttraumordnung des Erftgebietes voll auf zur Geltung bringen wird.

B. Die Auswirkungen auf die Gesamtplanung über die Mitwirkung des Verbandsvorstandes bei der Verbindlichkeitserklärung, § 13 Abs.1.

Die Mitwirkung des Verbandes bei der Landesplanung im Rahmen des § 13 Abs.1 besteht darin, dass der Braunkohlenausschuss die Gesamtplanung mit den wasserwirtschaftlichen Planungen und Unternehmen des Verbandes koordinieren muss. Die Koordination erfolgt dadurch, dass der Braunkohlenausschuss, bevor er dem Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten einen Plan zur Verbindlichkeitserklärung vorlegt, das Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand herzustellen hat, soweit das Aufgabengebiet des Verbandes berührt wird.

Auch im Vorstand sind die Stimmanteile so bemessen, dass keine Mitgliedergruppe eine Mehrheit und insbesondere auch der Braunkohlen-

bergbau zusammen mit der Elektrizitätswirtschaft nur ein Stimmgewicht von 28% besitzt. Die raumplanerische Auswirkung der Stimmrechtsverteilung im Rahmen des § 13 Abs. 1 ist darin zu sehen, dass in Konfliktsfällen, in denen im Gesamtplan eine Bodennutzung für den Braunkohlenausschuss festgelegt ist, die mit einem fachplanerischen Unternehmen des Verbandes nicht in Einklang zu bringen ist, der Verbandsvorstand sein Einverständnis zum Gesamtplan nicht erteilen, sondern eine, den Interessen des Verbandes entsprechende Gesamtplanung durchzusetzen versuchen wird.

Damit ist festzustellen: Die Stimmrechtsverteilung im Verbandsvorstand hat bewirkt, dass die dem Verband in § 13 Abs. 1 eingeräumte verfahrensrechtliche Sonderstellung, die in der Sicherung der Wasserversorgung liegende raumplanerische Möglichkeit im Rahmen der durch den Gesamtplan zu errichtenden Raumordnung wirksam zur Geltung zu bringen, tatsächlich zu diesem Zweck verwandt und nicht im Interesse einer einzelnen Mitgliedergruppe darauf verzichtet werden wird.

Gesamtergebnis.

Die raumplanerische Bedeutung des Grossen Erftverbandes beruht auf seiner Aufgabenstellung, seinen materiell-rechtlichen Befugnissen bei der Erfüllung seiner Aufgaben, auf der Mitwirkung bei der Gesamtplanung nach dem Braunkohlengesetz und auf der Art der Stimmrechtsverteilung in den Verbandsorganen.

- I. 1.) Raumplanung ist eine menschliche Tätigkeit, die ausser durch ihren Gegenstand und ihren Träger insbesondere durch ihre Zielsetzung gekennzeichnet ist. Das Ziel ist auf eine optimale Nutzbarmachung der Kräfte eines Raumes gerichtet. - Sie vollzieht sich regelmässig durch Raumforschung, Planung im engeren Sinne und deren Verwirklichung.
- 2.) Die Aufgabenstellung, die Wasserwirtschaft zu regeln und insbesondere die Wasserversorgung im Verbandsgebiet zu sichern, gibt dem Verband die raumplanerische Möglichkeit, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Zukunft einerseits die für das Erftgebiet selbst und darüber hinaus für die gesamte Volkswirtschaft bedeutsame Braunkohle tiefer liegender Schichten gewonnen werden kann, andererseits

aber auch die übrigen Räume landwirtschaftlich, industriell oder als Siedlungsgebiet nutzbar bleiben. Darin liegt ein Beitrag zu einer Raumordnung, d.h. einer optimalen Nutzung des Erftgebietes.

II. Dem Verband stehen in ausreichendem Masse materiell-rechtliche Befugnisse zu, die in seiner Aufgabenstellung liegenden raumplanerischen Möglichkeiten auch zu verwirklichen.

1.) Die Erfüllung der Verbandsaufgaben vollzieht sich durch wasserwirtschaftliche Raumforschung (§ 3 Abs. 1a), das Aufstellen von Plänen für die Unternehmen des Verbandes durch den Vorstand (§§ 3 Abs. 3, 29 Abs. 2 c) und deren Durchführung.

2.) Allein die Raumforschung und die Durchführung der Pläne, nicht auch deren Aufstellung, erfordern materiell-rechtliche Befugnisse.

a) Die Rechtsstellung des Verbandes bei der Durchführung der erforderlichen wasserwirtschaftlichen Raumforschung ist durch Duldungs- und Mitwirkungspflichten der Verbandsmitglieder und Dritter gesichert (§§ 9, 10; §§ 57, 58. und Art. 35 GG).

b) Für die Durchführung seiner Fachpläne benötigt der Verband Befugnisse zur Benutzung der Gewässer und zur Benutzung von Grundstücken.

aa) Der Verband ist gem. § 13 Satz 2 WHG in Verbindung mit § 133 Abs. 2 LWG a l l g e m e i n befugt, die Gewässer im Verbandsgebiet im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben ohne vorherige Erlaubnis oder Bewilligung zu benutzen. - Aus § 7 Abs. 2 ergibt sich für den Verband die b e s o n d e r e Berechtigung,, über das von den Bergwerksunternehmen zu Tage geförderte Wasser jedenfalls insoweit zu verfügen, als diese es nicht für betriebliche Zwecke benötigen. Für Gewässerbenutzungen ausserhalb des Verbandsgebietes bedarf der Verband zwar der Erlaubnis oder Bewilligung; sie wird ihm jedoch, insbesondere soweit sie zur Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet erforderlich ist, regelmässig nicht versagt werden können.

bb) Zur Benutzung von Grundstücken dinglicher Mitglieder ist der Verband aus § 9 berechtigt; die Benutzung aller übrigen Grundstücke ist durch sein Enteignungsrecht aus § 11 gesichert.

III. Der Verband selbst ist nicht Träger der Landesplanung. Deshalb kann er auf die Landesplanung nur einwirken, soweit er Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten besitzt. Solche bestehen im Rahmen der Gesamtplanung nach dem Braunkohlengesetz. Sie beruhen auf § 13 Abs. 1 und Abs. 3 ErftVG.

- 1.) Die Vorschriften beider Absätze versetzen den Verband in die Lage, seine Unternehmen mit der Gesamtplanung abzustimmen und im Rahmen einer Gesamtraumordnung wirksam zur Geltung zu bringen.
- 2.) Durch die Mitgliedschaft des Verbandsgeschäftsführers im Braunkohlenausschuss (Abs. 3) ist es dem Verband ausserdem ermöglicht, auch bei der übrigen, die Verbandsaufgabe nicht unmittelbar berührenden Ausgestaltung des Gesamtplanes mitzuwirken.

- IV. 1.) Organe des Verbandes sind die Delegiertenversammlung, der Verbandsausschuss und der Vorstand (§ 14 Abs. 2). Das ist eine Abweichung von der Organisation der preussischen Wasserwirtschaftsverbände, die nur zwei Organe kennen: Die Genossenschaftsversammlung und den Vorstand.
- 2.) Die Willensbildung des Verbandes ist ein komplexer Vorgang, an dem ausser den Organen auch der Sachverständigenbeirat (§ 34) und die Aufsichtsbehörde (§§ 59 ff) beteiligt sind. Massgebend für die Willensbildung in den Organen, auf die allein abgestellt worden ist, ist die Stimmrechtsverteilung.
 - 3.) Die bisher übliche Regelung der Stimmrechtsverteilung in Wasserverbänden war von dem Grundsatz beherrscht: Stimmgewicht nach Beitragshöhe. An diesem Grundsatz hatten insbesondere auch die preussischen Wasserwirtschaftsverbände festgehalten.
 - 4.) Bei der Stimmrechtsverteilung im Grossen Erftverband ist mit dem herkömmlichen Grundsatz völlig gebrochen worden:

Die Stimmanteile der einzelnen Mitgliedergruppen sind durch Gesetz - unabhängig von der Höhe der Beitragsleistungen - unverrückbar festgelegt worden.

- 5.) Am meisten betroffen von der neuartigen Regelung der Stimmrechtsverteilung ist die Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau". Sie hat mehr als 90% der gesamten Beiträge aufzubringen, besitzt jedoch, auch wenn man die Stimmrechte der ihr interessemässig nahestehenden Mitgliedergruppe "Elektrizitätswirtschaft" hinzurechnet, nur ein Stimmgewicht von 30% in der Delegiertenversammlung und von je 28% im Verbandsausschuss und im Vorstand. Für Maßnahmen der Ersatzwasserbeschaffung zur Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet hat der Bergbau sogar alle Kosten durch Beiträge zu tragen.
- 6.) Die Stimmrechtsverteilung, insbesondere die Beschränkung der Stimmanteile der Mitgliedergruppe "Braunkohlenbergbau", hat eine Majorisierung durch einzelne Mitgliedergruppen ausgeschlossen. Das wirkt sich raumplanerisch wie folgt aus:
 - a) soweit der Verband durch seine zuständigen Organe, den Vorstand (§ 29 Abs. 2 c) und die Delegiertenversammlung (§ 26 Abs. 1b), zur Erfüllung seiner Aufgaben über Maßnahmen zur Ersatzwasserbeschaffung beschliesst, wird allein der sachliche Gesichtspunkt, ob die einzelne geplante Massnahme erforderlich ist oder nicht, dabei entscheidend sein;
 - b) die raumplanerischen Möglichkeiten nach § 13 Abs. 1 und Abs. 3, die Planung und Durchführung von Verbandsunternehmen mit der Gesamtplanung abzustimmen und dadurch im Rahmen einer Gesamtraumordnung wirksam zur Geltung zu bringen, wird vom Vorstand (Abs. 1) und vom Geschäftsführer (Abs. 3) auch wirklich zu diesem Zweck eingesetzt und von ihnen nicht im Interesse einer einzelnen Mitgliedergruppe verwandt werden;
 - c) ferner ist durch die Stimmrechtsverteilung verhindert worden, dass sich trotz der für die Koordinierung der Verbandsplanung notwendigen Mitgliedschaft des Geschäftsführers die Stimmanteile im Braunkohlensauschuß nicht zugunsten der Braunkohlen-Bergbautreibenden verschoben haben.

V. Danach kann die raumplanerische Bedeutung des Grossen Erftverbandes dahin zusammengefasst werden:

- 1.) Der Verband ist nach seiner Aufgabenstellung, soweit sie in der Sicherung der Wasserversorgung im Verbandsgebiet besteht, sowie auf Grund seiner materiell-rechtlichen Befugnisse bei der Erfüllung dieser Aufgabe, seiner Mitwirkungsmöglichkeit bei der Gesamtplanung und auf Grund der Stimmrechtsverteilung in den Organen rechtlich in der Lage, zu einer Raumordnung, d.h. einer optimalen Nutzung des Erftgebietes beizutragen. Er kann mit der Sicherung der Wasserversorgung Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Zukunft nicht nur die bedeutsame Braunkohle tiefer liegender Schichten gewonnen wird, sondern dass daneben auch die übrigen durch Siedlung, Landwirtschaft und Industrie genutzten Räume des Erftgebietes in ihrer Lebensfähigkeit und wirtschaftlichen Entwicklung erhalten bleiben.
- 2.) Der Verband ist über seinen Geschäftsführer ferner in der Lage, an der landesplanerischen Gestaltung des Braunkohlengebietes mitzuwirken. Dabei kommt der Stimmrechtsverteilung in den Organen die raumplanerische Bedeutung zu, dass trotz der notwendigen Mitgliedschaft des Geschäftsführers im Braunkohlenausschuss der vom Braunkohlengebiet umfasste Lebensraum nicht noch mehr als bisher sein Gepräge vom Braunkohlenbergbau erhalten wird.



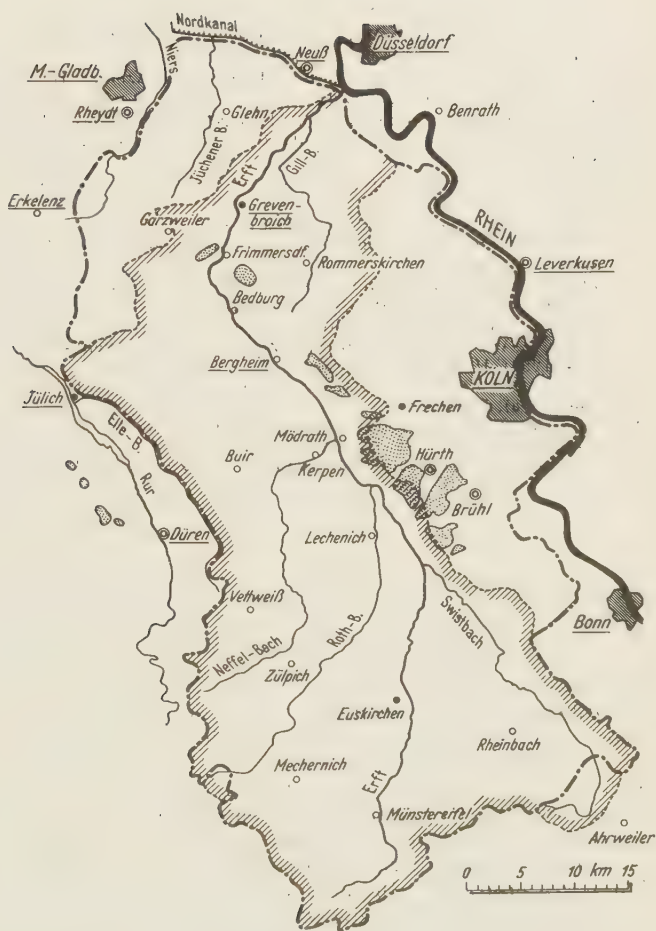


Bild 1. Erftgebiet. Übersichtskarte I.

- Gebietsgrenze des großen Erftverbandes
- //// Grenze des Einzugsgebietes der Erft (soweit wesentlich von der Verbandsgrenze abweichend)
- Ausgekohte Tagebauflächen

Abb. 2.: Entnommen aus
Kiel, Problem, S. 1006.

L e b e n s l a u f

Geboren wurde ich am 12. Mai 1934 in Alt-Patschkau/ Schlesien als Sohn des Bauern Josef Schneider und seiner Ehefrau Monika, geb. Schubert.

Von Ostern 1940 besuchte ich die Volksschule zu Alt-Patschkau, bis sie Anfang 1945 wegen der hereinbrechenden Kriegsereignisse geschlossen werden musste. Nach Flucht, Vertreibung und Ausweisung aus der Heimat konnte ich den Besuch der Volksschule in Holßel, Krs. Wesermünde, fortsetzen.

Von Ostern 1947 bis zum Herbst 1948 bin ich in die Mittelschule der Nachbargemeinde Dorum gegangen. Anschliessend wechselte ich in die Niedersächsische Heimschule zu Bederkesa über; Ostern 1954 habe ich sie mit dem Zeugnis der Reife verlassen.

Mit dem Sommersemester 1954 begann ich das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, setzte es an den Universitäten Freiburg/ Brsg. und Göttingen fort und beendete es im Mai 1958 mit der ersten juristischen Staatsprüfung vor dem Justizprüfungsamt bei dem Oberlandesgericht in Celle.

Seit dem 22. Juli 1958 war ich als Referendar im juristischen Vorbereitungsdienst im Oberlandesgerichtsbezirk Köln. Am 21.12.1962 habe ich den Vorbereitungsdienst mit der zweiten juristischen Staatsprüfung vor dem Landesjustizprüfungsamt in Nordrhein-Westfalen erfolgreich abgeschlossen.

Seit dem 1. März 1963 bin ich als Kreisassessor beim Landkreis Münster/ Westf. eingestellt.

